

Preussische Allgemeine



Nr. 20 · 15. Mai 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Auf der Intensivstation

Kaum eine Nation leidet unter der Corona-Pandemie und deren Begleitumständen so sehr wie Frankreich. Ein Blick über die Grenze zu unserem westlichen Nachbarn

Seite 6



Berlin Die Wirtschaft in der Hauptstadt blickt in den Abgrund Seite 5



Geschichte Die D-Mark-Einführung in der DDR vor 30 Jahren Seite 11

POLITISCHES KLIMA

Die Spannungen in Europa wachsen

Im Zuge der Corona-Pandemie erinnern die jüngsten Debatten innerhalb der Europäischen Union an unselige Zeiten

VON HANS HECKEL

Die Lockdown-Krise droht die EU und noch mehr den Euro-Raum in eine Zerreißprobe zu treiben. Der Abstand zwischen Deutschland und anderen großen Volkswirtschaften wie Frankreich und Italien könnte durch die Krise so groß werden, dass die Kluft nicht mehr zu überbrücken ist. Valdis Dombrowskis, einer der drei geschäftsführenden Vizepräsidenten der EU-Kommission, nannte es „extrem wichtig“ zu verhindern, dass sich die „wirtschaftlichen, sozialen und politischen Unterschiede zwischen den Ländern und Regionen (der EU) vergrößern“.

In der Praxis heißt das: Wenn es nicht gelingt, den strukturell bedingten Rückstand der genannten Partnerländer gegenüber der Bundesrepublik zu beheben, dann liegt der einzige Ausweg zur Rettung von EU und Euro in der Schwächung Deutschlands. Denn nur so könnten die beklagten Unterschiede in diesem Falle verringert werden.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Widerstand der EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager gegen bestimmte Maßnahmen der deutschen Politik zur Unterstützung der eigenen Wirtschaft, um Lockdown-Folgen zu mindern, in einem grellen Licht: Sie fürchtet offen-

bar, dass die Deutschen „zu gut“ durch die Krise kommen. Auch die schmallippige Reaktion von EZB-Präsidentin Christine Lagarde auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Staatsanleihekäufen (siehe PAZ 19/2020) passt da ins Bild. Denn bei Letzterem geht es gegen Milliardentransfers innerhalb der Eurozone, deren Kosten und Risiken maßgeblich von den Deutschen getragen werden.

Hier stellt sich die Kernfrage nach dem Existenzgrund von EU und Euro: Soll mit diesen Instrumenten Europa tatsächlich stärker gemacht werden, wie die Verantwortlichen immerfort behaupten? Oder geht es vielmehr darum, vor allem Deutschland, den „europäischen Giganten“, wie spanische Zeitungen unser Land gemeinhin titulieren, kurz zu halten?

Die Reaktionen von EZB und aus der EU-Kommission deuten leider auf Letzteres hin. Dies wäre nicht nur gleichsam ein Verrat an den europabegeisterten Deutschen. Es wäre auch antieuropäisch, denn es würde den Kontinent insgesamt schwächen, wenn man sein stärkstes Glied niederzuhalten trachtet.

Das Gerede vom gemeinsamen Europa entpuppte sich so als getarnte Fortsetzung jener kleinlichen Rivalitäten, die schon 1914 Pate standen für die Selbstzerfleischung des alten Kontinents. Da darf Berlin nicht mitmachen.

POLITISCHE KULTUR

Die stumme Stimme der Freiheit

Trotz Einschränkungen von Bürgerrechten sind die Liberalen gegenüber der Regierung auffallend still. Ihre Kritik gilt umso mehr einem Parteifreund

VON RENÉ NEHRING

Es klingt wie ein schlechter Witz: Da geht ein Liberaler zu einer Demonstration für die Bewahrung der Bürgerrechte – und wird dafür anschließend von seiner Partei heftig kritisiert.

So geschehen Anfang der Woche, nachdem der kurzzeitige thüringische Ministerpräsident Thomas Kemmerich (FDP) an einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen teilgenommen hatte. Kritisiert wurde Kemmerich dafür, dass er keinen Mund-Nasen-Schutz getragen hatte – und weil an der Demo auch Extremisten und Verschwörungstheoretiker mitgelaufen sein sollen. So sagte etwa FDP-Chef Lindner: „Wer sich für Bürgerrechte (...) einsetzt, der demonstriert nicht mit obskuren Kreisen.“

Bundesvorstandsmitglied Marie-Agnes Strack-Zimmermann forderte gar Kemmerichs Parteiaustritt. „Wir als FDP-Bundesvorstand sollten Thomas Kemmerich dazu auffordern, seinen Hut zu nehmen und die FDP zu verlassen“, sagte sie der „Welt“. Und weiter: „Offensichtlich sucht er jetzt nicht nur physisch die Nähe zur AfD, sondern auch zu Verschwörungstheoretikern und hat inzwischen wohl auch Gefallen an deren demokratiezersetzendem Kurs gefunden.“

Diese Argumentation ist – vorsichtig formuliert – erstaunlich, zumal in einer liberalen Partei. Zum einen gehört es zum Wesen von Demonstrationen, dass diese frei zugänglich sind, weshalb weder Veranstalter noch Teilnehmer für andere Mitlaufende in Haftung genommen werden können. Zum anderen stellt sich die Frage, warum es eigentlich keine Demonstrationen der FDP gegen die Corona-Maßnahmen gibt? Immerhin sind seit Wochen elementare bürgerliche Grundrechte wie die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit ausgesetzt – und das auf unbestimmte Zeit. Wäre es nicht die Aufgabe einer liberalen Opposition, bei aller Notwendigkeit des Gesundheitsschutzes regelmäßig die Verhältnismäßigkeit des Regierungshandelns zu hinterfragen?

Stattdessen vermittelt die FDP den Eindruck, als wolle sie vor allem die Union nicht verärgern, um bei der nächsten Regierungsbildung nicht übergangen zu werden. Doch stellt sich die Frage, wer eine Partei braucht, die den Anspruch hat, Stimme der Freiheit zu sein, wenn diese gegenüber der Regierung schweigt und stattdessen auf die eigenen Leute losgeht? In der Gunst der Wähler jedenfalls sind die Liberalen zuletzt stark gesunken.

Die Achtung der Regierenden, mit denen sie gern zusammenarbeiten würden, gewinnen sie damit übrigens auch nicht.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wird die Ausnahmelage in der Corona-Pandemie zum neuen „Normal“?

Seite 2

Kultur

Eine neue Arbeit über den Hochmeisterpalast der Marienburg

Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Auch in Königsberg wächst der Frust über die Corona-Maßnahmen

Seite 13

Lebensstil

Die Existenzkämpfe von Reiterhöfen in Zeiten des Lockdowns

Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer neuen Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

„**Neue Normalität**“ Kaum weniger bedenklich als ihre Eingriffe in die Bürgerrechte unter Hinweis auf Corona sind die Versuche der Politik, diesen Ausnahmezustand zu verstetigen

Wie beim „Krieg gegen den Terror“

Vor 19 Jahren war anfänglich auch nur von „zeitlich begrenzten“ Freiheitseinschränkungen die Rede

WOLFGANG KAUFMANN

Durch die Corona-Krise sei in Deutschland eine „neue Normalität“ eingezogen. Das betonen Politiker und Medien jetzt regelmäßig unter Verweis auf die Omnipräsenz von Hygieneregeln und Mund-Nase-Masken.

Sehr viel gravierender sind aber die drastischen Änderungen des politischen Stils seit dem März dieses Jahres. Zwar wurde auf die Anwendung der juristisch umstrittenen Notstandsgesetze vom Juni 1968 verzichtet, aber die bisher kaum jemandem geläufigen Paragraphen des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) boten ebenfalls reichlich Gelegenheit, den Bürgern hierzulande verfassungsmäßig garantierte Grundrechte vorzuenthalten. So ermächtigt das IfSG staatliche Stellen, die Geltung der Prinzipien der körperlichen Unversehrtheit, Freiheit der Person, Freizügigkeit, Versammlungsfreiheit, Berufsfreiheit und Unverletzlichkeit der Wohnung sowie auch das Post- und Fernmeldegeheimnis einzuschränken oder komplett außer Kraft zu setzen.

Das Virus löst den Terror ab

Gleichzeitig versucht die Exekutive, weitgehende Durchgriffsrechte beziehungsweise gar Blankovollmachten zu erlangen, um ohne Beteiligung der Parlamente und anderer demokratisch gewählter Volksvertretungen Corona-Notverordnungen oktroyieren zu können. Damit drohen der Bundesrepublik nun tatsächlich die viel beschworenen „Weimarer Verhältnisse“ – und das ganz ohne einen in der Verfassung verankerten Notverordnungsparagraphen wie damals.

Darüber hinaus gehört zur „neuen Normalität“ des Jahres 2020, dass der Rechtsstaat durch bewusst unscharf formulierte juristische Normen ausgehebelt wird – so beispielsweise in den „Corona-Schutz-Verordnungen“ der Länder und Kommunen, die reichlich Spielraum für obrigkeitliche Willkür lassen.

Ebenso ignoriert der Staat nun Datenschutzbestimmungen und ordnet ungewöhnlich rigide Grenzsicherungsmaßnahmen an, zu denen er sich während des Ansturms illegaler Einwanderer im Herbst 2015 nicht hatte durchringen können. Grund zur Beunruhigung bietet das



Hat in Corona-Zeiten nichts Besseres zu tun: Görlitzer Polizei schreibt Verwarngeld aus für Nichteinhaltung des Abstandsgebots

Weiteren die Verschiebung von Kommunalwahlen durch die Ministerpräsidenten der Länder.

Die bestehenden Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen, die faktisch auch auf weitgehende Demonstrationsverbote hinauslaufen, erlauben zudem, unpopuläre

Entscheidungen wie beispielsweise die drastische Verschärfung der Straßenverkehrsverordnung zulasten von Autofahrern durchzusetzen, weil derzeit kaum Proteste drohen.

Parallel hierzu bieten die staatlich finanzierten Medien Kritikern der Regie-

rung keinerlei Möglichkeiten zur Meinungsäußerung mehr. Insbesondere steht die größte deutsche Oppositionspartei, die Alternative für Deutschland, seit Beginn der Corona-Krise ganz offensichtlich unter einem Totalboykott der öffentlich-rechtlichen Sender.

Auffällig ist außerdem die Polemik gegen das als „unhygienisch“ stigmatisierte Bargeld. Hier wird die Corona-Angst der Bevölkerung instrumentalisiert, um möglicherweise den Weg für flächendeckende Negativzinsen zu bereiten, denn die erfordern die vorherige Abschaffung des Bargeldes.

Es drohen „Weimarer Verhältnisse“

Im Prinzip gleicht die jetzige Situation der nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Damals war auch von „zeitlich begrenzten“ Einschränkungen bürgerlicher und wirtschaftlicher Freiheiten die Rede, bevor diese dann im „Krieg gegen den Terror“ zum Dauerzustand wurden. Wer garantiert, dass im „Krieg gegen das Virus“ nicht das Gleiche passiert?

Kurzporträts



Der sächsische Innenminister **Roland Wöllner** (CDU) räumte der Polizei seines Bundeslandes in der Corona-Krise erhebliche Ermessensspielräume ein



Aus der Sicht des früheren NSA-Mitarbeiters **Edward Snowden** fördert die Corona-Pandemie polizeistaatliche Tendenzen in den westlichen Demokratien



Für den Kirchenrechtswissenschaftler **Hans Michael Heinig** mutiert die Bundesrepublik möglicherweise bald zu einem „faschistoid-hysterischen Hygienestaat“

POLIZEI

Ein neues Betätigungsfeld

Statt der Bekämpfung des Verbrechens widmen sich manche Ordnungshüter lieber der Durchsetzung von Corona-Regeln

Nachdem die Polizei hierzulande bei der Bekämpfung der wachsenden Kriminalität keine gute Figur mehr gemacht hatte, läuft sie nun zu großer Form auf, wenn es darum geht, die Einhaltung der Corona-Regeln durchzusetzen und jeden Widerstand der Bürger gegen die Einschränkungen im Keim zu ersticken. So führte allein die Münchener Polizei an den Osterfeiertagen 19.300 Kontrollen durch, bei denen sie 918 Verstöße registrierte.

Dabei setzen die Ordnungshüter auch auf modernste Technik, von der bisher kaum jemand wusste, dass sie existiert. Wie die mit Lautsprechern ausgerüsteten Drohnen vom Typ „Mavic Enterprise“ der chinesischen Firma DJI, mit denen man

hervorragend Menschen von Parkbänken oder Liegewiesen vertreiben kann.

Dahingegen fehlten den Polizisten wochenlang Mund-Nase-Masken, und die verordneten Mindestabstände gelten für die zumeist in Grüppchen auftretenden Uniformierten bis heute nicht. Deswegen haben sich schon viele von ihnen im Dienst infiziert – sowie dann bestimmt auch den einen oder anderen wegen Nichtigkeiten kontrollierten Bürger mit Covid-19 angesteckt.

Übereifer und auffallende Willkür

Ebenfalls typisch ist neuerdings die auffallende Willkür so manches Beamten, die daraus resultiert, dass Politiker wie der



Neues Spielzeug für Ordnungshüter: Drohne „Mavic Enterprise“ Foto: pa

sächsische Innenminister Roland Wöllner (CDU) in ihren Verfügungen ganz gezielt unbestimmte Rechtsbegriffe wie „Umfeld des Wohnbereiches“ verwenden, die dann jeder Polizist nach Gutdünken oder individuellem juristischen Sachverstand auslegen darf. Dadurch steuert Deutschland auf polizeistaatliche Zustände hin.

Nun entscheidet die Polizei, ob die Bürger wirklich mit einem „triftigen Grund“ unterwegs sind oder das Recht haben, irgendwo im öffentlichen Raum zu verweilen. Ein Beamter in Uniform kann sich jetzt anmaßen, Spaziergänge an der frischen Luft zeitlich und räumlich zu beschränken. Trupps von Ordnungshütern dringen mittlerweile zum Zwecke der an-

geblichen „Gefahrenabwehr“ sogar in Privatwohnungen ein, um Familienfeiern aufzulösen oder „illegale“ Besuche von Nichtverwandten festzustellen und zu sanktionieren.

Edward Snowden warnt

Es steht zu befürchten, dass dieser Spuk länger andauern wird als die Pandemie selbst, weil die Sicherheitsbehörden an den rechtswidrigen Praktiken festhalten. Das prophezeite unter anderem der frühere Mitarbeiter des US-Geheimdienstes NSA, Edward Snowden, der 2013 enthüllte, in welchem starkem Ausmaß die Geheimdienste westlicher Staaten unbescholtenen Bürger im Inland überwachen. W.K.

NEUE GESETZE

Die riskante Ermächtigung kleiner Ämter

Das Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz, IfSG) vom 1. Januar 2001 wurde am 27. März 2020 durch das Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Bedeutung ergänzt. Diese neue Regelung stieß bei vielen Verfassungsrechtlern auf Kritik.

Der Göttinger Professor und Experte für Kirchenrecht, Hans Michael Heinig, warnte sogar davor, „dass sich unser Gemeinwesen von einem demokratischen Rechtsstaat in kürzester Zeit in einen faschistoid-hysterischen Hygienestaat“ verwandeln könnte.

Dabei enthält aber auch schon der Paragraph 16 des Infektionsschutzgesetzes eine Generalermächtigung für jede „zuständige Behörde“, alle „notwendigen Maßnahmen zur Abwendung der dem Einzelnen oder der Allgemeinheit ... drohenden Gefahren“ durch übertragbare Krankheiten zu treffen – das schließt laut Paragraph 28 des Infektionsschutzgesetzes ausdrücklich auch die Einschränkung von verfassungsmäßigen Grundrechten ein.

Hinzu kam jetzt noch die Regelung, dass der Bundesminister für Gesundheit Sonderverordnungen erlassen, also ohne Zustimmung des Bundesrates Maßnahmen für das gesamte Bundesgebiet verfügen darf.

Ansonsten liegt die Verantwortung aber weiter bei den örtlichen Gesundheitsämtern, die laut Infektionsschutzgesetz besonders umfassende Vollmachten haben. Und diesen rechtlichen Spielraum schöpfen sie im Zuge der „neuen Normalität“ auch voll aus.

Die Gesundheitsämter agieren nun wie Ermittlungsbehörden und fordern hochsensible persönliche Daten an, wodurch die ärztliche Schweigepflicht ausgehebelt wird.

Außerdem stellen sie Menschen unter Beobachtung beziehungsweise Quarantäne oder ordnen zwangsweise Untersuchungen an. Ebenso nutzen die Gesundheitsämter ihre Ermächtigung, Personenzusammenkünfte zu verbieten und Einrichtungen aller Art zu schließen. W.K.

Das Menetekel „Los von Rom“

In Südtirol wächst die Unzufriedenheit über das Agieren der italienischen Zentralregierung während der Corona-Pandemie. Überall im Lande taucht eine alte Losung an Häusern und Berghängen auf

VON REINHARD OLT

Im Lande an Eisack und Etsch gärt es. Feuerschriften leuchten auf. „Jetzt reicht's“, verkünden brennende Fackel-Schriftzüge zwischen Pustertal, Burggrafenamt und Vinschgau. „Freistaat“, heißt ein Verlangen auf Spruchbändern. „Kurz, hol uns heim“, fordern Aufschriften auf an Brücken befestigten Tüchern als Wunsch an den österreichischen Bundeskanzler. Und in Weinbergen, an Felswänden, Heustadeln und Gartenzäunen prangt auf Spruchtafeln, was des Nachts Flammenschriften an Bergrücken bekunden: „Los von Rom“.

Die Stimmung schlägt um

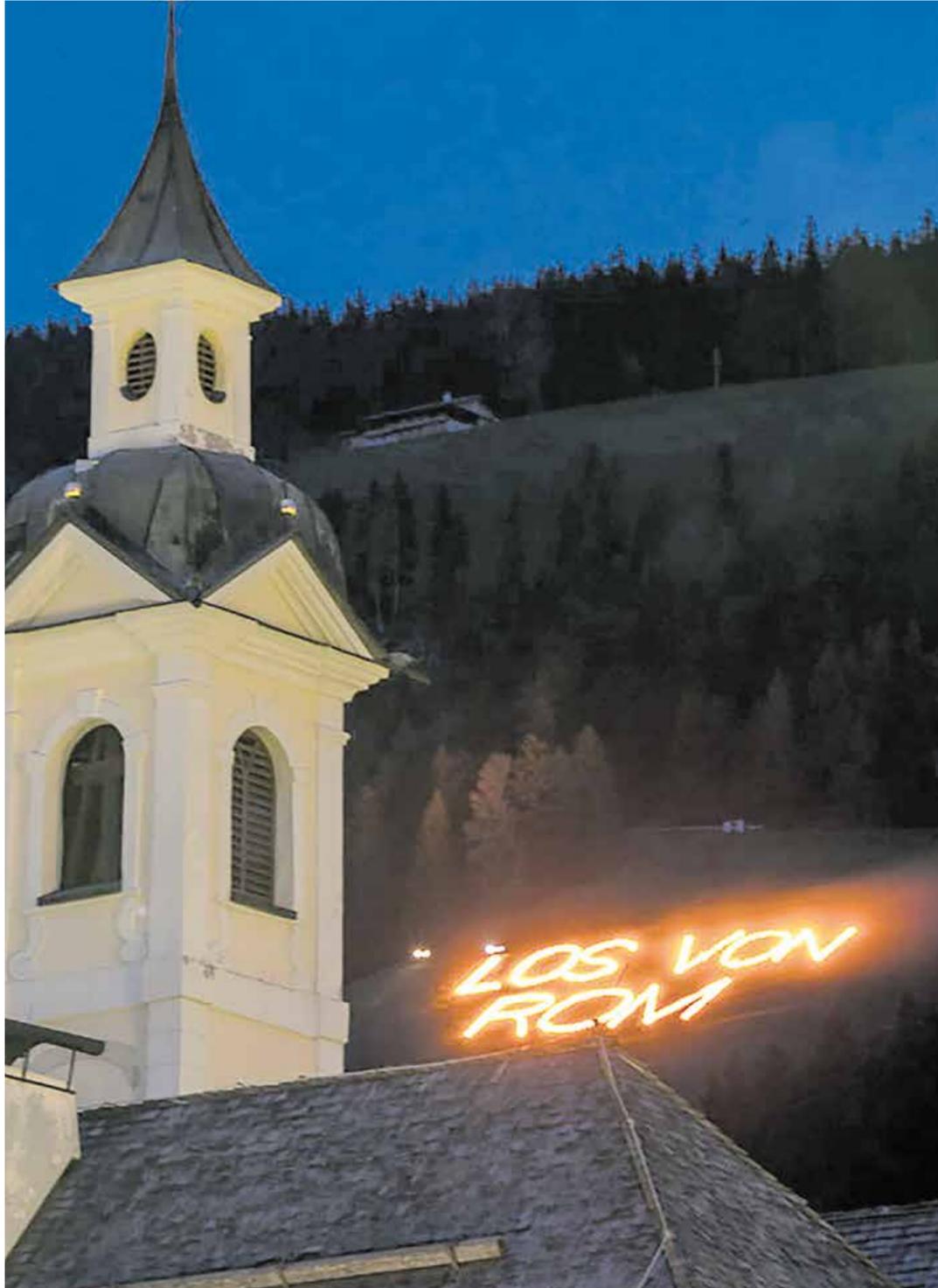
Die Folgen der Corona-Krise zeitigen im südlichen Teil Tirols, von Italien 1918 annektiert und ihm im Vertrag von St. Germain 1919 als Belohnung für seinen Seitenwechsel 1915 zugesprochen, einen markanten Stimmungsumschwung in der Bevölkerung. Der öffentlich vernehmliche Unmut gegen das Dasein im fremdnationalen Staat und der Rückgriff auf den alten Wahlspruch „Los von Rom“, der seit den 1960er und 1970er Jahren infolge der Autonomie- und „Paket“-Politik allenfalls noch von austro-patriotischen, in ganz geringem Maße auch von deutschnationalen Kräften zu vernehmen war, hat in den „Corona-Wochen“ durch das Agieren des römischen Zentralismus einen neuen enormen Auftrieb erhalten.

Selbst die Südtiroler Volkspartei (SVP), seit 1945 dominante politische Kraft in der autonomen Provinz Bozen-Südtirol, scheint von diesem Umschwung erfasst zu sein. Eine SVP, deren (seit Abgang der „Alten Garde“) janusköpfige Führung – hie Parteiboss Philipp Achammer, da Landeshauptmann Arno Kompatscher – seit Amtsantritt 2014 stets mehr Italophilie zeigte denn von historisch gebotener Österreich-Empathie berührt ist. Die Auswirkungen der Corona-Krise – insbesondere das notorisch zu nennende zentralstaatliche Gebaren Roms, das der verfassungsmäßigen Autonomie Hohn spricht und die Südtiroler „Selbstverwaltung“ ad absurdum führt(e) – setzten quasi über Nacht eine Kurswende in Gang.

So beschloss die SVP-Parteiführung, als sie gewährte, dass sich der Stimmungsumschwung in Wirtschaft und Gesellschaft letztlich zu ihren machtpolitischen Ungunsten auswirken würde, eine Kehrtwende. Sie bekundete, die von ihr geführte Landesregierung werde nicht einfach mehr die als abschürend empfundenen Dekrete von Ministerpräsident Conte in vom Landeshauptmann quasi übersetzte Anordnungen kleiden, sondern durch ein eigenes, in autonomer Zuständigkeit vom Landtag zu verabschiedendes Landesgesetz ersetzen, welches den Bedürfnissen der Bevölkerung zwischen Brenner und Salurner Klause Rechnung trage.

Konflikt mit Ansage

„Für uns ist es nicht akzeptabel, dass unsere Autonomie weiter eingeschränkt wird“, hatte Kompatscher nach einer Videokonferenz des Regionenministers Francesco Boccia mit den Regierungschefs der Regionen und autonomen Provinzen sowie mit Zivilschutz-Chef Angelo Borrelli und dem außerordentlichen Covid-19-Notstandskommissar Domenico Arcuri dargelegt. Boccia hatte bekräftigt, dass Sonderwege für Gebietskörperschaften erst vom 18. Mai an zulässig seien. Daher, so Kompatscher, werde Südtirol nicht nur den „schwierigen gesetzgeberischen Weg gehen, um Schritt für Schritt das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen“, sondern auch die römischen Parlamentarier der Partei veranlassen, die (ohnehin labile) Regierung Contes – von dem im linken Parteienspektrum angesiedelten Partito Democratico (PD)



„Los von Rom“, „Freistaat“ oder „Kurz, hol uns heim“: Losungen wie diese künden in Form von Leuchtfuern an Berghängen oder von Bannern an Hauswänden und Brücken von der Stimmung in Südtirol

Foto: SSB

und der Movimento 5 Stelle (M5S; „Bewegung 5 Sterne“) sowie einer PD-Abspaltung unter dem früheren Ministerpräsidenten Renzi mehr schlecht als recht getragen – nicht länger zu unterstützen.

Der gesetzgeberische Akt Südtirols wird letztlich zwangsläufig zu einem Konflikt führen, der nicht allein bis zum römischen Verfassungsgerichtshof reichen würde, wenn Rom – trotz aller Lobhudeleien mit Bozen und Wien über die „weltbeste Autonomie“ und die „friedliche gutnachbarschaftliche Lösung des seit Ende der Teilung Tirols 1919/20 bestehenden Südtirolkonflikts“ – auf seiner „Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis“ (AKB) als Zentralgewalt bestehen und den Landtagsbeschluss für null und nichtig erklären sollte.

Doch unabhängig davon, ob Rom dann eine Art Zwangsverwaltung über Südtirol verhängt – denn selbst bis zu einer „Eilentscheidung“ des römischen Verfassungsgerichtshofs, die erfahrungsgemäß kaum zugunsten Südtirols ausfallen dürfte, würde wohl einige Zeit verstreichen – oder nicht, könnten alle damit verbundenen Akte wohl kaum ohne erhebliche Spannungen realisiert werden. Eigentlich sehen das „Südtirol-Paket“ von 1969 und das darauf fußende Zweite Autonomie-

statut von 1972 rechtsverbindlich vor, dass alle von Rom zu treffenden Maßnahmen hinsichtlich Südtirols stets nur im Einvernehmen mit den dortigen Gremien in Kraft gesetzt werden können. Notfalls steht es Bozen zu, Wien sozusagen als „Schutzmacht“ anzurufen. Lediglich der Gang vor den Internationalen Gerichtshof (IGH) ist im Zuge der damaligen Verhandlungen nicht als Vertragsbestandteil fixiert worden, was sich als kaum mehr gutzumachendes Hemmnis für die Südtiroler Sache insgesamt erweist.

„Vollautonomie oder Freistaat“

Die SVP – in der Anfang 2019 gebildeten Landesregierung auf die Südtiroler Provinzorganisation der starken Lega angewiesen – hat dabei nicht allein ihren Koalitionspartner an der Seite. Die Lega ist seit dem „Hinauswurf“ ihres demoskopisch erfolgsverwöhnten römischen Vormanns Matteo Salvini mit der römischen Regierung ohnedies auf striktem Konfliktkurs. Auch auf die deutschtiroler Oppositionskräfte im Landtag, Freiheitliche Partei (FPS) und Süd-Tiroler Freiheit (STF), kann sie in dieser Sache zählen, wenngleich beiden die im Landesgesetz fixierten Erleichterungen nicht in allen Punkten zusagen oder sie für zu wenig weitreichend erachten.

„Für uns ist es nicht akzeptabel, dass unsere Autonomie weiter eingeschränkt wird“

Landeshauptmann Arno Kompatscher nach einer Videokonferenz mit Regionenminister Francesco Boccia

Hauptsache, man setzt Zeichen für ein gemeinsames Aufbäumen gegen Rom und dessen scheinbarweise Aushöhlung der autonomen Zuständigkeiten Südtirols. Diese sind längst weit von der seit 1992 von der SVP erstrebten „dynamischen Autonomie“ entfernt; ganz zu schweigen von der von ihr einst als hehres Ziel proklamierten „Vollautonomie“, von der in letzter Zeit kaum noch die Rede gewesen ist.

Dass die SVP die (nicht allein in Feuerschriften aufflammenden und auf Transparenten ersichtlichen) „Zeichen der Zeit“ erkannte, ist unverkennbar auch auf innerparteiliches Rumoren zurückzuführen. Vor allem die Wirtschaft und die Tageszeitung „Dolomiten“, die sich allzu gern als SVP-„Wegweiser“ geriert, wenn nicht bisweilen gar als deren Quasi-Parteiorgan fungiert, äußerten sich in diese Richtung. Markant auch der Mahnruf Christoph Mastens. Der langjährige SVP-Wirtschaftsfunktionär, seit 40 Jahren Parteimitglied, bedient sich seines Internet-Organs VOX-News Südtirol, um der jetzigen Parteiführung und insbesondere dem Landeshauptmann sowie den SVP-Landesräten (Ministern) in griffigen Anklagen nicht nur fehlendes Führungsmanagement, Misswirtschaft und Versagen vorzuhalten, sondern auch „gewissenlosen Verrat an der Südtirol-Autonomie und am Südtiroler Volk“ zu unterstellen – gipfelnd in zündenden VOX-Lösungen wie: „Jetzt Vollautonomie oder Freistaat“.

Ein Gefühl bricht sich Bahn

Dass solche Stimmen nicht nur in austro-patriotischen Verbänden wie dem Südtiroler Heimatbund (SHB), der Vereinigung ehemaliger Freiheitskämpfer der 1960er bis 1980er Jahre und dem Südtiroler Schützenbund (SSB) Resonanz finden – SSB-Kompanien waren maßgeblich an der Organisation der weithin ersichtlichen Parolen und Leuchtfuer beteiligt –, sondern in einer breiten „Los von Rom“-Stimmung münden, liegt auf der Hand.

Es sind daher nicht mehr nur die Anhänger der Opposition, die vom römischen Zentralismus, ja von der nicht selten unter dem Gebot des „friedlichen Miteinanders“ erzwungenen Unterwerfung unter die Lupa Romana genug haben. Mehr und mehr Bewohner des Landes zwischen Dolomiten und Reschen halten die bisher praktizierte Form der Südtirol-Autonomie für gescheitert. Sie sehen im politkommunikativen Gesäusel von der die Teilung Tirols überwindenden „Zukunft durch Europäisierung“, praktiziert in einem mehr oder weniger papierernen Gebilde namens „Europaregion Tirol“, nurmehr Augenwischerei.

Der latente Krisenzustand der EU, wie er besonders während der „Coronitis“ dadurch augenfällig wurde, dass der Rückfall in nationalstaatliches Gebaren als Überlebensnotwendigkeit erachtet und vor aller Augen sichtbar wurde, verstärkte dies Empfinden. Der Gedanke, sich nicht nur „stärker von Rom zu lösen“, sondern sich nach nunmehr 100 Jahren der Zwangseinverleibung, zweimal verweigertem Selbstbestimmungsrecht und identitätszerstörendem Assimilationsdruck tatsächlich in aller Form und Konsequenz von Italien zu verabschieden, bricht sich zunehmend Bahn. Bei Protestfeuern, lodernden Tiroler-Adler-Silhouetten und Spruchbändern mit dem schneidenden Verlangen „Kurz, hol uns heim“ wird es wohl nicht bleiben.

● Prof. Dr. phil. Dr. h.c. Reinhard Olt

war von 1985 bis 2012 Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und von 1994 bis zu seinem Ausscheiden deren politischer Korrespondent in Wien. Er hatte Lehraufträge an diversen deutschen und österreichischen Hochschulen inne.

● MELDUNGEN

Corona-Kritik aus dem BMI

Berlin - Ein Oberregierungsrat aus der Abteilung „Kritische Infrastruktur“ des Bundesministeriums des Inneren (BMI) hat ein knapp 200-seitiges Papier vorgelegt. Dort wird der Umgang der Regierung mit der „Corona-Krise“ massiv kritisiert. Der Blog „achgut.com“, über den der Beamte umfassende Kontakte zu Experten aus dem medizinischen Bereich herstellte, die ihn unterstützten, bewertet die Analyse als Beweis, „dass unser Regierungsapparat das Land kopflos in die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg gestürzt hat“. Unter anderem heißt es in dem „Corona-Papier“, bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen von Covid-19 handle es sich nicht „um mehr als einen Fehlalarm“. Der durch die Maßnahmen verursachte Kollateralschaden sei „gigantisch“. Das BMI weist die Ausarbeitung ohne inhaltliche Auseinandersetzung als „Privatmeinung“ des Beamten zurück. *E.L.*

Katholischer Widerstand

Rom - Unter dem Motto „Veritas liberabit vos“ (Die Wahrheit wird euch frei machen, Joh. 8, 32) wurde „Ein Aufruf für die Kirche und für die Welt“ veröffentlicht. Initiator ist Erzbischof Carlo Maria Viganò. Im Kreis der zahlreichen Unterstützer sind hochrangige katholische Geistliche, so der deutsche Kurienkardinal Gerhard Ludwig Müller. Massiv kritisiert werden die Maßnahmen infolge der „Corona-Krise“. Unter anderem heißt es, dass „unter dem Vorwand der Covid-19-Epidemie in vielen Fällen unveräußerliche Rechte der Bürger verletzt und ihre Grundfreiheiten unverhältnismäßig und ungerechtfertigt eingeschränkt werden“. Der „Alarmismus“ der Medien sei in keiner Weise gerechtfertigt. Die Bewertung der „Corona-Pandemie“ durch die Deutsche Bischofskonferenz, so deren Vorsitzende Georg Bätzing, unterscheidet sich „grundlegend“ von dem Aufruf. Der Essener Generalvikar Klaus Pfeffer sagte, dieser sei „verbunden mit einer rechtspopulistischen Kampfrhetorik, die beängstigend klingt“. *E.L.*

Staatshilfe für „Staatsferne“

Potsdam - Benjamin Grimm, Staatssekretär in der Brandenburgischen Staatskanzlei und in dieser Funktion Beauftragter für Medien und Digitalisierung, kündigte im Potsdamer Landtag für das kommende Jahr finanzielle Hilfen von 1,5 Millionen Euro zur Unterstützung lokaler Fernseh- und Radiosender an. Im Rahmen des bestehenden Rettungsschirms wegen der Corona-Krise werden laut Grimm auch aktuelle Hilfen geprüft. Grimm sprach von einer „dramatischen Situation“. Petra Budke, Grünen-Fraktionschefin im brandenburgischen Landtag, brachte zur Unterstützung der Presse in ländlichen Regionen auch Stiftungsmodelle und sogar Gutscheine zum Kauf lokaler Zeitungen ins Spiel. Die Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und der Linkspartei hatten sich schon 2017 in einem gemeinsamen Antrag für die Förderung journalistischer Inhalte ausgesprochen, „die garantiert staatsfern sind und journalistischen Qualitätsstandards genügen“. *N.H.*



Trautes Kugel-Team: Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller und die neue Wehrbeauftragte des Bundestages Eva Högl

Foto: imago images/Seeliger

WEHRBEAUFTRAGTER

Sollte Högl den Weg freimachen?

Breites Erstaunen, dass die Fachleute Hans-Peter Bartels und Johannes Kahrs den Kürzeren zogen

VON NORMAN HANERT

Mit der Entscheidung, Eva Högl (SPD) zur neuen Wehrbeauftragten des Bundestages zu machen, stößt die SPD-Fraktionsspitze nicht nur ausgewiesene Fachleute aus der eigenen Partei vor den Kopf.

Die neue Wehrbeauftragte ist bislang nur als Innen- und Rechtspolitikerin aufgefallen. Ihr direkter Amtsvorgänger und Parteifreund Hans-Peter Bartels, der auf eine zweite Amtszeit gehofft hatte, kann dagegen jahrzehntelange Erfahrungen als Verteidigungspolitiker vorweisen. Nach der Entscheidung für Högl zeigte sich nicht nur Bartels düpiert. Die Ehefrau des SPD-Politikers, Susanne Gaschke, erklärte nach 33 Jahren Mitgliedschaft ihren Austritt aus der SPD.

In einem offenen Abschiedsbrief an die Genossen rechnete die Journalistin und ehemalige Kieler Oberbürgermeisterin mit ihrer früheren Partei ab. In dem Brief wirft Gaschke der SPD vor, diese habe sich zu einer „Versorgungspartei“ entwickelt, in der es irgendwann „nur noch um Jobs, Ämter und Dienstwagen gegangen“ sei.

Heftig fiel auch die Reaktion des SPD-Haushaltspolitikers Johannes Kahrs aus, der ebenfalls Ambitionen auf den Posten des Wehrbeauftragten hatte. Der Hamburger legte als Reaktion auf die Nominierung Högls seine politischen Ämter in Fraktion wie Partei und sogar sein Bundestagsmandat nieder.

Teil eines SPD-Linksrutsches?

Bei den anderen Fraktionen im Bundestag löste die Personalentscheidung der Genossen zum Teil scharfe Kritik aus. Für Tobias Lindner, den sicherheitspolitischen Sprecher der Grünen-Fraktion reißt sich das Vorgehen der SPD in „den Umgang der Sozialdemokratie mit Kurt Beck, Martin Schulz, Sigmar Gabriel und Andrea Nahles ein“.

Die verteidigungspolitische Sprecherin der FDP, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, äußerte die Vermutung, die SPD-Fraktionsführung wolle mit dem Personalaustausch einen Kurswechsel in der Verteidigungspolitik vorantreiben. Die FDP-Politikerin kommentierte das „Indie-Wüste-schicken“ Bartels als ein Zeichen, „dass eben auch das Personal ausgetauscht wird, das für die Soldaten auch eingefordert hat, mehr Ausrüstung, besse-

re Ausbildung, das wird jetzt vernichtet und das zeigt, in welche Richtung Herr Mützenich geht“.

Ein Blick in die Hauptstadtmedien zeigt, dass die Wahl Högls zur Wehrbeauftragten möglicherweise noch einen anderen Hintergrund hat. Treffen entsprechende Bericht zu, dann ist Högls Berufung möglicherweise Teil eines größer angelegten Postenkarussells.

Fakt ist, dass Berlins SPD-Chef und Regierender Bürgermeister Michael Müller schon im Januar angekündigt hat, er wolle auf dem nächsten Parteitag nicht wieder als Landesvorsitzender antreten.

Berlins
Regierungschef
soll es auf den
Listenplatz eins
der neuen
Wehrbeauftragten
abgesehen haben

Dieser Verzicht macht für Bundesfamilienministerin Franziska Giffey den Weg an die Spitze der Berliner SPD und für eine Spitzenkandidatur bei der nächsten Abgeordnetenhauswahl frei.

Im Gegenzug für seinen Rückzug aus der Landespolitik soll Müller nun zugesichert worden sein, bei der nächsten Bundestagswahl für die SPD-Landesliste auf Platz eins nominiert zu werden. Selbst bei weiter fallenden Zustimmungswerten für die Genossen würde dieser Spitzenplatz mit großer Sicherheit Müllers Einzug in den nächsten Bundestag bedeuten.

Mit der Wahl Högls zur Wehrbeauftragten sind nun die Aussichten für Müller weiter gestiegen, den begehrten Listenplatz eins tatsächlich zu erhalten. Im Jahr 2017 war die Berliner SPD nämlich noch mit Högl als Spitzenkandidat in den Bundestagswahlkampf gezogen.

Als Wehrbeauftragte muss Högl nun jedoch nicht nur ihr damals errungenes Bundestagsmandat niederlegen. Vielmehr bedeutet ihre fünfjährige Amtszeit als Wehrbeauftragte auch, dass sie bei der nächsten Bundestagswahl nicht erneut in ihrem Berliner Wahlkreis kandidiert und nicht mehr als Spitzenkandidatin die SPD-Landesliste anführen kann.

„WIDERSTAND 2020“

Angeblich eine Partei mit 100.000 Mitgliedern

Daten und Fakten zur Corona-Protestbewegung und was von ihr noch zu erwarten ist

In letzter Zeit mehren sich Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder – teilweise gingen schon mehrere tausend Leute auf die Straße wie in Stuttgart. Und seit dem 21. April versucht nun offensichtlich auch eine aus dem Nichts aufgetauchte Partei namens „Widerstand 2020“ diese Proteste zu kanalisieren.

An der Spitze des Neulings im Parteienspektrum stehen drei Personen: Victoria Hamm aus Lehrte bei Hannover, die ein Online-Projekt zur „Liebeskummerbewältigung“ sowie einen Backwarenhandel betreibt, Ralf Ludwig, Rechtsanwalt aus Leipzig und der Hals-Nasen-Ohren-

Facharzt Bodo Schiffmann aus Sinsheim, Inhaber einer Ambulanz für Menschen, die unter Schwindelanfällen leiden.

Schnelles Ende nicht ausgeschlossen

Das Trio verkündete in den letzten Tagen, „Widerstand 2020“ solle eine „Mitmach-Partei“ sein, die sich politisch nicht so leicht einordnen lasse, weil sie auf „Schwarm-Intelligenz“ basiere. Ihr Ziel sei die Schaffung einer „wahrhaftigen Demokratie“ und eine „echte Veränderung im System“ einschließlich der Reformierung des Grundgesetzes. Gleichzeitig plädierte Ludwig noch für einen „liebvollen Umgang“ in der Politik sowie die Konsti-

tution eines „Notstandsparlaments“ aus „700 mündigen Bürgern“. Schließlich könne man die Lösung der aktuellen Probleme schlecht denen überlassen, „die uns den Brand erst zugeführt haben“.

Nach Auskunft der Parteigründer soll „Widerstand 2020“ bereits um die 100.000 Mitglieder haben, also fast dreimal mehr als die AfD und etwa genauso viele wie die Grünen. Das freilich muss bezweifelt werden. Realistische Schätzungen, die unter anderem auf die Facebook-Aktivitäten von „Widerstand 2020“ Bezug nehmen, gehen von etwa 4000 Mitgliedern aus. Viele der angeblichen Beitrittsanträge sind wohl nicht ernst ge-

meint. Immerhin ist weder ein Mitgliedsbeitrag fällig noch stellt die Zugehörigkeit zu anderen Parteien ein Problem dar. Gleichzeitig wirbt man um anonyme Spenden, deren Entgegennahme Parteien in Deutschland aber verboten ist. Insofern stellt sich die Frage, ob „Widerstand 2020“ überhaupt eine Partei ist oder irgendwann werden kann.

Aller Wahrscheinlichkeit nach droht „Widerstand 2020“ das gleiche Schicksal wie der Piratenpartei, nur dass der Absturz zurück ins Nichts noch wesentlich schneller erfolgen wird, sobald der Staat die Corona-Regeln lockert oder gänzlich aufhebt. *Wolfgang Kaufmann*

LOCKDOWN-FOLGEN

Wirtschaft blickt in den Abgrund

Berlin und Brandenburg: Bereits fast jeder vierte Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen

VON NORMAN HANERT

Die Länder Berlin und Brandenburg lockern dieser Tage ihre bislang rigiden Lockdown-Maßnahmen. Für viele Unternehmen kommt das Anfahren des Wirtschaftslebens allerdings zu spät. Vor allem eine Branche steht vor einer breiten Insolvenzwelle.

Neue Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen eindringlich, wie stark das Wirtschaftsleben der Hauptstadtregion unter den Kontakt- und Ausgehbeschränkungen leidet. Laut den kürzlich veröffentlichten Daten waren im März und April insgesamt bis zu 550.000 Menschen – und damit fast jeder vierte Beschäftigte in Berlin und Brandenburg – von Kurzarbeit betroffen. Ein Sprecher der Bundesagentur für die Region Berlin-Brandenburg sagte zu diesem hohen Stand der Kurzarbeiterzahlen, dieser übertreffe sogar das Niveau der Finanzkrise von 2008/2009 deutlich.

Derzeit gilt die Gastronomie als die Branche, die besonders extrem unter den Einschränkungen leidet. Zwar haben Restaurants und Imbisse versucht, durch Lieferdienste und Außer-Haus-Verkauf die Umsatzeinbrüche etwas abzufangen, den Wegfall des Kerngeschäfts konnte dies allerdings nicht ersetzen. Als Folge sind in Berlin-Brandenburg inzwischen knapp drei Viertel aller Mitarbeiter der Branche von Kurzarbeit betroffen. Olaf Lücke, der Hauptgeschäftsführer des Brandenburger Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga), bezeichnete die Lage insgesamt als „prekär“.

Krise frisst sich durch die Branchen

Die fehlende Nachfrage von Restaurants, Hotels und Pensionen nach Lebensmitteln schlägt zudem auch immer stärker auf Großmärkte und landwirtschaftliche Betriebe durch, denen die Einnahmen wegbrechen. Als Folge stehen erste Lebensmittelhändler auf dem Berliner Großmarkt an der Beusselstraße vor der Insolvenz.

Wie andere Bundesländer haben Berlin und Brandenburg mittlerweile eine Lockerung der Pandemie-Vorschriften beschlossen. Unter Auflagen und mit Beschränkungen soll in beiden Ländern die



Schlimmer als bei der Finanzkrise 2008/2009: Immer mehr Geschäfte stehen vor der Insolvenz Foto: imago images/Sabine Gudath

Gastronomie schrittweise wieder öffnen. Brandenburg öffnet Kneipen und Restaurants bereits ab dem 15. Mai komplett. Die Berliner Regelung sieht für Restaurants und Cafés vor, dass diese bis 22 Uhr öffnen können. Erlaubt ist jedoch nur eine begrenzte Anzahl von Gästen an den Tischen. Verboten bleibt den Gastronomen zunächst weiterhin die Bewirtung von Gruppen und Stammtischrunden; auch soll es keine Selbstbedienung und keinen Stehbetrieb geben.

Vorschläge, die der Branchenverband Dehoga dem Senat vorgelegt hat, sehen zudem eine Begrenzung der Aufenthaltsdauer für Gäste auf zwei Stunden und digitale Speisekarten vor, die über das Mobiltelefon kontrolliert werden. Hotels wollen die Länder Berlin und Brandenburg erst ab dem 25. Mai unter strengen Vorschriften die Eröffnung erlauben. Trotz der geplanten Lockerungen rechnet der Hotel- und Gaststättenverband mit weiteren Umsatzeinbußen in der Branche und einer Welle von Pleiten.

Laut Dehoga sind der Branche bis Ende April rund zehn Milliarden Umsatz verloren gegangen. Aktuell steht nach Angaben des Verbandes fast jedes dritte Unternehmen der rund 223.000 Hotel- und Gastronomiebetriebe in Deutschland vor der Insolvenz. Die Notlage vieler Gastwirte, Hoteliers und Unternehmer anderer Branchen ist längst nicht nur an den Kurzarbeiterzahlen ablesbar. Inzwischen brechen auch ganz massiv Steuereinnahmen weg. Besonders alarmierende Zahlen meldet das Land Berlin.

Steuern: Bis zu 90 Prozent Minus

Im ersten Quartal des Jahres flossen die Steuereinnahmen in der deutschen Hauptstadt noch weitgehend wie üblich. Die Daten für April zeigen jedoch einen drastischen Einbruch. Bei der Gewerbesteuer nahm der Fiskus im Vergleich zum Vorjahresmonat 90 Prozent weniger ein. Bei der Umsatzsteuer betrug das Minus 37 Prozent. Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) geht davon aus, dass sich

diese Entwicklung weiter fortsetzt: „Erst im Mai und Juni werden sich die tatsächlichen Auswirkungen der Herabsetzung der Vorauszahlungen bei Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer deutlich zeigen.“

Angesichts dieser Entwicklung drängt der Finanzsenator bei den zwölf Berliner Bezirken bereits auf massive Einsparungen. In einem internen Schreiben mahnte Kollatz von den Bezirksbürgermeistern solidarisches Handeln an und forderte sie auf, im laufenden und im kommenden Jahr insgesamt 160 Millionen Euro einzusparen. Der Chefhaushälter Berlins warnte in seinem Schreiben: „Wir stehen vor einer historischen Neuverschuldung.“ Derzeit geht der Senat offenbar davon von aus, dass Berlin fünf Milliarden Euro neue Schulden machen muss. Obwohl bundesweit mittlerweile eine Schuldenbremse gilt, sind den Bundesländern bei außergewöhnlichen Notsituationen wie etwa starken Wirtschaftseinbrüchen Ausnahmen erlaubt.

SOZIALISMUS

Neue Enteignungsphantasien in Berlin

Nächster Schlag nach dem „Mietendeckel“: Jetzt soll es Seegrundstücksbesitzern an den Kragen gehen

Die Berliner Landesregierung kultiviert neue Enteignungsphantasien. Unter der Parole „Berlins Regierungskoalition Ufer für alle“ will der Senat „notfalls“ die Besitzer von Ufergrundstücken an Spree, Havel oder Wannsee enteignen. Die rot-rot-grüne Koalition strebt an, „alle Ufer der Berliner Gewässer grundsätzlich öffentlich zugänglich“ zu machen, heißt es. Der Senat will dafür ein Berliner Uferwegekonzept vorlegen.

„Alle Ufer öffentlich“

Daniel Buchholz, Sprecher für Stadtentwicklung der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, hat bereits konkrete Vorstellungen: „Freie Ufer sind ein echter Mehrwert für die Berliner und Gäste der Stadt – gegenüber dem Luxus sehr weniger, denen exklusiv Grundstücke am Wasser gehören.“ Er gibt sich dann aber „großzügig“:

Enteignungen seien nur die „Ultima Ratio“, falls alle anderen Instrumente scheiterten.

Katalin Gennburg von der Linkspartei definiert ein klares Feindbild: „Wir sehen immer mehr Stadtvillen, die an die Gewässer rangebaut werden. Wir wollen, dass diese Kommerzialisierung und Privatisierung aufhört.“ Hinter der Offensive scheint eine neue Generallinie gegen Immobilienbesitzer ganz allgemein durch. Offenbar sollen Eigentümer genötigt werden, auf ihr Eigentum zumindest teilweise zu verzichten, oder es wird darauf hingearbeitet, dass sie es angemessen verwerten dürfen. Die Frage ist, inwieweit eine solche Politik mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Schon das Projekt „Mietendeckel“ sieht deswegen einer Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht entgegen.

Auch die Brechstange „Vorkaufsrecht“ nutzt die Stadt immer häufiger. Aus der rot-rot-grünen Koalition ist zu hören, dieses Instrument sei eine „ordentliche Keule“, was positiv gemeint ist.

Unmut selbst bei Grünen und SPD

Aber die Keule richtet sich gegen die öffentliche Hand. In Berlin beispielsweise klagte der Verkäufer von drei Immobilien gegen den Bezirk Schöneberg. Ein Käufer hatte ihm 7,8 Millionen Euro geboten. Er erhielt den Zuschlag. Doch der Bezirk griff ein, zog sein Vorkaufsrecht und wollte nur 6,3 Millionen Euro zahlen. Das Landgericht Berlin hielt dagegen 7,8 Millionen Euro als Verkehrswert für die drei Immobilien für angemessen.

Selbst ein SPD-Abgeordneter, der nicht genannt werden will, geht zu den neuen, ultralinken Praktiken der Berliner

Politik auf Distanz: „Das ist ein Blankoscheck für Enteignungen, ein totaler Bockmist. Ich dachte, die DDR ist vorbei.“ Die Begeisterung der Grünen für das Projekt, das offenbar vornehmlich von der Linkspartei und dem linken Flügel der SPD betrieben wird, gestaltet sich ebenfalls eher mäßig. Grünen-Politikerin Daniela Billig: „Wenn auch die SPD das jetzt beschlossen hat, werden wir uns noch mal zusammensetzen, um eine für alle akzeptable Lösung zu finden.“

Die Linkspartei scheint aber wild entschlossen. Gennburg gibt sich kompromisslos: „Der Zugang zu Gewässern muss Gemeingut sein.“ Für diese Art des Umgangs mit dem Eigentum anderer gibt es historische Vorbilder. Da braucht man gar nicht weit zu gehen. Nur in den Ostteil Berlins vor dem 9. November 1989.

Frank Bücker

KOLUMNE

Berlin ohne Abstand

VON VERA LENGSELD

Das vergangene warme, sonnige Wochenende haben viele Berliner genutzt, um das schöne Wetter in Parks und Anlagen zu genießen. Während die Einkaufsstraßen der Innenstadt verwaist blieben, sah man in den Parks die Bäume vor lauter Menschen kaum. Der Ansturm hatte vor allem zur Folge, dass die Wiesen und Wege vermüllt wurden. Vor allem blieben die Corona-Regeln völlig unbeachtet. Die Polizei konnte nicht einmal versuchen, sie durchzusetzen. Die schiere Masse machte das unmöglich.

Der Pankower Bürgerpark ist offensichtlich zum allgemeinen Jugendtreff geworden. Schon zu Beginn der Corona-Krise, als die umliegenden Schulen geschlossen wurden, wichen die Schüler auf den Park aus, wo sie dicht an dicht standen und sich nicht um die Ansteckungsgefahr scherten. Erhöhte Infektionswerte hat es in Pankow aber, so weit ich weiß, nicht gegeben, was die Frage aufkommen lässt, wie realitätsbezogen die Corona-Maßnahmen sind.

Während die Schulen jetzt mit umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen, die Schüler voneinander auf Abstand halten sollen und hochgerüstet werden, rücken dieselben Schüler gleich nach Unterrichtsschluss aufs Engste zusammen. Leider bleiben nicht nur die Corona-Maßnahmen unbeachtet, sondern auch alle Regeln, die Parks vor Zerstörungen schützen sollen.

Im Schlosspark Schönhausen, der zu DDR-Zeiten für den Publikumsverkehr gesperrt war, weil das Schloss das Gästehaus der Regierung beherbergte, werden Radfahrer aufgefordert, vom Rad zu steigen, wenn sie auf das Gelände wollen. Am Sonntag radelten nicht nur zahllose Leute auf dem Hauptweg herum, sondern auch auf den schmalen Spazierwegen, die so für Fußgänger zum Parcours wurden. Auf den Wiesen wurde nicht nur gepicknickt, sondern auch Ball gespielt, selbst wenn das die Nächstliegenden stark beeinträchtigte und der Ball immer wieder in die Rabatten flog, in die man dann rennen musste, um das Spielzeug wieder herauszuangeln. Ich habe gelesen, dass die Corona-Krise angeblich das solidarische Miteinander und die gegenseitige Rücksichtnahme gefördert hat. Davon war an diesem Wochenende nichts zu spüren.

MELDUNG

Tegel soll weg

Berlin – In Berlin stehen nur noch FDP und AfD vorbehaltlos zu einem Weiterbetrieb des Flughafens Tegel. Von der Berliner CDU heißt es nun dagegen: Sofern der BER früher öffne, könne man Tegel früher schließen: „Wir haben unter den jetzigen Rahmenbedingungen offenbar die einmalige Chance, den Flughafen Berlin-Brandenburg International früher als geplant zu öffnen und sollten diese Chance nutzen.“ Die CDU setzt sich damit in Gegensatz zum Bürgerwillen. Ein von der FDP durchgesetzter Volksentscheid im September 2017 ergab eine Mehrheit von 56,1 Prozent für den Weiterbetrieb des Flughafens. Die rot-rot-grüne Parlamentsmehrheit und die Landesregierung ignorieren allerdings diesen Volksentscheid. F.B.

● MELDUNGEN

US-Ängste vor Huawei

Washington – Die Entscheidung des britischen Premierministers Boris Johnson, den chinesischen Technologiekonzern Huawei am Aufbau des britischen 5G-Mobilfunknetzes zu beteiligen, hat dazu geführt, dass die US-Regierung die Sicherheitsbeziehungen zu Großbritannien einer Prüfung unterzieht. Wie die Londoner Tageszeitung „The Daily Telegraph“ berichtet, hat das Weiße Haus in Washington eine Untersuchung gestartet, die abklären soll, inwieweit US-Stützpunkte und US-Geheimdienstleistungen in Großbritannien durch chinesische Spionage gefährdet sind. Folge der Überprüfung könnte laut dem Bericht der Abzug US-amerikanischer RC-135-Aufklärungsflugzeuge, von Angehörigen der US-Armee und von Geheimdienstleistungen aus Großbritannien sein. Mitglieder des US-Senats wollen zudem auch die geplante Stationierung von F-35A-Tarnkappenkampflugzeugen in Großbritannien blockieren. N.H.

Kilometerlange Jumbo-Schlange

London – Der Chef von Europas größtem Flughafen, London Heathrow, bezweifelt, ob im Luftverkehr Abstandsregeln zur Infektionsvermeidung in der Praxis anwendbar sind. John Holland-Kaye sagte: „Vergessen Sie räumliche Distanzierung, das funktioniert im Flugverkehr genauso wenig wie in irgendeiner anderen Form des öffentlichen Transports.“ Nach Ansicht von Holland-Kaye sind Maßnahmen wie etwa das Abstandhalten auf den eng verplanten Flächen von Flughäfen nur schwer umzusetzen: „Die Schlange der Passagiere beim Einsteigen für nur einen einzigen Jumbo-Jet wäre einen Kilometer lang.“ Um Viren-Verdachtsfälle erkennen zu können, werden am Flughafen Heathrow derzeit Methoden wie automatische Temperaturkontrollen ausprobiert, die zum globalen Standard werden können. Geplant sind zudem Versuche zu kontaktlosen Sicherheitskontrollen und zur Desinfektion von Gepäck und anderen Gegenständen mit UV-Licht. N.H.

Paris vermutet: kein Laborvirus

Paris – Im Schlagabtausch zwischen den USA und China um die Herkunft des neuartigen Coronavirus stützt Frankreichs politische Führung die offizielle Position Pekings. Aus dem Élysée-Palast heißt es, dass es bislang keine Belege für Berichte gebe, denen zufolge das Virus aus einem Labor bei Wuhan stammt. Das in Verdacht geratene Labor der höchsten Sicherheitsstufe P4 war ursprünglich ein französisch-chinesisches Gemeinschaftsprojekt, für das Frankreich die Sicherheitstechnologie geliefert hat. Eine ursprünglich geplante Mitnutzung des Labors durch französische Forscher kam allerdings nicht zustande. Wuhan ist zudem auch ein Schwerpunkt der französischen Handelspolitik in China. In der schwer von der Virus-Epidemie betroffenen Metropole siedelten sich in den vergangenen Jahren französische Unternehmen wie der Autobauer Renault und der Elektrotechnik-Konzern Schneider an. N.H.

CORONA IN FRANKREICH

Hausgemachter Notstand

Vetternwirtschaft, Einsparungen bei den Krankenhäusern und ein nationales Gesundheitsinstitut mit fragwürdigen Entscheidungen – Französisches Staatsdilemma bei Covid-19

VON EVA-MARIE MICHELS

Mit mehr als 26.000 Toten zählt Frankreich zu den weltweit fünf am stärksten von Corona betroffenen Staaten. Statistisch kommen knapp 400 Tote auf eine Million Einwohner. Damit liegt Frankreich hinter Belgien, Spanien, Italien und Großbritannien, während es in Deutschland knapp 90 Corona-Tote je eine Million Einwohner sind. Für die hohe Todeszahl ist in Frankreich nicht nur ein desolates Gesundheitssystem verantwortlich, sondern auch die Korruption in Regierung und Gesundheitswesen.

Die Einführung der 35-Stunden-Woche 2000 sowie die „Modernisierung“ unter Sarkozy, das heißt die Umwandlung der staatlichen Krankenhäuser in technokratisch verwaltete, gewinnorientierte Dienstleister, führten zu einer Überbelastung des Personals und zu einer Verschlechterung der materiellen Ausstattung. Frankreich hat heute pro 100.000 Einwohner zum Beispiel nur noch halb so viele Intensivbetten wie Deutschland.

Seit Anfang 2019 werden die Krankenhäuser regelmäßig wegen der unhaltbaren Arbeitsbedingungen in den Notaufnahmen bestreikt. Dennoch zeigte die französische Regierung bislang keine Bereitschaft, etwas daran zu ändern.

Die staatlichen Krankenhäuser werden von allmächtigen Krankenhausdirektoren geleitet, die gemeinsam vom Gesundheits- und vom Forschungsministerium ernannt und eingesetzt werden. Die Pharmaindustrie verschafft sich Zutritt in die Behandlungsprotokolle über diese Gesundheitsfunktionäre und über Chefärzte an Universitätskrankenhäusern, deren Forschungsprojekte abhängen von der Förderung durch das staatliche Institut national de la santé et de la recherche médicale (Inserm, Nationales Institut für

Gesundheit und medizinische Forschung). Ein großer Teil der Inserm-Experten arbeiten wiederum für pharmazeutische Labore.

Bis Ende 2018 war der Immunologe und universitäre AIDS-Forscher Yves Lévy Chef des Inserm. Seine Ehefrau, die Hämatologin Agnès Buzyn, war bis zu ihrem Rücktritt am 16. Februar Gesundheitsministerin. Unter Lévy wurde die Pharmaforschung weiter zentralisiert und von traditionellen, relativ günstigen Methoden auf teurere, ungewisse und bioethisch umstrittene umgestellt wie die sogenannte Genschere CRISPR/Cas.

Ärztelklage gegen „Staatslüge“

Lévy muss auch über die Forschung am chinesischen Wuhan Institute of Virology, das der französische Staat aufgebaut hat, unterrichtet gewesen sein. Er nahm 2017 nicht nur persönlich an der Eröffnung teil, sondern wachte auch über die Kooperation des Institut Pasteur und französischer Universitäten mit dem Labor in Wuhan. Besonders unter diesem Gesichtspunkt ist die Aussage seiner Frau, der Ex-Gesundheitsministerin Agnès Buzyn, vom 14. März dieses Jahres gegenüber der Tageszeitung „Le Monde“ interessant:

„Als ich (am 16. Februar) aus dem Ministerium ausschied, weinte ich, weil ich wusste, dass uns der (Covid-19-)Tsunami bevorstand. Am 20. Dezember berichtete ein englischsprachiger Blog von seltsamen Lungenerkrankungen. Ich benachrichtigte den Gesundheitsdirektor. Am 11. Januar unterrichtete ich den Präsidenten. Am 30. Januar warnte ich Edouard Philippe, dass die Kommunalwahlen nicht stattfinden könnten.“

Damit gab sie nicht nur zu, dass sie log, als sie am 24. Januar der französischen Öffentlichkeit erklärte: „Das Risiko, dass sich das Virus bei uns ausbreitet, ist sehr gering“, sondern auch, dass die französische Regierung sehr wohl darüber Be-

scheid wusste, dass sich ein neues, gefährliches Virus verbreitete.

Dennoch versandte Buzyn die wenige medizinische Schutzausrüstung, die Frankreich noch hatte, im Januar und Februar nach China und in den Iran und gab die Anweisung, von den 400 Millionen Masken, die der Staat noch lagerte, 240 Millionen zu vernichten – angeblich wegen zu schlechten Zustands. Mehr als 4000 Ärzte steckten sich in der Folge we-

Prozent gegenüber neun Prozent in Restfrankreich liegt. Stattdessen lässt das Inserm Studien durchführen, die darauf angelegt zu sein scheinen, die Unwirksamkeit von Chloroquin zu beweisen. Das Mittel wird dabei nicht im Früh-, sondern im Endstadium verabreicht.

Niedergelassene Ärzte können Raouls Protokoll kaum anwenden, da Ex-Gesundheitsministerin Buzyn Chloroquin am 13. Januar auf die Liste giftiger Substanzen setzen ließ. Das Inserm und die Gesundheitsfunktionäre machen sich stattdessen für den Gebrauch des noch nicht zugelassenen und wahrscheinlich sehr teuren, aber in seiner Effizienz stark umstrittenen Ebola-Mittels Remdesivir des US-Labors Gilhead stark. Eine Tablette Chloroquin kostet hingegen nur sechs Cents. Das lässt bei Remdesivir auf eine ungleich größere und damit attraktivere Gewinnmarge schließen.

Unter Buzyns Nachfolger im Gesundheitsministerium, dem Neurologen Olivier Véran, wurde der Lebensschutz im Schatten der Corona-Krise weiter gelockert. Er erließ am 28. März das Dekret 2020-360, das bis zum 11. Mai gültig blieb und es Hausärzten ermöglichte, Covid-19-kranken Senioren sofort das bei Atemwegsentzündungen kontraindizierte, da tödliche, Sedativum Rivotril zu spritzen. Die Kosten übernahmen die Krankenkassen zu 100 Prozent, während die gewöhnliche Kostenrückerstattungsquote bei 65 Prozent liegt.

Der Verband „Junge Ärzte“ klagte erfolglos gegen das Dekret. Um späterer strafrechtlicher Verfolgung zu entgehen wegen all dieser Vorkommnisse, fügte die französische Regierung am 5. Mai dem Gesetz zur Verlängerung des Sanitätsnotstandes einen Artikel II zu, nach dem sie rechtlich nur noch belangt werden kann, wenn zweifelsfrei nachgewiesen wird, dass sie willentlich und wissentlich gesetzwidrig handelte.

„Das Risiko, dass sich das Virus bei uns ausbreitet, ist sehr gering“

Agnès Buzyn
Frankreichs Gesundheitsministerin, die am 16. Februar von ihrem Amt zurücktrat

gen fehlender Schutzausrüstung mit Covid-19 an. Allein im Elsass starben mindestens 20 Krankenhausärzte. Dazu kommen landesweit 22 tote niedergelassene Ärzte. Zum Pflegepersonal gibt es noch keine Zahlen. Zahlreiche Ärzte- und Pflegevereinigungen haben seit dem 19. März Klage gegen Buzyn und die Regierung eingereicht wegen „Staatslüge“.

Das mit Erfolg vom Infektiologen Didier Raoult vom IHU Méditerranée Infection in Marseille vertretene Covid-19-Protokoll, viel und frühes Testen, Isolieren der Kranken und sofortiges Behandeln mit Hydroxychloroquin und dem Antibiotikum Azithromycine, wird bis heute vom Inserm blockiert, obwohl die Covid-19-Sterblichkeit in Marseille bei nur 1,1



Corona-Stillstand auch in Paris: Trotz Ausgangssperre der Bevölkerung konnte Frankreich das Virus nicht stoppen und hat aktuell viele Opfer zu beklagen

Foto: Mauritius

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit April 2011 verfolgt der einstige türkische Premierminister und heutige Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan das Ziel, westlich des Bosphorus einen Kanal durch den Großraum Istanbul anzulegen. Das von ihm selbst „verrückt“ genannte Projekt reiht sich in die Liste früherer gigantomanischer Bauvorhaben zur Aufwertung der türkischen Metropole ein.

Der sogenannte „Kanal Istanbul“ soll rund 45 Kilometer lang, 25 Meter tief sowie mindestens 275 Meter breit werden und das Marmarameer mit dem Schwarzen Meer verbinden. Aus Erdoğan's Sicht entstünde so ein „Bypass“ zur Entlastung des Bosphorus, durch den pro Tag mehr als 100 große Schiffe fahren und der deshalb oft verstopft ist.

Allerdings lagen die Projektunterlagen viele Jahre lang beim Ministerium für Umwelt und Städtebau, bis dieses dann endlich am 23. Dezember 2019 alle Umweltverträglichkeitsprüfungen abschloss und grünes Licht für die Bauarbeiten gab. Seither drängt Erdoğan auf beschleunigte Ausschreibungen, damit die Bagger alsbald anrollen können – und zwar ungeachtet der wirtschaftlichen Turbulenzen durch die Corona-Krise.

Kosten von rund 14 Milliarden Euro

Gleichzeitig brach eine Welle des Protests los. Diese resultierte aus den Bedenken der Ökonomen und Ökologen, welche die ministerielle Zustimmung für nachgerade skandalös hielten. Die Kosten für den Kanalbau werden mittlerweile auf umgerechnet rund 14 Milliarden Euro geschätzt. Derart viel Geld aufzuwenden, entbehre „jeder wirtschaftlichen Vernunft“, meinen Kritiker wie der Wirtschaftswissenschaftler Mustafa Sönmez.

Der Schiffsverkehr auf dem Bosphorus gehe seit Jahren kontinuierlich zurück, weil die russischen Ölexporte nun vermehrt über die Ostsee liefern. Überdies werde der Kanal im Gegensatz zum Bosphorus auch recht flach sein. Deswegen könnten ihn die großen Containerfrachter und Tanker letztlich gar nicht passieren.

Noch gravierender sind die Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf die Umwelt. Der neue Schifffahrtsweg soll zwei Seen anschneiden, die ein Drittel des Trinkwasserbedarfs Istanbuls abdecken. Außerdem steht eine Störung des sensiblen ökologischen Gleichgewichts im weitgehend abflusslosen Marmarameer zu erwarten. Deshalb prophezeite der prominente türkische Meeresforscher Cemal Saydam von der Hacettepe-Universität in Ankara, dass sich im Bereich des Südausgangs des Kanals jede Menge Schwefelwasserstoff bilden und Istanbul dann häufig nach faulen Eiern stinken werde.



Soll durch den westlichen Teil Istanbuls verlaufen: Der Istanbul-Kanal

Foto: Giorgi Balakhadze

TÜRKEI

Recep Tayyip Erdoğan's neuer Bosphorus-„Bypass“

Der Staatspräsident plant einen „Kanal Istanbul“ zur Entlastung der stark befahrenen Meerenge. Das Prestigeprojekt spaltet Regierung und Opposition

Weitere Probleme drohen an Land. Auf der vorgesehenen Route der Wasserstraße liegen geschützte Dünenfelder und Wälder, in denen hunderte seltene Tier- und Pflanzenarten beheimatet sind. Nach Berechnungen des Umweltexperten Doğanay Tolunay von der Universität Istanbul müssten für den Kanalbau rund 400.000 Bäume auf einer Fläche von 450 Hektar gefällt werden.

Darüber hinaus könnte die Umsetzung des Projektes auch zur Erhöhung des Erdbebenrisikos im Großraum Istanbul führen, in dem über 15 Millionen Menschen leben. Immerhin liegt die tektonisch sensible Marmarameer-Verwerfung nur zwölf Kilometer von dem geplanten Kanal entfernt.

An die Spitze des Widerstandes gegen den „Kanal Istanbul“ setzte sich der Ober-

bürgermeister der Metropole, Ekrem İmamoğlu, der Erdoğan bereits vorher ein Dorn im Auge war, weil er nicht der herrschenden radikalislamischen Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP, Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung), sondern der oppositionellen kemalistischen Cumhuriyet Halk Partisi (CHP, Republikanische Volkspartei) angehört.

2023 soll der Kanal fertig sein

İmamoğlu sprach ganz offen von „Verrat“ und „Mord“ an seiner Stadt und kündigte das Kooperationsabkommen mit der Zentralregierung in Ankara.

Damit brach vor dem Hintergrund des Bauprojektes ein Machtkampf zwischen İmamoğlu und Erdoğan los, in dem der Staatspräsident immer polemischer agierte. Zuerst schmetterte er dem Bürger-

meister entgegen: „Nicht du entscheidest über den Kanal Istanbul, die Befugnis, darüber zu entscheiden, liegt bei mir!“

Dann nannte Erdoğan die geplante künstliche Wasserstraße „ein Werk von Weltklasse“ und beteuerte: „Wir werden nicht zulassen, dass Menschen ohne Visionen, die keine Ziele, keine Liebe und Hoffnung für unser Land haben, uns davon abbringen. Wir werden uns niemals mit der bössartigen Agenda der Opposition befassen, weil wir keine einzige Sekunde verschwenden wollen.“ Und zu guter Letzt spielte er schließlich auch noch die Nationalismus-Karte aus: „Für die Türkei schickt es sich nicht, klein zu denken und klein zu handeln.“

Nun muss die Zukunft zeigen, ob diese hehren Absichtserklärungen tatsächlich umsetzbar sind.

„TRUSTED BRANDS“

Volkswagen und andere deutsche Namen weit vorn

Institut hat untersucht, welchen Marken und Produkten die Bundesbürger am meisten vertrauen

Jedes Jahr beauftragt die Zeitschrift „Reader's Digest“ das Marktforschungsinstitut Dialego mit einer repräsentativen Studie zu den „Trusted Brands“, den „vertrauenswürdigsten Marken“. Zum 20. Mal wurde nun das Resultat einer derartigen Untersuchung veröffentlicht, aus der hervorgeht, welchen Marken und Produkten die Deutschen am meisten vertrauen. Wie schon in den Vorjahren zeigt sich dabei der Trend, dass Konsumenten vor allem auf etablierte Marken setzen, die schon lange auf dem Markt sind.

Bei der Befragung nennt der Konsument allein die Marken, denen er vertraut und die er bedenkenlos an nahestehende Personen weiterempfehlen würde. Eine Vorgabe gibt es nicht. Auf den ersten Blick vielleicht überraschend, wurde bei der

Kategorie Automobile der Wolfsburger Konzern Volkswagen genannt.

Dies war auch in den Vorjahren schon so. Der Abgasskandal hat dem Autohersteller offenkundig nicht wesentlich geschadet. „Das Vertrauen in die Automobilindustrie insgesamt nimmt nicht gerade zu, es zeigen sich aber unter all den Diesel-Abgassdiskussionen weiter weniger Konsequenzen als man annehmen könnte“, schreiben die Autoren.

Ausschlaggebend für das Markenvertrauen sei das unmittelbare Erlebnis der Konsumenten mit den Marken. „Stimmt die Qualität, erfüllen die Produkte und Services die Erwartungen und sind sie ihr Geld wert? Das sind die mit Abstand vorrangigen Parameter bei der Bewertung“, heißt es. VW erfüllt diese Anforderung auf

dem Automobilsektor offenkundig immer noch am besten und verwies dabei wie in den Vorjahren Mercedes und BMW auf die Plätze hinter sich.

Neben dem Preis-Leistungs-Verhältnis spielt die Frage nach dem Umweltschutz eine immer größere Rolle. Es gibt Produkte und Hersteller, die gleich in mehreren Kategorien gut abschnitten.

So überzeugt der Waschmaschinenhersteller Miele bei den Fragestellungen Qualität, Reputation, Nachhaltigkeit, Service und Preis-Leistungs-Verhältnis. iPhone-Hersteller Apple wurde ebenfalls oft genannt, allerdings gilt die Marke im Vergleich zum Konkurrenten Samsung als zu teuer.

Unter die Top 3 bei der Frage nach Serviceorientierung gelangen neben Miele

etwas überraschend Amazon und die Telekom. Im Finanzsektor genießt nach wie vor die Sparkasse den besten Ruf.

Überhaupt finden sich in den verschiedenen Kategorien viele deutsche Produkte. So steht Krombacher an der Spitze der beliebtesten Biermarken, und bei den Säften macht „Hohes C“ des rheinhessischen Herstellers Eckes/Grani das Rennen. Bei den Versicherungen wurde die Allianz am häufigsten genannt.

Die Studienleiter gehen davon aus, dass gezielte Werbung und ein verlässliches Angebot über Jahrzehnte den Ausschlag gegeben haben. Dafür, dass die Werbung eine nicht unerhebliche Rolle spielt, spricht auch, dass in der Kategorie Süßigkeiten die medial präsenten Marken Haribo und Milka vorne liegen. P. Entinger

● MELDUNGEN

Immer weniger Apotheken

Berlin – Laut der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände gab es Ende 2019 deutschlandweit 9075 Apotheken und damit 348 weniger als ein Jahr zuvor. Nachts sowie an Sonn- und Feiertagen stehen immer 1300 Apotheken für den Notfall bereit. 2012 waren von den damals noch 21.500 Apotheken rund 2000 außerhalb der regulären Öffnungszeiten im Dienst. Damit setzte sich ein jahrelanger Abwärtstrend fort. Im Bedarfsfall müssen immer längere Wegstrecken bis zur nächsten Notdienst-Apothekenzurückgelegt werden. Auf dem Land sind die Distanzen länger als in den Städten, obwohl die Apotheken dort öfter Notdienste übernehmen. Ein Grund für den Rückgang ist die abnehmende Zahl der Landärzte. Zu schaffen macht den Apotheken der Versandhandel. Ausländische Versandapotheken müssen sich nicht wie deutsche Apotheken an einheitliche Preise für rezeptpflichtige Medikamente halten. D.J.

Kaufprämie für alle Neuwagen

Dresden – Sachsens Regierungschef Michael Kretschmer will eine Kaufprämie für Neuwagen unabhängig von der Antriebsart. Vor dem sogenannten Autogipfel, der am 5. Mai in Form einer Telefonkonferenz mit Kanzlerin Angela Merkel stattgefunden hat, sagte Kretschmer: „Es ist dann der Umwelt gedient, wenn das neue Fahrzeug, das gekauft wird, einen besseren CO₂-Wert hat als das bisherige.“ Auch Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann sprach sich explizit dafür aus, in die Förderung auch modernste Diesel mit aufzunehmen. Umweltverbände wollen dagegen durchsetzen, dass staatliche Hilfen an „ökologische Kriterien“ geknüpft werden und nur Elektroautos gefördert werden. Neben den Herstellern machen sich auch die Länder Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg für Kaufprämien für Neuwagen stark. Bundesfinanzminister Olaf Scholz kündigte an, dass die Koalition erst Ende Mai oder im Juni ein Konjunkturpaket auflegen will. N.H.

Rückkehr zur Stagflation

New York – In der englischsprachigen Wirtschaftspresse mehren sich Warnungen von Ökonomen, die als Folge der Coronavirus-Epidemie eine Stagflation wie in den 1970er Jahren befürchten. Der Begriff Stagflation steht für eine Kombination aus einer stagnierenden Wirtschaftsleistung, hoher Inflation und Massenarbeitslosigkeit. Ein maßgeblicher Faktor bei der Stagflation vor Jahrzehnten waren steigende Preise als Folge des sogenannten Ölpreisschocks. James Grant, Gründer des Finanzmagazins „Grant's Interest Rate Observer“ sieht als möglichen Auslöser einer neuen Teuerungswelle eine stark anziehende Nachfrage nach dem Wiederhochfahren der Volkswirtschaften, sobald die Epidemiebeschränkungen auslaufen. Die „Financial Times“ wies in einem Artikel auf die Gefahr hin, dass sich der Abbruch globaler Lieferketten preistreibend auswirkt und die Neuauflage einer Stagflation einleitet. N.H.

KOMMENTAR

Ein schiefer Vergleich

HANS HECKEL

Die Konferenz der Regierungschefs von Bund und Ländern am 6. Mai wäre fast im Eklat geendet. Mit den Worten, sie sei „kurz davor, aufzugeben“, hatte Kanzlerin Merkel damit gedroht, aus der Debatte auszusteigen. Damit spiegelt die Diskussion auf höchster nationaler Ebene die gesplante Atmosphäre wider, die sich hinsichtlich des Lockdown durchs gesamte Volk zieht.

Zustände wie in Italien?

Kritiker von Lockerungen argumentieren oft mit dem Hinweis auf die teils erschreckenden Entwicklungen in Ländern wie Italien, wo die Krankenhäuser zwischenzeitlich dermaßen überlastet waren, dass sie ältere Patienten mit geringerer Überlebenschance nach Hause schicken mussten. Eine entsetzliche Selektion nach dem Muster der „Triage“, die aus Kriegslazaretten überliefert ist. Ein Drittel der Aussortierten soll danach trotzdem überlebt haben, was darauf hindeutet, dass viele weitere der daheim elend Verstorbenen hätten gerettet werden können, wenn man sie denn behandelt hätte.

Nur die strengen Lockdown-Maßnahmen hätten Deutschland eine solche Tragödie erspart, heißt es. Und würden sie zu rasch gelockert, könne uns die Katastrophe („zweite Welle“) immer noch heimsuchen.

Diese Schlussfolgerung klingt zwar schlüssig, doch werden hier zwei entscheidende Aspekte übersehen: Zum einen ist es längst bekannt, dass die Ansteckungsrate („Reproduktionszahl“) laut den Daten des Robert-Koch-Instituts (RKI) schon am 20. März, also vor Lockdown und Maskenpflicht, unter Eins gerutscht war. Heißt: Jeder Infizierte steckt weniger als einen weiteren Menschen an, auf dem Höhepunkt waren dies mehr als drei. Eine Reproduktionszahl unter Eins signalisiert das Abflauen einer jeden Infektionswelle. An dieser Zahl hat sich infolge der Sperrmaßnahmen nichts geändert.

Eine Frage der Kapazitäten

Zum anderen war der Hinweis auf Italien, dem Deutschland nach den Horrorprognosen mancher Experten mit einem Abstand von nur ein bis zwei Wochen hinterhergelaufen sei, um dann mit ähnlichen Problemen konfrontiert zu sein, von Anfang an schief. Es kommt bei der Wahl der Mittel eben nicht nur auf das Ausmaß der Heraus-

forderung an, sondern auch auf die zur Verfügung stehenden eigenen Möglichkeiten.

Das deutsche Gesundheitssystem ist dem italienischen um Längen überlegen, das war schon vor Corona bekannt. In Deutschland standen in allen Phasen der Corona-Welle Behandlungsplätze überreichlich zur Verfügung. Ein Zwang zur „Triage“ war weit und breit nicht in Sicht.

Ganz anders in Italien, wo daher Isolationsmaßnahmen à la Lockdown durchaus sinnvoll sein konnten, während sie im Falle Deutschlands vor allem einen wirtschaftlichen und sozialen Schaden angerichtet haben, dem kein messbarer, den Schaden rechtfertigender Vorteil beim Gesundheitsschutz gegenübersteht, nicht einmal im Falle der sogenannten Risikogruppen.

Erkenntnisse aus der Geschichte

Denn Isolation ist das Mittel der Wahl, wenn die medizinischen Möglichkeiten der Herausforderung nicht gewachsen sind, sei es aus Unkenntnis der richtigen Therapie, sei es aus mangelnder Kapazität. Das lehrt auch der Blick in die Geschichte: Als Ende des 19. Jahrhunderts (nach Jahrhunderten irriger Theorien) endlich erforscht war, dass schwere Krankheiten durch Viren und Bakterien übertragen werden, standen die Mediziner vor einem Problem: Jetzt wussten sie zwar, wie die Ansteckung funktioniert, gegen schwere Infektionen hatten sie aber kaum etwas Wirksames in der Hand.

In dieser Situation setzte man auf die Isolierung der Infizierten. Großkrankenhäuser der damaligen Zeit bestehen aus vielen kleinen, durch Grünflächen getrennten Pavillons.

Die Überlastung des unzureichenden italienischen Gesundheitssystems schlägt sich in der „Übersterblichkeit“ nieder. Für Deutschland dagegen fehlt jeder Hinweis darauf, dass während der Corona-Zeit mehr Menschen gestorben sind als in anderen Frühjahren. Die vermeintlichen „Corona-Toten“ umfassen alle, welche zum Todeszeitpunkt jenes Virus in sich trugen. Selbst ein Verkehrstopfer, das nach seinem Tod positiv auf Corona getestet wurde, erscheint in den täglichen Präsentationen vieler deutscher Medien als zusätzlicher „Corona-Toter“. So werden Schreckenszahlen konstruiert, die ein falsches Bild der Wirklichkeit vermitteln. Damit wurden die Menschen völlig unnötig verängstigt.



Verschwörungstheorien: Anti-Lockdown-Demo am 9. Mai in München

Foto: pa

LEITARTIKEL

Maß halten

RENÉ NEHRING

Ziemlich rau ist das geistige Klima in diesem Lande in den letzten Tagen geworden. Während sich die Regierung – allen voran die Kanzlerin – schwer damit tut, von den „Lockdown“-Maßnahmen wieder abzulassen, blühen vielerorts Verschwörungstheorien auf: Von der Unterstellung, „Corona“ sei eine Erfindung der Pharmaindustrie, bis hin zum Vorwurf der Errichtung einer Diktatur reichen die Thesen.

Richtig ist: Das Verhalten der Verantwortlichen in Bund und Ländern war in den letzten Wochen alles andere als optimal und vertrauenerweckend. Zu zögerlich agierte anfangs vor allem die Kanzlerin; zur Einführung von Grenzkontrollen musste sie gar von den Ministerpräsidenten genötigt werden. Auch die Experten aus der Wissenschaft – allen voran die Vertreter des Robert-Koch-Instituts (RKI) – agierten zu erratisch: Die verkündeten Fallzahlen stifteten mehr Verwirrung als Aufklärung ebenso wie die unklaren Parameter, anhand derer die Gefahren der Pandemie bewertet werden sollten.

Gravierende Eingriffe

Und ohne Zweifel sind die Ende März beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus gravierend. Vor allem die Einschränkungen der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit stellen – auch wenn sie zur Abwehr einer gesundheitlichen Gefahrenlage beschlossen wur-

den – einen schweren Eingriff in die Grundrechte der Bürger dar.

Doch rechtfertigt all dies wirklich den Vorwurf, Deutschland befände sich auf dem Weg in eine Diktatur? Müssen wir nicht vielmehr konzedieren, dass wir uns in einer noch nie dagewesenen Situation befinden, in der es ergo auch keine Beispiele geben kann, anhand derer sich die Entscheider orientieren könnten? Immerhin ist „Corona“ kein alleiniges deutsches oder „westliches“ Problem, sondern eine globale Seuche, auf die (außer in Weißrussland) weltweit alle Regierungen – egal, ob links oder rechts, ob autoritär oder liberal – mit ähnlichen Maßnahmen reagiert haben. Selbst in Schweden, wo der eingeschlagene Weg zwar Freiwilligkeit vorsieht, aber im Ergebnis ähnlich ist.

Deutschland liegt mit dem Ausmaß der Einschränkungen weltweit im Mittelfeld. Die hierzulande verkündeten Maßnahmen sind nicht so locker wie in Schweden, aber bei Weitem nicht so streng wie in Frankreich, Italien oder Spanien, wo es teilweise wochenlang echte Ausgangssperren gab.

Hinzu kommt, dass – anders als von den Verschwörungstheoretikern behauptet – die Kritiker an den Regierungsmaßnahmen keineswegs unterdrückt werden. So konnten etwa der Virologe Hendrik Streeck, der in seiner vom Land NRW finanzierten Studie über die Corona-Verbreitung die Krankheit weitaus weniger gefährlich einschätzt als das RKI, und der Hamburger Rechtsmediziner Klaus Püschel, der nach Dutzenden Autopsien zu

dem Ergebnis kam, dass kein einziger der mit dem Coronavirus Infizierten auch daran gestorben ist, ihre Ansichten wiederholt in Fernseh- und Zeitungsinterviews darlegen. Allein die Sendung „Markus Lanz“ vom 9. April bot beiden Wissenschaftlern ein Millionenpublikum.

Richtig ist, dass insbesondere Angela Merkel vom bisherigen Verlauf der Krise profitiert hat. Ohne „Corona“ hätte die CDU am 25. April auf einem Sonderparteitag einen neuen Vorsitzenden gewählt – und vielleicht hätte die Bundeskanzlerin schon bald darauf mit dem Aufräumen ihrer Sachen im Kanzleramt anfangen können. So aber wurde sie zur medial gefeierten „Krisen-Managerin“ samt Umfragehoch; selbst von einer weiteren Amtszeit war schon die Rede.

Die Lockerung des Lockdowns

Doch dies ist nun vorbei. Vor allem die Unions-Ministerpräsidenten Laschet, Haseloff und Söder erhöhten den Druck zur Lockerung des Lockdowns zuletzt dermaßen, dass die Kanzlerin bereits in der vergangenen Woche verkünden ließ, dass die Länder künftig allein für ihre öffentliche Gesundheit verantwortlich seien.

Die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus brachten zweifellos gravierende Eingriffe in die bürgerlichen Freiheitsrechte mit sich. Doch erleben wir eben gerade auch, dass diese Einschränkungen sukzessive wieder gelockert werden. Dies unterscheidet Deutschland von einer Diktatur.

PORTRÄT

Oberster SPD-Fraktionsstrippenzieher

Die Kanzlerin kann ihr Glück kaum fassen. Sie sonnt sich im Corona-Umfragehoch, während ihr Koalitionspartner SPD sich mit Personalfragen weiter zerfleischt.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, **Rolf Mützenich**, war der Ansicht, dass es derzeit kein wichtigeres Thema gibt als die Frage nach dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. Der amtierende sozialdemokratische Verteidigungsexperte Hans-Peter Bartels hätte gerne weitergemacht, durfte aber nicht. Dafür gab Mützenich angeblich dem Hamburger Parteikollegen Johannes Kahrs eine Zusage, die er aber nicht einhielt. Kahrs trat daraufhin von allen seinen Ämtern zurück. Wohl aus Proporzgründen sollte eine Frau Wehrbeauftragter werden. Und so bestimmte Mützenich

die in Verteidigungsfragen völlig unerfahrene Berliner SPD-Politikerin Eva Högl.

Das Postengeschacher zeigt, dass die an der Führungsspitze runderneuerte SPD noch in der Findungsphase ist. Während das neue Führungsduo Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken sich noch zu profilieren sucht, kann in dem Machtva-

kuum der 60-jährige Kölner Mützenich frei schalten und walten. Jüngst machte der Politologe, der in Bremen mit einer Arbeit über „Atomwaffenfreie Zonen“ promoviert wurde, seine Kollegen sprachlos mit der Forderung über den Abzug von US-Atombomben aus Deutschland.

Seit neun Monaten ist Mützenich in der Fraktion gewählter Nachfolger der vom Fraktions- und Parteivorsitz zurückgetretenen Andrea Nahles. Zuvor war er, der seit 1975 SPD-Mitglied ist, direkt nach dem Studium Referent im Landtag von Nordrhein-Westfalen war und seit 2012 für seinen Kölner Wahlkreis im Bundestag sitzt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Da die SPD zuletzt viel Personal verschlissen hat, ist er für die Partei kaum mehr als ein Notnagel.

H. Tews



SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Das Beste vom Besten für die Ritter

Neue Erkenntnisse über die Marienburg – Architekturopernte erklärt in einem neuen Buch die Modernität des Hochmeisterpalastes

VON WULF D. WAGNER

Nacht für Nacht unterbrachen die Ordensritter zwischen 23 und zwei Uhr ihren Schlaf für die Nachtmette, dann erhoben sie sich bereits um fünf Uhr, um den Ordensregeln folgend ihren arbeitsreichen Tag anzutreten. Ein weites Land war zu verwalten und zu kultivieren.

Da ältere Ordnungs- oder gar Staatsformen in dem vom Deutschen Orden eroberten Land der Preußen kaum vorgefunden worden waren, bedeutete dies eine Arbeit von Grund auf. Der Begriff der Ordnung findet wohl in keiner deutschen Landschaft stärkeren Ausdruck als im Gebiet des Ordensstaates Preußen, den späteren Provinzen Ost- und Westpreußen. Die vom Deutschen Orden seit der Mitte des 13. Jahrhunderts geschaffene geistig-kulturelle Ordnung prägt aufgrund ihrer gotischen Backsteinbauten, Stadt- und Dorfgründungen bis heute das zwischen Polen, Russland und Litauen geteilte Land, und kein Gebäude verkörpert mehr diese formende Kraft als die Marienburg. Als ein Ordnen von Grund auf kann man auch das wachsende Werk Christofers Herrmanns bezeichnen. Nach dem grundlegenden Werk „Mittelalterliche Architektur im Preußenland“ (2007) und den von ihm herausgegebenen zwei Bänden zur „Mittelalterlichen Architektur in Polen“ (2015) legt er nun seine Forschung der letzten Jahre zu dem „großartigen und rätselhaften“ Hochmeisterpalast auf der Marienburg in dem Buch „Der Hochmeisterpalast auf der Marienburg“ vor.

Herrmanns Forschungen basieren nicht auf Theorien oder vorgegebener Hauptthese, die zu beweisen wäre, sondern Grundlage all seines Arbeitens ist zunächst eine Erfassung der Bauten, die er – wie auch für dieses Buch – bis in Details fotografiert. Diese „Bauarchäologie“ wird um Literatur und historische Quellen erweitert, wobei der Autor keinen Satz anderer Forscher unüberprüft einfach übernimmt. Spekulationen manch eines Kollegen, für die keine klaren Belege vorliegen, werden freundlich, aber deutlich zurückgewiesen.



Bollwerk der Deutschordensritter und modernstes Bauwerk seiner Zeit: Blick auf den Hochmeisterpalast an der Nogat Foto: tws

Seit Ausgang des 18. Jahrhunderts wandte sich die Forschung dieser größten Backsteinburg Europas zu. Wenn sich nun Herrmann nicht mit der gesamten Burg, sondern „nur“ mit dem im 14. Jahrhundert errichteten Hochmeisterpalast neu befasst, dann bedeutet das, dass das gotische Bauwerk wirklich mit der Herrmann eigenen Systematik vom Keller bis zum Dach, Geschoss für Geschoss, Raum für Raum neu durchdrungen wird.

Neben der eigentlichen Konventsburg, in der die Ordensbrüder lebten, entstand der erste Palast unter Hochmeister Luther von Braunschweig 1331 bis 1335. Von diesem Bauwerk blieben der Große Remter mit der Küche, ein Teil der hochmeisterlichen Kapelle und hier und da Kellergewölbe und Mauerstücke erhalten.

Ab 1380 ließ Konrad von Jungingen den mächtigen Erweiterungsbau mit dem berühmten Sommerremter errichten; mit der Innenausmalung der Räume schlossen die Arbeiten um 1397 ab. Da während der großen Restaurierungen im 19. und

20. Jahrhundert viel der ursprünglichen Bausubstanz erhalten blieb und dieser Flügel im Krieg im Gegensatz zu anderen Teilen der Burg nur geringfügig beschädigt wurde, schaut sich Herrmann bis ins kleinste Detail etwa Konsolen, Stufen, Wandöffnungen an, um anhand dieser wie auch durchbrochener Gewölbe oder Ziegelwechsel die Bauvorgänge zu klären.

Sogar mit Heißluftheizung

Darauf aufbauend geht er mit geradezu detektivischem Sinn all jenen bereits in der älteren Forschung gestellten Fragen nach, so nach den Raumnutzungen, der Art der Repräsentation oder der Organisation des Alltags wie auch der Suche nach dem Baumeister. Da führt die Lokalisierung der in einer Quelle beschriebenen Flugbahn eines Kanonensplitters bei der Beschießung der Burg 1454 zur Klärung, welche Räume der Kanzlei dienten.

Da ermöglicht die genaue – durch Pläne ergänzte – Untersuchung des ausgeklügelten Systems von Dienergängen,

Durchreichen, Treppen und Brunnen die Beschreibung von Arbeitsvorgängen von den Küchen oder der Kanzlei bis zu den Sälen. Anhand der Funktionsweisen etwa der Heißluftheizung und der Abortanlagen, aber auch des frühen Beispiels von sogenannten Appartements (zusammengehörende Wohn- und Schlafstuben) erklärt uns Herrmann nicht nur Nutzung, Hygiene und Komfort des Hauses, sondern arbeitet seine Modernität heraus.

Beim Bau dieser „modernsten europäischen Fürstenresidenz um 1400“ scheint kein Detail dem Zufall überlassen worden zu sein. Zum ersten Mal wird die wohldurchdachte Hierarchie jeder einzelnen Bauform im Zusammenspiel mit der Nutzung verständlich:

„Der Hochmeisterpalast bildete das räumlich-architektonische Zentrum dieser für eine fortschrittliche Regierungsweise konzipierten Residenz, für deren Funktionieren die einzelnen Gebäudebereiche spezielle Aufgaben zu erfüllen hatten. Hierzu gehörten insbesondere eine

breite Palette an Versammlungs- und Beratungsräumen, eine räumlich erweiterte Kanzlei mit Zentralarchiv sowie komfortablere Wohnmöglichkeiten für den Hochmeister sowie die Gebietiger und Gäste.“

Auf seiner systematischen Suche entdeckt Herrmann den Meister Johann, der aus Böhmen stammen könnte und vor seiner Arbeit auf der Marienburg die Bischofsburg Arensburg auf der Insel Ösel (Estland) – seinerzeit ebenfalls Teil des Deutschordenslandes – errichtet haben müsste, wofür die „stilistischen Besonderheiten“ und „die technischen und innovativen Leistungen“ sprechen. Da Herrmanns derzeitiges Forschungsprojekt sich der mittelalterlichen Architektur in Estland und Lettland zuwendet, ist zu hoffen, dass hierbei auch neue Kenntnisse zum Preußenland zutage treten.

Zuletzt füllt Herrmann die kahlen Räume mit Leben. Vom Küchenpersonal über den Leibarzt und den Bader des Badehauses bis zu den Dienern des Hochmeisters geht Herrmann den Berufen und Aufgaben nach. Der Alltag mit Gebet, gemeinsamem Essen der Ordensbrüder im Großen Remter und der Verwaltungsarbeit wird im Gebäude lokalisiert. Dies aber ist zum Verständnis der Ordensgeschichte – die damit selbst klarer verortet werden kann – von Bedeutung. Der Hochmeisterpalast war Zentrum der Diplomatie, seine Säle dienten den Stände- und Städtetagen, und für die zunehmende Verschriftlichung der herausragenden Verwaltung des Deutschen Ordens wurde der Bau so notwendig, dass ihr in zwei Etagen ein ausgedehnter Bereich eingeräumt wurde.

Der in einem der besten Kunstverlage, dem Michael Imhof Verlag, erschienene und mehr als prächtig zu bezeichnende Band ist mit an die 600 farbigen, teilweise ganzseitigen Abbildungen sowie eingeleiteten Tafeln der Grundrisse reich ausgestattet. Ein Meisterwerk für Burgenfreunde.

● Christofers Herrmann: „Der Hochmeisterpalast auf der Marienburg. Konzeption, Bau und Nutzung der modernsten europäischen Fürstenresidenz um 1400“, Michael Imhof Verlag, Petersberg 2019, gebunden 600 Seiten, 89 Euro

OSTPREUSSISCHER KÜNSTLER

Darf es ein Klumpen mehr sein?

Ein Königsberger in der Schweiz – Vor 100 Jahren wurde der Bildhauer Hans Josephsohn geboren

Im engen Gotthardpass bei Giornico im Schweizer Tessin fällt ein Betonmonster auf, das man dem Architekturstil des Brutalismus zurechnen könnte. Dieser zwischen dem Fluss Ticino und der alten Gotthardbahn eingezwängte, moderne und sogar mit einem Preis ausgezeichnete fensterlose Bunker mit seinen ungeputzten Außenwänden ist das Museum La Congiunta, das nur einem einzigen Künstler gewidmet ist: dem aus Königsberg stammenden Bildhauer Hans Josephsohn.

In Corona-freien Zeiten kann man sich in der Osteria-Bar in Giornico einen Schlüssel holen, um in das wenig einladende Gebäude zu gelangen. Eintrittsgeld wird nicht erhoben, Aufseher gibt es auch nicht, meist ist man allein mit den rund 30 Skulpturen, die – da es kein elektrisches Licht gibt – einzig durch Tageslicht

beschiene werden, das durch das Milchglas von der Decke fällt. Die verwaschenen und wie verwitert aussehenden Bronze- und Messingplastiken brachten Josephsohn den Ruf eines Außenseiters ein. Anders als der Schweizer Kollege Giacometti, der spindeldürre Figuren schuf, packte Josephsohn lieber einen Lehmklumpen mehr auf seine Skulpturen.

Doch die Schweizer halten den ostpreußischen Künstler hoch in Ehren. Mit dem Kesselhaus Josephsohn in St. Gallen gibt es ein weiteres Kunstrefugium mit Wechselausstellungen des am 20. Mai 1920 in Königsberg geborenen und am 20. August 2012 in Zürich gestorbenen Künstlers. In die Schweiz kam er, weil er aufgrund seiner jüdischen Herkunft in Deutschland keine Kunstakademie besuchen konnte. Zuerst versuchte er es mit

einem Stipendium in Florenz. Als dort alle ausländischen Juden das Land verlassen mussten, reiste er 1938 als Tourist in die Schweiz ein, kam dort erst in ein Internierungslager, ehe er in Zürich bei dem Bildhauer Otto Müller in die Lehre gehen durfte. Er blieb auch nach dem Krieg in der Schweiz, obwohl er das Land verlassen sollte, weil er mit seiner Kunst nicht



Josephsohn-Museum „La Congiunta“

genug zum eigenen Lebensunterhalt beitragen konnte. Er lebte von den Einkünften seiner Frau Miriam, einer Tochter des Philosophen Ernst Bloch. Erst 1964 wurde er Schweizer Staatsbürger.

Späten Ruhm mit seinen unförmigen Plastiken erlebte Josephsohn auch in der Bundesrepublik. Zwei Jahre vor seinem Tod wurde eine seiner Halbfiguren in Berlin vor der Neuen Nationalgalerie aufgestellt. Da wegen der Sanierung des Mies-van-der-Rohe-Baus derzeit rundum alles eine Baustelle ist und man nicht zu der Skulptur gelangen kann, lohnt sich ein Ausflug ins Tessin – sofern Corona das zulässt. „Die Verwandte“, so La Congiunta auf Deutsch, lädt zur freiwilligen Isolation ein. So leer, wie es dort meistens ist, kann man sich höchstens von Josephsohns Kunst anstecken lassen. Harald Tews

● MELDUNG

Berlins Museen wieder geöffnet

Berlin – Seit dem 12. Mai sind die Gemäldegalerie, das Alte Museum, das Pergamonmuseum – das Panorama und die Sonderausstellung „Pop on Paper. Von Warhol bis Lichtenstein“ im Kulturforum nach dem Lockdown wieder geöffnet. Mit der Eröffnung der Ausstellung „Todessehnsucht und Dekadenz. Der belgische Symbolismus“ meldet sich die Alte Nationalgalerie auf der Berliner Museumsinsel am 15. Mai zurück. Bis 13. September sind 150 Leihgaben mit Werken bedeutender Symbolisten wie James Ensor zu sehen. Das aktuell wegen Sanierung größtenteils geschlossene Pergamonmuseum zeigt im Panorama Meisterwerke der antiken Metropole Pergamon sowie ein 360-Grad-Panorama des Künstlers Yadegar Asisi. tws

KARL LUDWIG SAND

Kotzebues fanatisierter Richter

Viele kennen aus dem Geschichtsunterricht die Karlsbader Beschlüsse. Wenigstens die künstlerisch Interessierten können mit dem Namen des Opfers des Attentats, das den Beschlüssen als Anlass diente, etwas anfangen. Immerhin war August von Kotzebue zu seiner Zeit ein recht erfolgreicher Stückeschreiber. Am unbekanntesten dürfte noch der Täter des Attentats sein: Karl Ludwig Sand. Der vor 225 Jahren, am 5. Oktober 1795, in Wunsiedel geborene Juristensohn war offenkundig ein sehr ernster, tugendhafter, tiefreligiöser, gewissenhafter Idealist mit einem Hang zum Fanatismus. War er zu einer Auffassung gelangt, so soll dem weder mit Fakten noch mit Argumenten leicht beizukommen gewesen sein.

Während des Studiums der protestantischen Theologie fand der Patriot zu den sogenannten Unbedingten, dem radikalen Flügel der Burschenschaft, der auch vor der Tötung des politischen Gegners nicht zurückschreckte. Analog zu Martin Luthers Priestertum aller Gläubigen glaubte Sand an ein Richteramt aller Gerechten. Als Legitimation für das von ihm für sich in Anspruch genommene Recht zu richten, betrachtete der Gewissenhafte sein Gewissen.

Zum Ziel seines Anschlags machte Sand Kotzebue. Der Reaktionär und Zuträger der russischen Autokratie war bei der nationalliberalen Studentenschaft verhasst wie kaum ein anderer. Sand war dabei, als bei der Bücherverbrennung beim Wartburgfest auch Kotzebues „Geschichte des deutschen Reichs“ in Flammen aufging. Systematisch bereitete er sich auf Kotzebues Liquidierung vor. Er besuchte anatomische Vorlesungen, beschaffte sich Waffen und trat aus der geliebten Burschenschaft aus, um diese nicht zu belasten.

Am 23. Mai 1819 besuchte Sand Kotzebue unter einem Vorwand und erstach ihn. Auch bei der Tat selbst ging Sand planvoll vor. Einen Dolch rampte er in das Gesicht seines Opfers, damit dieses die Hände zum Kopf hochriss, um dann mit einem kleinen Schwert in den ungeschützten Korpus einzudringen.

Dass Kotzebues vierjähriger Sohn überraschend Zeuge wurde, widersprach allerdings Sands Planung, denn dem auch in seinen Augen unschuldigen Kind hatte er kein Leid antun wollen. Sand versuchte sich umzubringen, doch der Versuch misslang. Ohne Widerstand ließ er sich festnehmen und den Prozess über sich ergehen. Ein Gnadengesuch lehnte er ab, denn er bereute die Tötung Kotzebues nicht. Vor 200 Jahren, am 20. Mai 1820, wurde Karl Ludwig Sand geköpft.

Manuel Ruoff



Vor 200 Jahren in Mannheim hingerichtet: Karl Ludwig Sand



Stralsund Museum: Faksimile einer der beiden Friedensvertragsurkunden

Foto: RobKohl

FRIEDE VON STRALSUND

Als aus der Wirtschafts- eine Kriegsgemeinschaft wurde

Vor 650 Jahren sicherte sich die Hanse ihr Handelsmonopol für Jahrhunderte mit der siegreichen Beendigung des Großen Hansekrieges gegen Dänemark

VON KLAUS J. GROTH

Vor 660 Jahren, im Jahre 1360, eroberte der dänische König Waldemar IV. das südschwedische Schonen und im darauffolgenden Jahr in der Schlacht von Visby die Hansestadt Visby auf Gotland. Damit brachte er den Öresund, die Meerenge zwischen Seeland und Schonen, unter seine Kontrolle. Die Abgesandten der Hansestädte waren gerade auf dem Hansestag in Greifswald versammelt, als ein Bote die Nachricht von Waldmars Eroberungsfeldzug überbrachte. Besonders Lübeck, das mächtige Haupt der Hanse, drängte auf einen sofortigen Gegenschlag. Das Kommando über die gemeinsame Flotte von 48 Schiffen – darunter 27 Koggen – und das über Jütland ziehende Landheer übernahm Lübecks Bürgermeister Johann Wittenborg. Mit 600 Bewaffneten stellte Lübeck das Hauptkontingent. Rostock und Stralsund stellten je 400 Soldaten, Greifswald und Stettin je 200, Kolberg 100, Stargard und Anklam je 50 und Kiel 40. Schweden und Norwegen schlossen sich als Verbündete an.

Desinteresse an Territorialgewinnen

Ende April 1362 sammelte sich die Flotte vor Hiddensee und nahm Kurs auf Kopenhagen, wechselte dann aber auf Drängen der Verbündeten Richtung Helsingborg. Von dort beherrschte Waldemar die Einfahrt des Sundes. Zwölf Wochen belagerten die Hanseaten seine Festung – und warteten zugleich vergeblich auf die zugesagte Unterstützung durch die Schweden und Norweger. Wittenborg machte einen taktischen Fehler. Er zog zu viele Kriegerleute von den Schiffen ab, um die Truppe an Land zu stärken. Waldemar erkannte die schwache Seite seines Gegners und nutzte sie. Er überfiel im Juli 1362 die hansische Flotte. Der

Handstreich gelang. Die dänischen Soldaten eroberten – je nach Quelle – zwischen sechs und zwölf Koggen und setzten mehrere Handelsschiffe in Brand.

Auch unter den Landtruppen Wittenborgs muss es starke Verluste gegeben haben. So war der Lübecker Bürgermeister gezwungen, um einen Waffenstillstand zu bitten. Waldemar beherrschte weiter den Sund, Wittenborg führte die Reste seiner Flotte zurück. Mit hohen Lösegeldsummen kaufte Lübeck die Gefangenen frei. In seiner Heimatstadt büßte Wittenborg umgehend für seine Niederlage. Man warf ihn ins Gefängnis und bereitete den Prozess gegen ihn vor. Er wurde zum Tode verurteilt und auf dem Lübecker Markt enthauptet.

Der Friedensschluss auf Schloss Vordingborg vom 22. November 1365 beendete diesen Ersten Waldemarskrieg. Die Hansestädte mussten sich verpflichten, Waldemar hohe Zölle und Abgaben zu entrichten. Der König kontrollierte die Durchfahrt durch den Sund scharf. Betroffen waren davon auch Städte des Deutschordensstaates und niederländische Städte. Die Kaufleute drängten auf einen neuen Waffengang gegen den Dänen. Im November 1367 kamen die Abge-

sandten der Hansestädte von der Ostsee bis zum Rhein in Köln mit denen der Zypersee und den Holländern zusammen. Sie beschlossen ein Bündnis der Hansestädte mit den Niederländern.

Die Kölner Konföderation war ein Zusammenschluss für die Dauer des Krieges und darüber hinaus für drei weitere Jahre. Niemals zuvor und auch niemals später waren die Hansestädte so eng miteinander verbunden. Mehrere norddeutsche Fürsten schlossen sich an. So entstand eine Streitmacht mit 3000 Mann, die der des dänischen Königs weit überlegen war.

Bessere Bedingungen für den Handel

Allerdings hatten Dänemarks Gegner für den nun geplanten Zweiten Waldemarskrieg oder Großen Hansekrieg unterschiedliche Kriegsziele. Während die Fürsten danach trachteten, Dänemark unter sich aufzuteilen, wollten die Hansestädte nichts als die freie Durchfahrt durch den Sund und bessere Bedingungen im Handel mit Schonen. Zu genaueren Absprachen zwischen den Städten und den Fürsten kam es 1368 im mecklenburgischen Grevesmühlen.

Als die Kriegsflotte zum Sund segelte, standen für Lübeck 358 Mann unter Waffen, deutlich mehr als ursprünglich zugesagt. Bürgermeister Brun Warendorp führte das Kontingent an. Das Kriegsglück war auf Seiten der Verbündeten. Von April bis Juni wurden die Schlösser am Sund besetzt, einschließlich Kopenhagen. Nur Helsingborg widerstand der Belagerung bis zum September 1369. Vermutlich ist Bürgermeister Warendorp bei dieser Belagerung gefallen. König Waldemar IV. hingegen hatte bereits vor Beginn des Kampfes sein Reich verlassen. Er hatte die Stärke seiner Gegner richtig eingeschätzt und versuchte auf diplomatischem Weg, Unruhe unter den Verbündeten zu schü-

ren. Zwar konnte er noch mehrere Herzöge auf seine Seite ziehen, musste aber letztendlich in die von seinem Reichsrat geführten Friedensverhandlungen einstimmen. An einem raschen Frieden waren vor allem die Städte interessiert, denen es schließlich nicht um die Ausweitung ihres Territoriums, sondern um bessere Bedingungen für den Handel ging. An einem vollständigen Zusammenbruch des dänischen Reiches konnten sie nicht interessiert sein.

Nachdem am 14. April das Abkommen mit den Fürsten ausgelaufen war, das die Städte verpflichtete, keinen Sonderfrieden abzuschließen, kam es schließlich am 24. Mai 1370 zum Frieden von Stralsund. Dabei erhielten die Städte ihre alten Privilegien wieder eingeräumt, doch diesmal nicht für jede einzelne, sondern für die Gemeinschaft. Das sollte für die Zukunft die Möglichkeit ausschließen, die Städte gegeneinander auszuspielen.

Zudem wurde ihnen ein Schadenersatz zugewilligt, zu zahlen durch zwei Drittel der Einnahmen von Skanör, Falsterbo, Helsingborg und Malmö auf 15 Jahre.

Die Kölner Konföderation bestand noch bis 1385, dann drifteten die Interessen der einzelnen Hansestädte wieder auseinander. Doch der Sieg über Dänemark und der Frieden von Stralsund sicherten der Hanse ihr Handelsmonopol für Jahrhunderte.

● Nähere Informationen zum Veranstaltungsprogramm „650 Jahre Stralsunder Frieden“ der Hansestadt Stralsund bieten das städtische Amt für Kultur, Welterbe und Medien, Postfach 2145, 18408 Stralsund, Telefon (03831) 252314, Fax (03831) 252 523 14, E-Mail: internetredaktion@stralsund.de, und die Internetseite www.stralsund.de/frieden/ programm

Niemals zuvor und auch niemals später waren die Hansestädte so eng miteinander verbunden wie in der Kölner Föderation

VON WOLFGANG KAUFMANN

WÄHRUNGS-, WIRTSCHAFTS- UND SOZIALUNION

Kapitalisierung der DDR

Vor 30 Jahren unterzeichneten die Finanzminister der beiden deutschen Staaten den entsprechenden Staatsvertrag

Bereits einen guten Monat vor den ersten freien Volkskammerwahlen vom 18. März, nämlich am 6. Februar 1990, bot Bundeskanzler Helmut Kohl der DDR-Regierung Verhandlungen über eine Währungsunion an. Das war die logische Konsequenz aus seinem Zehn-Punkte-Programm vom 28. November des Vorjahres, das einen Weg zur Wiedererlangung der staatlichen Einheit Deutschlands skizzierte hatte.

Die Gespräche begannen unmittelbar nach dem Wahlsieg der CDU-geführten Allianz für Deutschland. Dabei ging es nun aber nicht mehr nur um die anvisierte Währungsunion, sondern auch um eine parallele Wirtschafts- und Sozialunion. Verhandlungsführer auf Bonner Seite war das Bundesbankdirektoriumsmitglied Hans Tietmeyer, während die DDR-Delegation unter der Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Amt des Ministerpräsidenten Günther Krause stand.

Am 23. April 1990 machte das Bundeskabinett konkrete Vorschläge für einen Staatsvertrag, während die DDR-Seite aufgrund der sich überstürzenden Ereignisse im Lande diesbezüglich in Passivität verharrte. Die Grundzüge des Angebotes der Bundesrepublik an die DDR stellte Helmut Kohl am Folgetag dem neuen, christdemokratischen DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière bei dessen Antrittsbesuch in Bonn vor. Wichtigster Punkt war dabei die Umstellung von der Mark der DDR auf die D-Mark. De Maizière reagierte auf das Angebot mit Forderungen, die weit über die Zustände der Bundesregierung hinausgingen. Diese konterte der christsoziale Bundesfinanzminister Theodor Waigel mit der eindringlichen Mahnung, die Belastungsfähigkeit der Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland nicht zu überschätzen.

Waigel und Sarrazin warnten

Waigel stand mit seiner Warnung nicht allein. Viele Fachleute hielten die geplanten Modalitäten der Währungsunion für ökonomisch verhängnisvoll. So prognostizierte der damalige Referatsleiter im Bundesfinanzministerium Thilo Sarrazin recht zutreffend, dass die Währungsumstellung mehrere Millionen DDR-Bürger arbeitslos machen würde und auf die alte Bundesrepublik jährliche Hilfszahlungen für die neuen Länder in bis zu dreistelliger Milliardenhöhe zukämen. Andererseits standen Kohl und die übrigen Befürworter der deutschen Vereinigung in Bonn und Ost-Berlin unter massivem Zeitdruck. Für die Überwindung der Teilung war eine zügig herbeigeführte Währungsunion von essenzieller Bedeutung.

Das begriffen letztlich auch de Maizière und seine Unterhändler. Deshalb akzeptierten sie schließlich die Vorschläge der Gegenseite. Vor drei Jahrzehnten, am 18. Mai 1990, unterzeichneten Bundesfinanzminister Waigel und sein sozialdemokratischer DDR-Amtskollege Walter Romberg im Palais Schaumburg in Bonn den Staatsvertrag über die Bildung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

Die Übereinkunft sah vor, die Löhne und Gehälter in der DDR sowie die laufenden Zahlungen wie Renten und Mieten zum Kurs von eins zu eins umzustellen. Darüber hinaus konnten die über 60 Jahre alten DDR-Bürger Sparguthaben in Höhe von bis zu 6000 DDR-Mark eins zu eins in D-Mark tauschen. Für die übrigen Erwachsenen und für Kinder bis 14 Jahren lag die Grenze bei 4000 beziehungsweise 2000 Ost-Mark. Wer mehr Geld auf der hohen Kante hatte, musste sich mit einem Kurs von eins zu zwei begnügen. Das erschien vielen ungerecht. Allerdings lag der Schwarzmarktkurs zwischen D-Mark und Mark der DDR, der die realen Unterschiede in der Kaufkraft der beiden Währungen widerspiegelte, damals bei eins zu sieben bis eins zu acht.



Im Beisein ihrer Regierungschefs, Lothar de Maizière (hinten l.) und Helmut Kohl (hinten r.), reichen sich die beiden deutschen Finanzminister nach der Vertragsunterzeichnung die Hand: Walter Romberg (l.) und Theodor Waigel (r.) Foto: ddp images

Ebenso sollten alle Schulden und sämtliche sonstigen finanziellen Verpflichtungen in DDR-Mark halbiert werden. Schätzungen der Zentralen Ermittlungsgruppe für Regierungs- und Vereinigungskriminalität zufolge ergaunerten Betrüger bei der Währungsumstellung rund 20 Milliarden D-Mark.

Ziel der gleichfalls vereinbarten Wirtschaftsunion war die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die an die Stelle des planwirtschaftlichen Systems der DDR treten sollte. Hierzu übernahm die am 1. März 1990 gegründete Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums 7894 im Staatsbesitz befindliche Betriebe mit rund vier Millionen Beschäftigten, um diese zu privatisieren.

Darüber hinaus kam es zur Abschaffung von bestehenden Monopolen, Preisbindungen und Subventionen sowie zur Übernahme des westdeutschen Wirtschaftsrechts.

Im Rahmen der Sozialunion wiederum wurde die Umstrukturierung der DDR-Sozialversicherung nach dem Vorbild der Bundesrepublik vermittelt. Aufspaltung in die Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung beschlossen. Das machte später umfangreiche Transferleistungen zur Anschubfinanzierung des Arbeitslosengeldes und der Rentenzahlungen nötig. Außerdem sollte das mitteldeutsche dem westdeutschen Arbeitsrecht in puncto Tarifautonomie, Streikrecht, Mitbestimmung und

Kündigungsschutz angepasst werden und das Recht auf Sozialhilfe im Falle von Bedürftigkeit auf die DDR-Bürger übertragen werden.

Die Folgen wirken bis heute

Das war aber noch nicht alles. Im Prinzip vereinbarten Waigel und Romberg darüber hinaus auch eine Umweltunion. Es herrschte Einigkeit darüber, das DDR-Umwelttrahmengesetz an den bundesdeutschen Standard anzugleichen, was den Natur-, Emissions- und Strahlenschutz sowie das Chemikalien- und Atomrecht betraf. Des Weiteren verständigte man sich auf die Übernahme der bundesdeutschen Steuer- und Zollbestimmungen. Daraus resultierte eine Zollunion zwischen der DDR und der Europäischen Gemeinschaft. Und zu guter Letzt sollten auch die Personenkontrollen an der deutsch-deutschen Grenze ein für allemal der Vergangenheit angehören und die komplette Freizügigkeit zwischen Bundesrepublik und DDR hergestellt werden.

Der vor 30 Jahren unterzeichnete Vertrag, dessen Bestimmungen allesamt zum 1. Juli 1990 in Kraft traten, bildete die Grundlage für den Abschluss des deutsch-deutschen Einigungsvertrages vom 31. August 1990 und den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990. Seine Auswirkungen sind bis heute spürbar – vor allem die auffällige Deindustrialisierung weiter Teile Mitteldeutschlands und der Modernisierungstau im Westen aufgrund der hohen Transferzahlungen in der Vergangenheit.

Kurzporträts



Der 1928 in Schwerin geborene SPD-Politiker **Walter Romberg** war 1990 erst Minister ohne Geschäftsbereich unter Hans Modrow und dann Finanzminister unter Lothar de Maizière. Er starb 2014 in Teltow



Der 1939 in Oberrohr geborene Schwabe **Theo Waigel** war von 1988 bis 1999 CSU-Vorsitzender und von 1989 bis 1998 Bundesfinanzminister. Der promovierte Jurist gilt als „Namensgeber für den Euro“



Der 1945 in Gera geborene Volkswirt, Autor und Politiker **Thilo Sarrazin** leitete trotz seiner SPD-Mitgliedschaft 1989 und 1990 das Referat Innerdeutsche Beziehungen im Bundesfinanzministerium

BERNHARD NOCHT

Der „Befreiung“ folgte der Selbstmord

In Zeiten der Globalisierung und der Pandemien, in denen unsere Gesundheit selbst von aus fernsten Ländern und Kontinenten stammenden Krankheitserregern wie dem Coronavirus bedroht ist, ist das Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin (BNITM) in Hamburg ein gefragtes Kompetenzzentrum – und in vieler Munde.

Ungleich weniger dürften hingegen wissen, wer dieser Bernhard Nocht eigentlich war, dessen Name das heute etwa 250 Mitarbeiter zählende größte Institut für Tropenmedizin in Deutschland trägt. Sonst wäre wohl schon längst ein Entrüstungsturm der Antifa und der Politisch Korrekten entbrannt. In deren Augen verdächtig dürfte bereits das Jahr der Benennung sein: 1942.

Und auch anderes ist für einen Namensgeber eines Mitgliedes der Leibniz-Gemeinschaft bemerkenswert. So unterzeichnete der Hafendarzt sowie Tropenmediziner und -hygieniker zu Beginn der NS-Herrschaft das Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat. Und die Kapitulation der Wehrmacht vor 75 Jahren scheint er weniger als „Befreiung“ interpretiert zu haben. Jedenfalls sahen er und seine Ehefrau sich vor 75 Jahren, am 5. Juni 1945, veranlasst, mit Zyankali ihr irdisches Dasein zu beenden. Sie fühlten sich dem Wiederaufbau nicht gewachsen, begründeten sie in einem Abschiedsbrief gegenüber ihren Kindern ihre Tat.

Dass Nocht trotzdem nicht im Schussfeld steht, mag neben reiner Unwissenheit auch damit zusammenhängen, dass der Höhepunkt der Karriere des immerhin bereits 1857 im niederschlesischen Landshut geborenen Deutschen in der Weimarer Zeit lag und er sich nach dem Ersten Weltkrieg nachhaltig, intensiv und erfolgreich um die Beendigung des deutschen Paria-daseins und die Reintegration Deutschlands in die Staatengemeinschaft auf dem Gebiet der Medizin bemüht hat. Dabei errang er internationale Anerkennung. Noch vor der Aufnahme seiner Heimat in den Völkerbund wurde er 1923 als einziger Deutscher Mitglied von dessen Hygienekomitee. Und ein Jahr nach der Aufnahme des Deutschen Reiches in den Staatenbund wurde er 1927 Vizepräsident von dessen Hygienekommission.

Mit ihrer Ehrung Nochts befanden sich die Nationalsozialisten also in guter, internationaler Gesellschaft, und zu einer Umbenennung des weitest der Hamburger Landungsbrücken gelegenen Instituts wäre es möglicherweise auch ohne sie gekommen. Immerhin war Nocht dessen erster Direktor und Chefarzt und das drei Jahrzehnte lang, in denen das 1900 gegründete Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten Weltruhm erlangte. Manuel Ruoff



Nahm sich vor 75 Jahren mit seiner Ehefrau das Leben: Bernhard Nocht

VON ERIK LOMMATZSCH

Kritik an den einschränkenden Maßnahmen, welche im Zuge der „Corona-Krise“ verordnet wurden, ist inzwischen bundesweit zu vernehmen. Nicht nur durch Äußerungen von Einzelpersonen, sondern auch durch eine Reihe von Initiativen und Demonstrationen. Ein dominierendes politisches Spektrum ist nicht auszumachen. Verfolgt man die Äußerungen einzelner Teilnehmer und Redner oder die per mitgebrachten Plakaten erhobenen Forderungen, so findet sich die Schnittmenge im Anprangern der freiheitsbeschränkenden und grundgesetzwidrigen „Corona-Politik“ des Bundes und der Länder – die im Übrigen auch von der Opposition hingenommen wurde.

Mit „Widerstand 2020“ hat sich eine Vereinigung formiert, die sich als Partei versteht. Am zweiten Sonnabend im Mai fand auf dem Cannstatter Wasen in Stuttgart eine Protestveranstaltung mit wohl etwa 10.000 Teilnehmern statt. Anderswo waren ähnlich stolze Teilnehmerzahlen noch nicht zu verzeichnen, aber es wird kontinuierlich und hartnäckig in vielen Städten demonstriert.

So etwa in Dresden, in Berlin, in Pirna, in Cottbus. Und auch in Leipzig, wo seit Ende April zu Protesten aufgerufen wird. Jede Woche stehen hier zwei Termine an, am Sonnabend an der Nikolaikirche, die während der friedlichen Revolution von 1989 eine große Rolle spielte, und am Dienstag auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz, schräg gegenüber dem Neuen Rathaus. Die Veranstalter legen großen Wert darauf, keiner Gruppierung anzugehören. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass man nicht zur Initiative „Nicht ohne uns!“ gehöre, nicht in Verbindung mit der Kirche sei und auch nicht für „Widerstand 2020“ stehe.

Aus allen Schichten und Richtungen

Nichtsdestotrotz sei jeder eingeladen, in der genehmigten Demonstrationstunde ans Mikrophon zu treten. Sehr verschieden sind diejenigen, die das Wort ergreifen. Da sind die junge Mutter von drei Kindern oder der 85-jährige Kantor im Ruhestand, da protestiert die Frau, die vor mehr als 30 Jahren bei den Montagsdemonstrationen mitgemacht hat, neben dem Diplomkaufmann und einem ehemaligen Mitarbeiter des Arbeitsamtes.

Auch das Gesagte ist mitunter arg disparat. Von den einen werden Zusammenhänge hergestellt, die andere nicht überbetont wissen wollen. Nur in einem sind sich alle einig: Die „Corona-Maßnahmen“ betrachten alle Demonstranten als Zumutung. An der Nikolaikirche steht ein Rednerpult, eine Deutschlandfahne ist dort aufgemalt, beschriftet mit



Bürgerprotest bundesweit: 10.000 Anti-Lockdown-Demonstranten auf dem Cannstatter Wasen in Stuttgart am 9. Mai

Foto: imago images/Arnulf Hettrich

CORONA-POLITIK

Am Ende singen alle „Die Gedanken sind frei“

Der bürgerliche Widerstand gegen die Corona-Zwangmaßnahmen wächst rapide. Wer sind die Menschen, die da protestieren? Zu Besuch bei einer Anti-Lockdown-Kundgebung in Leipzig

den Worten „Grundgesetz, Freiheit, Demokratie“.

Eine Rednerin exerziert die ersten Verfassungsartikel durch – um zu zeigen, wie viele davon gebrochen worden seien. Eine andere Frau schildert die – inzwischen unter Auflagen aufgehobene – sinnfreie Sperrung der Spielplätze aus der Sicht ihrer kleinen Tochter und sagt, sie möchte ihren Kindern gern sagen: „Ihr könnt euch frei entfalten, in einem Land, das für euch ist.“ Dies sei leider unmöglich.

Andere Redner verweisen darauf, dass jeden Tag in Deutschland durchschnittlich 2500 Menschen sterben und es vor zwei Jahren 25.000 Grippeopfer gegeben habe, die für die Regierung nicht von Interesse gewesen seien – woran sich die Frage anschließe, wie man die Verhältnismäßigkeit der massiven Einschränkungen angesichts der Verläufe und der „Opfer“ von „Corona“ erklären wolle.

Ein Redner meint, der noch immer anhaltende Glaube an diejenigen, die von Anfang an mit allen Einschätzungen falsch lagen, sei nur noch mit Verzweiflung zu erklären und fordert den Rücktritt der Regierung. Dafür gibt es viel Zustimmung. Die Impfpflicht und der Einfluss von Bill Gates, etwa durch die Finanzierung der WHO, spielen in mehreren Beiträgen eine Rolle. Stets ist in Leipzig ein Redner präsent, der mittels eines Transparents die Folgen des Reichstagsbrandes von 1933 mit denen von Covid-19 vergleicht. Das Wort „Staatsreich“ fällt. Er fordert dazu auf, anstatt der verordneten Maske, die er mit einem Knebel assoziiert, lediglich ein Tuch vorzubinden, um zu zeigen, was man von den Anweisungen halte. Man gewöhne sich zu schnell an die Dinge. Meinungsfreiheit, die bedeute, alles sei sagbar, gebe es hierzulande nicht.

Der bundesweit bekannte Virologe Christian Drosten von der Berliner Chari-

té hat unter den Versammelten keine Freunde. Viel Beifall finden Beiträge wie „Macht die Fernseher aus – und zwar dauerhaft!“ Es wird auch gelästert: Hamstern von Toilettenpapier zeige, dass einige Menschen die anale Phase noch nicht überwunden hätten. Teilnehmer prangern die Aussagen von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) an, Geld sei unbegrenzt verfügbar, und von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), um die Inflation kümmere man sich später.

Politikersprüche angeprangert

Ein junger Antifa-Aktivist darf auch sprechen, er verfehlt aber das Thema und fordert die Aufnahme der „Flüchtlinge“ von den griechischen Inseln, und überhaupt solle niemand herrschen. Er ist der Einzige, der vor dem Mikrophon sein Gesicht bedeckt lässt – was auffällt, da in dem abgegrenzten Veranstalterbereich strengste Mundschutzpflicht

herrscht, der jeweilige Redner davon jedoch ausgenommen ist.

Die Polizei ist selbstredend anwesend, sichtlich lustlos fordert sie ab und an zur Abstandsvergrößerung auf. Die Veranstaltung ist auch nicht frei von esoterischen Anklängen, eine Frau lädt zu einer regelmäßigen „Tanzdemo“ ein, die sei zwar neulich noch verboten, aber trotzdem nett gewesen. Die Teilnehmerzahl der Dienstagskundgebung hat sich innerhalb von einer Woche auf 500 verdoppelt, was bemerkenswert ist, da kaum geworben wird.

„Die Gedanken sind frei“ ist stets das Schlusslied, die allgemeine Textsicherheit lässt allerdings zu wünschen übrig. Ausweislich des Beifalls finden sich wohl die weitaus meisten Teilnehmer in einer der kürzesten Ansprachen wieder: Erinnert wird lediglich an zwei markante Sätze der Revolution von 1989: „Wir sind das Volk“ und „Keine Gewalt“.

„TRACKING“

Die Furcht vor dem Spitzelstaat

Beim Aufspüren von Infektionsketten soll eine Handy-App helfen. Doch was bringt die überhaupt? Und wem nützt sie wirklich?

Im Kampf gegen das Coronavirus setzen derzeit viele Regierungen auf die Überwachung von Bewegungsmustern und zwischenmenschlichen Kontakten per Smartphone, also das sogenannte Tracking. Dadurch sollen Infektionsketten schneller erkannt und unterbrochen werden, was oftmals als Voraussetzung für eine Rücknahme der bestehenden Einschränkungen genannt wird.

Kontakte werden gemeldet

Hierbei kommen zwei verschiedene Systeme zum Einsatz: Das eine basiert auf dem Vergleich von Standortdaten, welche das satellitengestützte Globale Positionssystem GPS liefert, das andere greift auf Bluetooth-Signale zur

tenübertragung zwischen mobilen Geräten wie Handys über kürzere Distanzen zurück. In beiden Fällen soll die Technik Annäherungen zwischen den Smartphone-Trägern erkennen und speichern, womit sich dann im Falle der Infektion eines Menschen schnell alle Kontaktpersonen desselben identifizieren ließen.

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben sich Mitte April dafür entschieden, bei der technologischen Seuchenbekämpfung die auf Bluetooth beruhende Basistechnologie Pan-European Privacy-Preserving Proximity Tracing (Gesamteuropäische Datenschutzbewahrende Annäherungsverfolgung) kurz PEPP-PT zu verwenden. Mit der werden zwar die Kontakte er-

fasst, aber nicht ermittelt, wo diese stattfinden.

Die technischen Hürden bei diesem Verfahren sind allerdings relativ hoch: Wie soll beispielsweise unterschieden werden, ob sich ein Infizierter beim Einkaufen in der Nähe anderer Personen befand oder ob zwei Handybesitzer in verschiedenen Räumen eines Gebäudes weilten und überhaupt keinen physischen Kontakt hatten? Darüber hinaus dürfte es auch Verknüpfungsprobleme zwischen den Smartphones verschiedener Hersteller geben.

Und dann sind da noch die Datensicherheit und der Datenschutz. Die Bluetooth-Technologie bietet jede Menge Einfallstore für Hacker-Angriffe auf die

Geräte, welche sich Cyber-Kriminelle zunutze machen könnten. Darüber hinaus wären die Sicherheitsbehörden auch in der Lage, herauszufinden, wer sich wann mit wem getroffen hat. Ein Albtraum für jeden, der staatliche Bespitzelung befürchtet.

Google und Apple auffallend emsig

Mit Blick auf die Bedenken von Datenschützern und Bürgerrechtlern verabschiedete sich die Bundesregierung mittlerweile von dem Vorhaben, die per Corona-Handy-App erhobenen Daten zentral zu speichern. Doch die nun favorisierte dezentrale Lösung birgt ebenso Gefahren, denn irgendwo müssen Informationen ja letztlich doch zusammengeführt werden.

Stutzig macht zudem der Eifer der US-Firmen Google und Apple, bei der Entwicklung von Tracking-Apps mitzumischen. Was versprechen sich die beiden notorischen Datensammler davon? Uneigennützigkeit mag den hochprofitablen Weltkonzernen niemand so recht abkaufen.

Aufgrund all dieser Gegebenheiten ist die Akzeptanz der Corona-Bekämpfung mittels Handy nicht sonderlich hoch. Zwar ergaben entsprechende Meinungsumfragen unter Bundesbürgern recht unterschiedliche Werte von drei bis 56 Prozent Zustimmung, aber wenn die Tracking-App wirklich ihren Zweck erfüllen soll, müssten mindestens 60 Prozent der Bevölkerung diese installieren.

Wolfgang Kaufmann

LOCKDOWN-KRISE

Beschränkungen wurden verlängert

In Königsberg steigt die Zahl der Neuinfektionen – Widerstand gegen die Regierungsmaßnahmen wächst

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Traditionell wird in Königsberg am 1. Mai mit einer feierlichen Zeremonie die Springbrunnensaison eröffnet. Viele Städter verbringen den Maifeiertag auf den Plätzen der Stadt und genießen die frische Kühle der Fontänen. In diesem Jahr fand die feierliche Eröffnung erstmals nicht statt, obwohl die Brunnen auf dem Hansaplatz, der vor dem Dramentheater und viele andere bereits vorbereitet waren. Die Stadtregierung hatte beschlossen, die Eröffnung zu verschieben, um Menschenansammlungen zur Zeit der Corona-Pandemie zu vermeiden, denn die Zahl der Neuinfektionen im Königsberger Gebiet steigt. Die regionalen Behörden hatten zuvor erklärt, dass sie Quarantänemaßnahmen entsprechend der aktuellen Situation treffen. So wurden die Einschränkungen Woche um Woche verlängert. Wegen der hohen Zahl der Neuinfektionen wurde von einer für den 29. April beabsichtigten Lockerung abgesehen.

So bleibt die Verpflichtung, Bescheinigungen des Arbeitgebers zum Verlassen des Hauses mit sich zu führen, neben der Verpflichtung zur Selbstisolation weiter bestehen. Die einzige Lockerung betrifft außer Lebensmittelläden Verkaufsräume, die einen getrennten Ein- und Ausgang haben. Einkaufszentren bleiben weiterhin geschlossen. Zusätzlich wurde eine Maskenpflicht eingeführt. Die Verwendung individueller Schutzausrüstungen ist beim Aufenthalt an öffentlichen Orten und in allen Verkehrsmitteln obligatorisch geworden.

Zu den ersten der übrigen Geschäfte, die am 29. April wieder öffnen, gehören die Baumärkte „Bauzentr“ und „Leroy Merlin“. Sie sind jedoch verpflichtet, die Anforderungen an die Desinfektion einzuhalten. Darüber hinaus sind alle Käufer verpflichtet, Masken zu tragen und einen Sicherheitsabstand von mindestens eineinhalb Metern einzuhalten. Die Ladeninhaber lassen nur eine begrenzte Anzahl von Kunden ein, was an den Eingängen zu langen Schlangen führte.



Mindestabstand nicht eingehalten: Trotz der Androhung hoher Geldstrafen halten sich in Königsberg nicht alle an die Sicherheitsvorschriften

Foto: J.T.

Berufstätige müssen außerdem nach wie vor ihren Reisepass mit sich führen, wenn sie sich in der Stadt aufhalten. Vielen stellte sich die Frage, wie es sein könne, dass es fast unmöglich ist, das Haus zu verlassen, die Baumärkte aber geöffnet haben. Die Regionalregierung erklärte, dass man nicht nur mit dem eigenen Auto, öffentlichen Verkehrsmitteln oder per Taxi zum Baumarkt gelangen könne, sondern auch zu Fuß. Dabei müssten Masken getragen werden und idealerweise auch Handschuhe. Es sei nach wie vor erlaubt, das Haus für eine medizinische Notfallversorgung zu verlassen, das nächste Geschäft aufzusuchen, zu Immobilien im Familienbesitz zu fahren sowie Haustiere nicht weiter als 100 Meter vom Haus entfernt spazieren zu führen und den Müll zu entsorgen.

Kinder unter 14 Jahren ohne Begleitung eines Erwachsenen dürfen sich nicht

im Freien aufhalten, ebenso müssen Senioren über 65 Jahren zu Hause bleiben. Viele Menschen sind besorgt darüber, dass sie nicht in vollem Umfang frische Luft atmen und Zeit im Freien verbringen können, um ihre motorischen Fähigkeiten aufrechtzuerhalten. Gerade für Menschen mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen sei eine regelmäßige motorische Aktivität lebenswichtig.

Auf Bürgerfragen antwortete Gouverneur Anton Alichanow auf Instagram, dass „man mit einem Kinderwagen am Eingang stehen kann, bei älteren Kindern kann man auch ohne Spielplätze und Spiele mit anderen Kindern an die frische Luft gehen. Alle Spielplätze bleiben weiterhin geschlossen.“

Alle Wege an die Ostsee sind für Königsberger geschlossen. Moskauer, die am Flughafen Powunden [Chrabrow] ankommen, um zu ihren Häusern an der

Ostsee weiterzureisen, müssen sich für zwei Wochen in Selbstisolation begeben. Mitarbeiter des russischen Ministeriums für Notsituationen erhielten das Recht, Geldbußen für Bürger zu verhängen, die gegen diese Maßnahmen verstoßen.

Schon jetzt zeigt sich, dass die Bürger die Selbstisolation gründlich satt haben. Dies bestätigen Informationen des Online-Diensts „Yandex“, der in Echtzeit Daten von mobilen Geräten sammelt. In keiner anderen Region der Russischen Föderation begehren die Menschen so sehr auf wie im Königsberger Gebiet. Laut dem Portal ging die Zahl derjenigen, die sich an die Selbstisolation halten, nach einem selbst errechneten Quotienten um drei Punkte zurück auf 2,9, während er in anderen Regionen bei vier oder fünf liegt. Das heißt, im Königsberger Gebiet halten sich wieder mehr Menschen trotz teils deftiger Strafen außerhalb ihrer Häuser auf.

UMWELT

Ästhetische Oasen und Insektenparadiese

In Allenstein entstehen fünf blühende Blumenwiesen – Projekt war Sieger der letzten Bürgerabstimmung

In Allenstein haben Arbeiten zur Anlage von Blumenwiesen begonnen, die in naher Zukunft an fünf Stellen in der Stadt farbige Akzente setzen sollen. Blumenwiesen bezaubern mit der Vielfalt blühender Wiesenkräuter und dienen etlichen Tieren als Lebensraum. Schmetterlinge, Hummeln, Schwebfliegen und Wildbienen fühlen sich hier genauso wohl wie zahlreiche Vogelarten, die den Insekten nachstellen, um damit ihre Brut zu füttern. Gleichzeitig tragen solche Wiesen zum Schutz der Umwelt bei. Sie kühlen die Luft und werden zu Wasserspeichern. Solche Orte dienen nicht nur der Ökologie und der Ästhetik, sondern auch der Bildung.

„Die Stadtbewohner können die farbenfrohen Blumen genießen und die Schönheit der Insekten beobachten.“ So begründeten die Initiatoren ihr Projekt, das dem Bürgerbudget (einem Teil des Haushalts, über den



Hier soll bald ein Blütenmeer den Blick der Allensteiner erfreuen: Vorbereitetes Beet im Zentralpark

Foto: olsztyn.pl

die Bürger abstimmen dürfen) von Allenstein vorgelegt wurde. „Eltern mit Kindern oder Lehrer, die die Schüler mit der biologischen Vielfalt und Ökologie vertraut machen möchten, profitieren ebenfalls.“ Die-

ses Projekt hat bei der letzten Abstimmung des Bürgerhaushalts von Allenstein gewonnen. Die Wiesen werden an fünf Stellen angelegt: im Zentralpark, an der Kreuzung von Kleberger Straße [al. Pilsudskiego] und der

Obiegowa-Straße, entlang der Sielska-Straße in Deuthen neben der Ausfahrt an der Kapitańska-Straße, in der Tuwima-Straße (in der Nähe der Einkaufsgalerie Warmińska) und an der Kreuzung von Janowicz-Straße und Mroza-Straße in Jomendorf. Die Gesamtfläche beträgt zirka 7600 Quadratmeter. Auf den Blumenwiesen werden unter anderem Kornblumen, Chrysanthemem, Schafgarben und Mohn zu finden sein. Auf jeder Wiese wird auch ein Insektenhotel eingerichtet. Es handelt sich um Häuser, die auf zwei Holzstangen in einer Höhe von etwa 50 Zentimetern über dem Boden montiert sind. Die Rückseite wird mit Brettern aufgebaut, während die offene Vorderseite ohne scharfe Kanten mit einem Netz gesichert wird. Das Hotel wird in neun Wohneinheiten aufgeteilt. Die Gesamtkosten der Arbeiten betragen umgerechnet etwa 25.000 Euro. Edyta Gladkowska

MELDUNGEN

Sägewerk in Planung

Grieslinien – Die österreichische Firma Binderholz plant den Bau eines großen Sägewerks in Grieslinien. Das Unternehmen will Holz-Elemente produzieren, die im Bauwesen benötigt werden. Ob die Investition getätigt wird, hängt vom Ergebnis einer Bürgerabstimmung ab. Adam Walkowiak, Ortsvorsteher von Grieslinien, wandte sich in dieser Angelegenheit an die Gemeindeverwaltung in Stabigotten. Aufgrund der Corona-Pandemie ist noch nicht bekannt, wann die Bürgerbefragung stattfinden wird. Der Allensteiner Landrat Andrzej Abako sprach sich für das Sägewerk aus, da Binderholz bei der Produktion die neueste Technologie anwendet. Das biete die Möglichkeit zur Entwicklung der Region. Es würden 500 Arbeitsplätze entstehen, sagte der Landrat. Bereits in Kürze werden die Einwohner auf der Internet-Seite der Gemeinde Stabigotten erste Materialien über die Planung des Investors vorfinden. Binderholz hat Niederlassungen in zwölf Ländern der Welt und beschäftigt etwa 3000 Arbeiter. PAZ

Neue Straße im Oberland

Arnau/Warweiden – Im Oberland entsteht eine vollkommen neue Straße. Sie verbindet die Autobahn A1 mit der Schnellstraße S7 (Warschau-Danzig). Zunächst wird ein fünf Kilometer langer Abschnitt der S5 von Arnau nach Warweiden als Umgehungsstraße für Osterode gebaut. In Zukunft werde die Schnellstraße S5 die Autobahn A1 mit der Schnellstraße S7 verbinden, sagte Andrzej Adamczyk, polnischer Minister für Infrastruktur und Bau, bei einer Video-Konferenz. Den fünf Kilometer langen Abschnitt baut die Firma Budmiox für umgerechnet rund 45 Millionen Euro. Sie hat dafür 31 Monate Zeit. PAZ

Häuserabriss für Autobahn

Königsberg – Auf der Labiauer Straße wurde erneut ein deutsches Siedlungshaus abgerissen, weil es dort stand, wo die östliche Hochtrasse der Stadtautobahn verlaufen soll. Bagger räumten die Wände und einige Scheunen im Hof ab. Der Abriss des Nachbarhauses mit der Hausnummer 80 soll bald folgen. Insgesamt müssen fünf Häuser für den Bau der Straße weichen, mehrere Grundstücke wurden beschlagnahmt. Der Bau der zweiten Etappe der Osttangente wird von dem Unternehmen „Baltdormostroj“ durchgeführt. Der Auftragnehmer soll Arbeiten am Erdboden, der Fahrbahn, den Durchlässen, der Beleuchtung, der Kanalisation und der Landschaftsgestaltung ausführen. MRK

HINWEIS

Bildunterschrift Bei dem oberen Bild auf Seite 13, Nr. 19, steht bedauerlicherweise ein falscher Text. Die Aufnahme entstand nicht im Raum Allenstein, sondern im **Kreis Ortschaftsbereich**.



Wir gratulieren...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Paulsen, Anni, geb. **Bitschkat**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 20. Mai

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bombor, Ernst, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 21. Mai
Voss, Gertrud, aus Kreis Neidenburg, am 17. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Cramer, Ursula, geb. **Hecht**, aus Wehlau, am 21. Mai
Ziamba, Elisabeth, geb. **Müller**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 18. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bernitzki, Margarete, geb. **Jurzeniuk**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Dagott-Becker, Ilse, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 21. Mai
Robbert, Hildegard, geb. **Mügge**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. Mai
Sareik, Hilde, geb. **Niedzkowski**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 18. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Birkholz, Erika, geb. **Schäfer**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 19. Mai

Joneleit, Irmgard, geb. **Emmen-**

thal, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Leipacher, Edith, geb. **Schaade**, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Mosner, Erna, geb. **Hoffmeister**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Schmidt, Elsbeth, geb. **Lange**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 18. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Achenbach, Werner, aus Ebenrode, am 18. Mai
Behnert, Margot, geb. **Scheffler**, aus Neidenburg, am 15. Mai
Czieslik, Heinrich, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 20. Mai
Drewe, Gerda, geb. **Niederstrasser**, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, am 20. Mai
Sczesny, Gustav, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 16. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Conrad, Hedwig, geb. **Kullak**, aus Salden, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Goretzki, Rosemarie, geb. **Strahlendorf**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 19. Mai
Kovscek, Jutta, geb. **Janz**, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Masurek, Käthe, geb. **Sahmel**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Rauch, Susanne, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 19. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bruns, Erna, geb. **Wieberneit**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 17. Mai
Jamrowski, Eberhard, aus Groß Thierbach, Kreis Preußisch Holland, am 20. Mai

Unvericht, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Mai
Woywadt, Helmut, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, am 18. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Janssen, Christel, geb. **Ernst**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. Mai
Katzsch, Ilse, geb. **Hantel**, aus Glandau, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Mai
Klein, Charles, aus Lyck, am 20. Mai
Knura, Luise, geb. **Engelhard**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 21. Mai
Pahl, Gittli, geb. **Engelke**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Rogge, Else, geb. **Kannenber**, aus Treuburg, am 16. Mai
Scharf, Käte, geb. **Habacker**, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Twardy, Kurt, aus Salden, Kreis Treuburg, am 16. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baginski, Edelfried, aus Ortelsburg, am 20. Mai
Hellermann, Hildegard, geb. **Dagg**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 15. Mai
Jellonnek, Margarethe, geb. **Sobolewski**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 19. Mai
Lasarzik, Helga, geb. **Murawski**, aus Lyck, am 19. Mai
Lolies, Walter, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 16. Mai
Madle, Ursula, geb. **Zuehlsdorff**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 20. Mai
Pierlings, Luzie, geb. **Szielenkewitz**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Plewka, Erich, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 21. Mai
Ratmann, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Schmid, Ruth, geb. **Nogga**, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 18. Mai
Steiner, Hanni, geb. **Loeper**, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Walter, Irmgard, geb. **Barke-nings**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Wiesner, Ruth, geb. **Dormeyer**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 16. Mai
Woelk, Herta, geb. **Oschlies**, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 15. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Blum, Christa, geb. **Wieczorrek**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 15. Mai
Buttler, Gerda, geb. **Demski**, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 15. Mai
Christiansen, Doris, geb. **Matschulat**, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 16. Mai
Dreier, Lieselotte, geb. **Bethke**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Meyer, Erna, geb. **Schmuck**, aus Laserkeim, Kreis Fischhausen, am 18. Mai
Oimann, Ursula, geb. **Prawdzik**, aus Lyck, Danziger Straße 18, am 17. Mai
Rintelen, Anne, geb. **Stock**, aus Loppöhhnen, Kreis Fischhausen, am 18. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brockmann, Edith, geb. **Merchel**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. Mai
Edler, Heinz, aus Sechshuben, Kreis Wehlau, am 15. Mai
Höcker, Kurt, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Mai
Jermies, Helmut, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 16. Mai
Lassek, Hubert, aus Proben, Kreis Neidenburg, am 19. Mai
Neumann, Hildegard, geb. **Melza**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 21. Mai
Riedel, Helga, geb. **Klein**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 17. Mai
Roes, Waltraut, geb. **Skerra**, aus Rothenen, Kreis Fischhausen, am 17. Mai
Sailer, Erna, geb. **Ring**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 20. Mai
Schink, Elfriede, geb. **Kullak**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 16. Mai
Schmidt, Walter, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 20. Mai
Schuppenies, Helmut, aus Parnen, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Sembritzki, Herbert, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Wendel, Christa, geb. **Geruschkat**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 21. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Augstein, Gerhard, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 18. Mai
Broja, Erika, geb. **Derwel**, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, am 17. Mai
Cahnbley, Renate, geb. **Wulf**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Dietzek, Günter, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 18. Mai
Dörper, Waltraud, geb. **Rogowski**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 17. Mai
Geyer, Helga, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 18. Mai
Glöer, Ursula, geb. **Schwirblat**, aus Jodingen, Kreis Elchniederung, am 20. Mai
Herschbach, Rita, geb. **Weber**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 20. Mai

Hiebendahl, Charlotte, geb. **Gossing**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 18. Mai
Hoffmeister, Werner, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 18. Mai
Krispin, Kurt, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 21. Mai
Lapschies, Horst, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 18. Mai
Paulini, Dieter, aus Kutzen, Kreis Treuburg, am 18. Mai
Rama, Ruth, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 15. Mai
Schlake, Wally, geb. **Sabelus**, aus Memel, am 19. Mai
Will, Ernst, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 18. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Gotthard, Gertrud, geb. **Lange**, aus Gutenfeld, Kreis Königsberg, am 18. Mai

Huwe, Hartmut, aus Treuburg, am 18. Mai
Jung, Ingrid, geb. **Bendig**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 17. Mai
Kremin, Willy, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 15. Mai
Kröhnert, Gerfried, aus Neusorge/Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Neuse, Dr. Barbara, geb. **Charzinski**, aus Königsberg, am 21. Mai
Roschu, Herta, geb. **Günther**, aus Magotten, Kreis Wehlau, am 21. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Krüger, Karin, geb. **Springer**, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 21. Mai
Molks, Dietmar, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 21. Mai



Ostpreußisches Landesmuseum

Wiedereröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung und des Brauereimuseums Lüneburg am 12. Mai 2020

Haben auch Sie Besuche, Feiern oder Kulturangebote wie einen Theater- oder Museumsbesuch vermisst? Für Letzteren immerhin zeichnet sich ein erster Hoffnungsschimmer ab: Wir freuen uns, voraussichtlich am 12.05.2020 wieder unsere Türen für Sie öffnen zu können. Von Dienstag bis Sonntag heißen wir Sie von 10 bis 18 Uhr willkommen und hoffen, vielen Menschen mit der Auseinandersetzung von Kunst, Kultur und Geschichte ein Stück weit Halt und Inspiration zu geben. Auch das MuseumsCafé Bernstein wird unter strengen Auflagen wiedereröffnen. Wir freuen uns, Sie auch dort begrüßen zu dürfen. Wir möchten Ihnen einen angenehmen und sorgenfreien Besuch bei uns ermöglichen. Für Ihre und unsere Sicherheit haben wir verschiedene Maßnahmen

in Abstimmung mit den behördlichen Auflagen getroffen. Schon heute danken wir Ihnen für Ihre Rücksicht und Ihr Verständnis.

Folgende Hygienemaßnahmen und Vorgaben sind bei einem Museumsbesuch zu beachten:

- In allen Bereichen des Museums gilt die Abstandregel von 1,5 Metern für alle Personen, die nicht in einem Hausstand leben
- Besucherinnen und Besucher sind verpflichtet, einen Mund-Nase-Schutz zu tragen
- Wir stellen Desinfektionsmittel bereit; waschen Sie sich dennoch bitte regelmäßig die Hände, vermeiden Körperkontakt/Händeschütteln und niesen Sie ggf. in die Armbeuge oder in ein Taschentuch
- Nicht alle Medien- und Mitmachstationen werden aufgrund unserer Hygienestrategie zur Verfügung stehen, wir bitten um Verständnis.
- Falls Sie sich krank fühlen: Bleiben Sie bitte zu Hause. Wir empfangen Sie gerne jederzeit wieder, sobald Sie genesen sind.

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Die 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg im Juni muss wegen der Corona-Pandemie leider ebenso ausfallen wie der **Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“** in Allenstein und das **Ostpreußische Sommerfest** in Wuttrienen im Juli.

Weiterhin geplant sind...

18. bis 20. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Bitte vormerken für 2021
Jahrestreffen der Ostpreußen, 05.06.2021, CongressPark Wolfsburg

Wegen der Corona-Krise kann es auch weiterhin zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Geschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Zusendungen für die Ausgabe 22/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 22/2020 (Erstverkaufstag 29. Mai) bis spätestens Dienstag, den 19. Mai 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

75 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs

Der 8. Mai 1945 und das Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutet keineswegs automatisch die Freiheit für jedermann und das Ende der Gewalt. Zum 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges erklärte deshalb BvV-Präsident Bernd Fabritius: Am 8. Mai 1945 fanden deutsche Gewaltherrschaft und millionenfache Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Namen einer wahnhaften Ideologie, die Europa und die Welt mit Krieg, Zerstörung und Tod überzogen hatte, ihr Ende. Diese von Deutschen verübten Verbrechen, insbesondere der Holocaust mit der systematischen Ermordung europäischer Juden, machen nach wie vor fassungslos. Daher ist es gut, dass Deutschland am 8. Mai der Befreiung vom Nationalsozialismus gedenkt. Dies war das Fundament für ein demokratisch und freiheitlich strukturiertes

Deutschland. Unsere heutige Rolle in Europa und in der Welt, die europäische Integration und Vieles, was wir gemeinsam mit anderen Völkern in den letzten 75 Jahren erreichen konnten, gehen von diesem Datum aus. Mit der Befreiung vom Nationalsozialismus kam aber nicht für alle automatisch die Freiheit oder das Ende der Gewalt. Auch dies sollte am 8. Mai immer mit anklagen.

Für den Bund der Vertriebenen will ich an das Schicksal der vielen Millionen Deutschen erinnern, die vor der Rache der Kriegsgegner in den Westen Deutschlands flüchteten oder die – ebenfalls aus Rache oder unter dem Vorwand der Vermeidung ethnischer Konflikte – gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Ich will auf das Schicksal der Deportierten, der Zwangsarbeiter und der vergewaltigten Frauen aufmerksam

machen. Ich will, dass das Schicksal der in der Heimat verbliebenen Deutschen im Blick behalten wird, die fortan als Minderheiten neuen, kommunistischen Diktaturen unterlagen. Ich will aber auch an das Schicksal der Menschen in der DDR und vieler Völker im Osten erinnern, die sich nicht freiwillig unter das Joch des Stalinismus begaben.

Der BvV ist dankbar, dass in Deutschland seit 2015 jährlich am 20. Juni der nationale Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung begangen wird. Damit ist nach jahrelangem Einsatz auch der Erinnerung an eigene Opfergruppen ein würdiger Raum gegeben worden. Für eine vollständige Gedenkkultur bleibt dies wichtig und notwendig sowie als Mahnung unerlässlich.

Dr. Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Wiesbaden – An dieser Stelle sollte eigentlich unsere Einladung zum „Nachmittag zur Maienzeit“ stehen – mit Gedichten, Geschichten, Musik und Gesang. Und natürlich mit dem gewohnten Kaffee und Kuchen von der Konditorei Gehlhaar.

Doch was wir zurzeit erleben, war für viele von uns bisher unvorstellbar. Aus der Corona-Krise ist der weltweite Ausbruch einer neuen Krankheit geworden. Durch diese Situation mussten wir bereits unsere März- und April-Veranstaltungen kurzfristig absagen.

Weitere Aktivitäten sind derzeit kaum planbar. Noch weiß niemand, wie lange dieser quälende Notstand anhalten wird.

Wir hoffen jedoch, dass die Einschränkungen nach und nach abflauen werden, und wir uns wieder zu unseren Veranstaltungen treffen können. Unsere heimatverbundene Gemeinschaft kann das Virus nicht zerstören.



Nordrhein-Westfalen
Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964)1037. Fax (02964)945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Das Vierteljahrersundschreiben 2/2020 der Landesgruppe ist erschienen. Leider

ist ein Postversand des Rundschreibens nicht möglich; es kann nur per E-Mail verschickt werden.

Wer an dem Rundschreiben Interesse hat und nicht über ein eigenes E-Mail-Konto verfügt, kann der Landesgruppe gern die E-Mail-Adresse von Kindern, Enkeln, Verwandten und Freunden, Bekannten und/oder sonstigen Personen übermitteln (Voraussetzung ist natürlich, dass diese mit einer Weitergabe ihrer E-Mail-Adresse und einem zukünftigen elektronischen Versand des Rundschreibens an sie einverstanden sind).

Brigitte Schüller-Kreuer
 Schriftführerin der Landesgruppe
 Schueller-Kreuer@Ostpreussen-NRW.de,
 Telefon: 02224-9873767

PAZ wirkt!

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de.



Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten

Gemeinsame Erklärung von fünf Landesbeauftragten für Aussiedler und Vertriebene

„Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit.“
 (Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985)

Vor 75 Jahren, am 8. Mai 1945, ging der Zweite Weltkrieg zu Ende. Der vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselte Krieg brachte Tod und Vernichtung über viele Völker Europas. Grausamer Höhepunkt des NS-Rassenwahns war die Shoah, die planmäßige, systematische Ermordung der europäischen Juden. Die Erinnerung an die Verbrechen, die von Deutschland während des Krieges begangen

worden sind, ist heute selbstverständlicher Bestandteil unserer Gedenkkultur. Das ist richtig, und das muss so bleiben.

Zum kollektiven Gedächtnis unserer Nation gehört ebenfalls das Bewusstsein, dass zwischen 1945 und 1949 Millionen Deutsche aus dem Osten ihre Heimat verloren haben. Der bundesweite Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni bringt dies beispielhaft zum Ausdruck. Es lässt sich dennoch nicht leugnen, dass die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen zu verblissen droht.

Gerade in der jüngeren Generation schwindet das Wissen um die damaligen Ereignisse und ihre bis in die Gegenwart reichenden Folgen. Wir dürfen und wollen uns nicht damit abfinden. Anlässlich des 75.

Jahrestages des Kriegsendes setzen wir deshalb ein Zeichen:

- Wir erinnern an rund 15 Millionen Deutsche, unsere Väter, Mütter und Großeltern, die aus Ostbrandenburg, Schlesien, Pommern, Danzig, Ostpreußen, dem Sudetenland und den deutschen Siedlungsgebieten im östlichen und südöstlichen Europa vertrieben worden sind. Im Zuge der Vertreibung der Deutschen haben sie ihre Heimat und ihr Hab und Gut verloren. Dadurch wurde das Aufbauwerk von Generationen zerstört.
- Wir erinnern an die unzähligen Opfer, die auf der Flucht vor der Roten Armee, bei Gewaltexzessen und in Internierungslagern ums Leben gekommen sind.
- Wir erinnern an die Millionen deutscher Frauen, die vor allem im Osten Opfer von Massenverge-

waltungen geworden sind. Wir halten das Andenken an die zahllosen Mütter in Ehren, die für ihre Kinder Übermenschliches geleistet haben.

- Wir erinnern an die Hunderttausenden deutschen Zivilverschlachten, darunter zahlreiche Minderjährige, die nach dem Krieg aus den Vertreibungsgebieten in die Sowjetunion deportiert worden sind, wo viele verstarben.
- Wir erinnern an das seelische Leid, das mit dem Heimatverlust verbunden war. Es hat die Betroffenen ihr Leben lang gezeichnet und Familien traumatisiert.
- Wir erinnern an die ungeheuren kulturellen Verluste, die das Ende der jahrhundertalten deutschen Siedlungsgeschichte im östlichen Europa mit sich gebracht hat.
- Wir erinnern daran, dass die Vertreibung der Deutschen, bis heute die größte erzwungene Be-



völkerungsverschiebung der Geschichte, ein völkerrechtswidriges Unrecht und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit war. Diese Einschätzung steht in Einklang mit der Rechtsauffassung, die alle Bundesregierungen nach 1949 vertreten haben.

Wenn wir an die Flucht und Vertreibung der Deutschen erinnern, tun wir das nicht, um deutsche Schuld zu relativieren. Wir tun es, damit jetzige und künftige Generationen wissen, wohin Krieg, Hass und Gewalt führen, und damit sie begreifen, was Heimatverlust bedeutet. Denn aus der Geschichte lernen kann nur, wer die Geschichte kennt.

Sylvia Stierstorfer, MdL
 Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene

Margarete Ziegler-Raschdorf
 Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

Editha Westmann, MdL
 Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler

Heiko Hendriks
 Beauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern

Dr. Jens Baumann
 Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen

München/Wiesbaden/Hannover/Düsseldorf/Dresden im Mai 2020

ANZEIGE

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit die speziellen PAZ-Prämie!

Gleich unter
 040-41 40 08 42
 oder per Fax
 040-41 40 08 51
 anfordern!

Prämie 1 Leuchtglobus

Prämie 2: Renaissance-Globus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farb-abstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Bestellen Sie ganz einfach per Email vertrieb@preussische-allgemeine.de

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 oder Prämie Nr. 2.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Tel.: 09349 - 929 252, Fax: 09349 - 929 253, csgroeben@gmx.de

Kreistreffen

Trotz der aktuellen Corona-Krise ist die Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein optimistisch, am 5. September das geplante Kreistreffen in Nienburg im Hotel zur Krone mit einem neugewählten (verjüngten) Vorstand durchzuführen.



Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Tel.: 05261 - 8 81 39, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Sehr geehrte Mitglieder, das in Winsen/Luhe am 20. Juni 2020 geplante Ostpreußentreffen, die Mitgliederversammlung und die Kreistagssitzung müssen wegen der Covid 19-Pandemie leider ausfallen. Ein neuer Termin für die Mitgliederversammlung kann erst

bestimmt werden, wenn die Reise- und Versammlungsbeschränkungen aufgehoben werden. Bitte denken Sie daran, bestellte Zimmer zu stornieren.

Unsere Kreisfahrt in den Heimatkreis vom 24. bis 31. Mai kann leider auch nicht stattfinden. So bald als nach den Vorschriften möglich wird der Veranstalter Ersatztermine anbieten.

Wir wünschen weiterhin gute Gesundheit.

Der Vorstand



Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Neubesetzung Geschäftsstelle
Gudrun Marlies Christians ist das neue Gesicht in der Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. in Neumünster. Damit gelang es nach nur wenigen Tagen, eine Nachfolgerin für die dort langjährig tätige Ute Eichler zu finden.

„Nach zehn Jahren sind wir wieder komplett ‚zu Hause‘ – so der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Dieter Arno Milewski aus Bad Rothenfelde. „Die bisher in Hamburg ansässige Geschäftsstelle gehört dahin, wo der Sitz des Vereins ist, nach Neumünster. Dies wird unsere Bestrebungen, engere Beziehungen zur Stadt und vor allem zur Böcklersiedlung, dem dortigen Bürgerbüro und dem Stadtteilbeirat Böcklersiedlung-Bugenhagen unter seinem Stadtteilvorsteher Erhard Christian Schättiger zu knüpfen.“

Gudrun Marlies Christians hatte sich spontan nach dem Zeitungsbericht im „Holsteinischen Courier“ vom 27. März, in dem die Vorgängerin mutmaßte, dass nach ihrem Weggehen das Museum wohl aufgelöst werden müsste, bei der Kreisgemeinschaft beworben. Sie schied dem Vorstand hinsichtlich Ausbildung und Lebensführung sehr gut geeignet, die Stelle auszufüllen. Die in Wismar geborene Gudrun Marlies Christians, die in der Nähe der neuen Geschäftsstelle wohnt, hat als ehemalige Leiterin einer Seniorenpension die nötige Einfühlbarkeit für die Mitglieder der Kreisgemeinschaft, mit Kenntnissen in Finanzbuchhaltungs- und Office-Programmen den notwendigen technischen Hintergrund sowie als in Neumünster vernetzte Bürgerin

Kontakte zu Stadtverwaltung und anderen Behörden.

Stadtteilvorsteher Erhard Christian Schättiger sieht es sehr positiv, dass die Geschäftsstelle im Museum in der Sudetenlandstraße eingerichtet wird: „Wir haben Glück, dass die Geschäftsstelle nun im Lötzener Heimatmuseum untergebracht ist. Dies wird den Stadtteil, der ursprünglich als Heimstatt für die Flüchtlinge und Vertriebenen gebaut wurde, weiter aufwerten.“

Die Geschäftsstelle im Heimatmuseum in der Sudetenlandstraße 18 H in Neumünster ist telefonisch unter (0152)2903 2268 und per E-Mail unter KGL-info@web.de am Montag von 9 bis 12 Uhr sowie am Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr zu erreichen – derzeit sind jedoch persönliche Vorsprachen nicht möglich.

Nach einer Einarbeitungszeit und nach Lockerung der aktuellen Beschränkungen sollen zu den Geschäftszeiten auch wieder die Ausstellungsräume mit Exponaten aus dem Ostpreußischen Landesmuseum und dem Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen geöffnet sein sowie gesondert Lesungen und andere Veranstaltungen durchgeführt werden.

Wirken Sie mit an der Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!«
Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE71

Eine kollegiale Beziehung zum „Museum Tuch und Technik“ wird fortgesetzt und auch die Kontakte zu den Lehrkräften in den Schulen sollen verstärkt aktiviert werden.



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Nachruf Peter Dziengel

Ein verdienter Lycker ist verstorben. Peter Dziengel starb am 1. Mai 2020 in der Bundeshauptstadt Berlin. Er wurde am 21. Mai 1928 in Lyck geboren. Sein Vater war der Oberlokomotivführer und Stadtverordnete Alfred Dziengel, seine Mutter Gertrude geb. Bensch.

Nach Volksschule und Gymnasium (1938) wurde Peter Dziengel vor Kriegsende zum Flak-Dienst in den Raum Hamburg eingezogen. Nach Ende des Krieges machte er eine Fleischer-Lehre in Schleswig-Holstein. Von März 1950 bis 31.5.1988 diente er bei der Schutzpolizei in Berlin, zuletzt als Hauptkommissar. Verheiratet war Peter Dziengel mit Hannelore Uschdrau aus Lyck. Aus der Ehe gingen zwei Töchter hervor.

Der Lycker Gruppe in Berlin gehörte Peter Dziengel seit 1951 an. 1954 wurde er Stellvertreter und 1986 Vorsitzender der Gruppe. Seit 1955 war Peter Dziengel Mitglied des Kreisausschusses der Kreis-

ANZEIGE
Das siebte Buch von **Wendelin Schlosser** „Die Deutschen unter dem Damoklesschwert“ ist 2019 im „August von Goethe Literaturverlag“ erschienen.
ISBN: 978-3-8372-2220-3
314 Seiten, €18,80
Der Band spricht von der Vertreibung der Deutschen, der Abschaffung Deutschlands, dem Selbsthass der Deutschen und der organisierten Kriminalität. Die vom Mainstream verschwiegene Wahrheit kommt in diesem Buch zum Erscheinen.

meinschaft Lyck. Von 1993 bis 2008 war Peter Redakteur des *Ha-gen-Lycker Briefes*.

Peter Dziengel war ein lebendes Lexikon seiner Heimatstadt Lyck. 2008 wurde er wegen seiner Verdienste mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.

Peter Dziengel bleibt in den Reihen der Kreisgemeinschaft Lyck unvergessen.



Kreisvertreter: Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum. Telefon (04841) 663640. **Schriftleiter:** Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

620 Jahre Stadtrechte für Allenburg
Als wir vor 20 Jahren am 15./16. Juli 2000 mit 200 Gästen im Kulturzentrum Martinskirche unserer

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft Ostpreußen widersprechen.

Rätsel

Grid of crossword clues in German. Includes a small grid on the left with the text "So ist's richtig:" and a list of words: 1. VORWUNDET, GEKRÄNKT; 2. HAARERSATZSTÜCK; 3. DREIMANNKAPELLE; 4. BALLSPORTART; 5. HAUPTGESCHÄFTSSTELLE; 6. ALTE SCHUSSWAFFE; 7. MAGISCH.

Schüttelrätsel

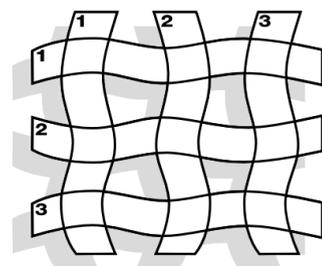
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

CEPHI	EEGL	AEINS	EHOR	MORST	GIRU	AINS	ESSU
EEGIR				ARU			
ALLM		EINRS				GIS	
OS							

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für vergöttern, verehren.

1	HAFEN					FAHRT
2	ZWERG					KUEKEN
3	WAHL					KOFFER
4	PARK					SATZ
5	AUTO					STOLZ
6	HAND					TOR
7	ROH					SPECK



Magisch

Schreiben Sie wagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Entwurf, Muster
- 2 Dickhäuter, Rüsseltier
- 3 Spionin, weiblicher Spitzel

Heimatkreisgemeinschaften

Patenstadt Hoya die 600 Jahre Stadtrechte für Allenburg feierten, konnte niemand ahnen, dass in diesem Jahr alles anders ist. Damals, vor 20 Jahren, hätte sich keiner vorstellen können, dass wir heute verummumt und einzeln gehen müssen, die Geschäfte weitestgehend geschlossen sind und auch gesunde Menschen Angst vor der Ansteckung mit dem Covid-19-Erreger haben. Jetzt, Anfang Mai, während ich diese Zeilen verfasse, lockern sich langsam die Maßnahmen und alle hoffen, dass die größte Gefahr einer Infektion vorbei ist. Nun genug davon!

Zu den 600-Jahrfeiern luden die Eheleute Bäsman auch eine russische Delegation ein. Den Bürgermeister aus Allenburg, das heute Druzhba heißt, Oleg Smirnow, Kolchosdirektor Sergej Aleinikov und das Dolmetscherehepaar Lydia und Viktor Brodt. Gern nahmen sie unsere Einladung an und bereicherten das Fest, zu dem auch viele Honoratioren der Stadt Hoya gekommen waren. Unter ihnen möchte ich besonders den damaligen Bürgermeister Seidel erwähnen, der unsere jährlichen Allenburger Treffen auch in den Jahren danach mit vorbereitet und uns begleitet hat.

Nun endlich zum eigentlichen Geburtstagskind. Den Allenburgern ist es natürlich bekannt, dass die Stadtrechte im Jahr 1400 vom Hochmeister des Deutschen Ritterordens, Conradt von Jungingen, an Allenburg verliehen wurden. 1256 wurde die Burg zu Allen-

burg erstmals urkundlich erwähnt, also vor 764 Jahren. Allenburg konnte sich nie besonders gut entwickeln. Von den drei Flüssen Alle, Apt und Schwöne umarmt, war es bei Kriegen immer ein strategisch wichtiger Punkt zur Verteidigung, und viele Heere zogen plündernd durch die Stadt.

Trotzdem erhielt Allenburg die Stadtrechte zuerkannt, und danach entwickelte sich die Stadt zusehends zu einem kulturellen und geschäftlichen Mittelpunkt. Bald darauf wurde auch mit dem Bau der Ordenskirche begonnen, die im Jahre 1405 fertiggestellt und geweiht werden konnte. Das Kirchspiel wuchs, und es wurde nötig, das im gotischen Stil errichtete Gebäude mit einem Anbau zu verlängern.

Leider wurde die Kirche im Ersten Weltkrieg weitestgehend zerstört, aber bis zum Jahr 1925 im alten Stil wieder hergestellt. Äußerlich hat das Gebäude den Zweiten Weltkrieg gut überstanden. Sie wurde, wie so viele Kirchen in Ostpreußen, nach dem Krieg vielfältig anders genutzt, bis im Jahr 1970 eine provisorische Kornmühle vor das Portal gebaut und das zum mahelnde Korn in drei Etagen im Kirchenraum gelagert wurde.

Dieser Zustand hielt bis zum Jahr 2009 an. Dank einer Kooperation mit dem Historischen Museum in Königsberg (Kaliningrad) konnte die Kirche leergeäumt und das Portal von dem Bretterverschlag mit Mühle befreit werden. Mit einer Großspende des Pasto-



Brücke zwischen dem Gestern und Heute: die Pfarrkirche in Allenburg
Foto: Wladimir Goussev/Bildarchiv Ostpreußen

rensohnes Peter Reich wurde 2014 eine neue Uhr angeschafft, die bis heute die genaue Zeit anzeigt.

Viele Geschäfte, Kaufhäuser und Handwerker siedelten sich im Laufe der Jahrhunderte an. Ein großes Rathaus wurde gebaut. Eine Schule mit Gymnasialem Zweig. Es entstanden zwei Sägereien, eine Möbeltischlerei, eine Meierei in der Stadt und ein großes Milchwerk an der Gerdauer Chaussee. Hotels und Theater, ein Heim für ledige Mütter, Apotheken, Ärzte, ein Umspannwerk, eine große Wassermühle, Häuser für zwei Pastoren und nicht zu vergessen, der schon seit dem 1600 Jahrhundert geplante Masurische Kanal, der die Verbindung zwischen den Masurischen Seen und der Ostsee werden sollte, wurde bis auf fünf

Kilometer fertig gestellt. Allenburg erhielt drei Schleusenwärterhäuser und zwei große Schleusen. Ein Schleusenwärterhaus wurde nach dem Krieg als Lazarett genutzt und danach ständig bewohnt. Dadurch wurde es erhalten.

Das Milchwerk an der Gerdauer Chaussee war auch im I. Weltkrieg ziemlich zerstört worden. Da im Ersten Weltkrieg nur der Osten zerstört war, halfen Städte und Gemeinden im „Reich“ beim Wiederaufbau in Ostpreußen. Der Vater von Karl Lagerfeld besaß bereits mehrere Milchwerke in Schleswig Holstein, und so kümmerte er sich um das Werk in Allenburg. Mit seiner Hilfe wurde es wieder aufgebaut, und neben Käse wurde auch Sahne in Tuben hergestellt. Das war etwas ganz Neu-

es und gab es bisher nicht. Leider wurde das Milchwerk auch im Zweiten Weltkrieg ausgeschlachtet. Sein Innenleben ging nach Litauen. Das Äußere verfiel, bis sich jetzt eine Agrargenossenschaft um das Werk bemüht und es wieder aufbaut.

Eine Eisenbahnverbindung mit Königsberg entstand und ein großer Bahnhof, der leider auch dem zweiten Krieg zum Opfer fiel. Ein Schützenplatz mit Festhalle und einer Muschel für die Musikanten, sowie ein Ruderhaus für den Ruderclub wurden an der Alle erbaut. All das ist jetzt zerstört.

Der Stadtkern wurde in den ersten Wochen und Monaten nach Kriegsende weitestgehend durch Brandschatzung vernichtet und nicht wieder aufgebaut. Es entstand ein leerer Platz, auf dem Schafe, Kühe und Pferde weiden. Ein Kreisverkehr führt heute um den damaligen Stadtkern herum. Eine Überraschung war 2019, dass ein Russe zum Teil die Grundmauer des Hauses Großmann zu einem Neubau nutzt. Übrigens wurde beim Bau der neuen Wasserleitung 2010 der Grundstein des Eckhauses Großmann von 1860 gefunden und steht nun an der südlichen Kirchturmwand.

Die heutige russische Bevölkerung ist dem Ehepaar Beinker, welches das Stadtmodell für Allenburg erstellt hat, dankbar. So können sie ihren Kindern und Enkeln zeigen, wie viel Häuser auf dem jetzt freien Platz im Zentrum und rund um die Kirche standen.

Die Modellstadt wurde dem Bürgermeister Smirnow während der 600-Jahrfeier in der Martinskirche zum Geschenk übergeben mit der Maßgabe, sie dauerhaft im Museum der Bibliothek auszustellen.

Anlässlich des 600. Jahrestags der Stadtrechteverleihung ließ Frau Bäsman eine Brosche bei einem Königsberger/Kaliningrader Juwelier in Sterling-Silber auf einer Bernsteinplatte mit dem angedachten Kreuz des Ritterordens und der Gravur „Allenburg 1400–2000“ anfertigen. Außerdem stiftete das Ehepaar Bäsman einen großen Findling, der vor der Martinskirche zum Gedächtnis der Stadtrechte und der Allenburger aufgestellt wurde.

Das Museum in Hoya hatte unter der Leitung von Frau Hornecker eigens für diesen Tag eine „Allenburger Stube“ mit Exponaten aus Allenburg eingerichtet. Darunter befand sich eine Glocke aus der Kirche, die eine Russin aufbewahrt hatte und einer Besucherin 1991 mitgab. Ebenso ein Maueranker von der Anker-Mühle, als sie 1998 abgebaut und die Klinkersteine verkauft wurden. Die große Wassermühle wurde nach ihrem Erstbesitzer so genannt und behielt diesen Namen bis heute.

Es ist zu wünschen, dass sich jüngere Menschen auch für unser Ostpreußen interessieren und die Arbeit der Vorgängergenerationen weiterführen. Auch Nicht-Ostpreußen sind herzlich willkommen. *Ute Bäsman*

ANZEIGEN

Gott gab mir die Gelassenheit,
Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern konnte,
den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern konnte,
und die Weisheit,
das eine von dem anderen zu unterscheiden.
(nach Reinhold Niebuhr)

Fern von seiner unvergessenen Heimat Masuren verstarb

Reinhard Peter Dziengel
* 21. Mai 1928 † 1. Mai 2020
in Lyck/Ostpreußen in Berlin/Lichterfelde

Inhaber der Ehrenurkunde des „Bund der Vertriebenen“ und Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen.

Für die Angehörigen
Christiane Dziengel

Auf Wunsch des Verstorbenen erfolgt die Urnenbeisetzung in aller Stille.

**Der richtige Weg,
anderen vom
Tode eines
lieben Menschen
Kenntnis zu
geben, ist eine
Traueranzeige.**

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Reinhard Peter Dziengel
* 21. Mai 1928 † 1. Mai 2020
in Lyck in Berlin

Der Verstorbene war langjähriger Schriftleiter des Hagen-Lycker Briefes und Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese Stellv. Sprecher
Stephan Grigat Sprecher
Friedrich-Wilhelm Böld Schatzmeister

In tiefer Trauer müssen wir Abschied nehmen von

Reinhard Peter Dziengel
* 21. Mai 1928 † 1. Mai 2020
in Lyck in Berlin

Reinhard Peter Dziengel war seit 1955 Mitglied des Kreis Ausschusses der Kreisgemeinschaft Lyck und von 1993 bis 2008 Redakteur des Hagen-Lycker Briefes.

Der Kreisgruppe Lyck in Berlin gehörte Reinhard Peter Dziengel seit 1951 an, wurde 1954 stellvertretender Kreisbetreuer und 1986 als Vorsitzender der Kreisgruppe Lyck gewählt.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen wurde Reinhard Peter Dziengel von der Landsmannschaft Ostpreußen 2008 mit dem Goldenen Ehrenzeichen ausgezeichnet. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Kreisgemeinschaft Lyck e.V.
Bärbel Wiesensee Kreisvertreterin
Dieter-J. Czudnochowski stellv. Kreisvertreter
Gerd Bandilla Kreisältester

www.paz.de

„Der Tod ist das Tor zum Licht
am Ende eines mühsam gewordenen Weges“
Franz von Assisi

Werner Konopatzki
* 25. 10. 1923 † 17. 4. 2020

Die Endgültigkeit des Abschieds ist für uns schwer zu erfassen.

**Marianne Konopatzki
Beate Konopatzki und Michael Kanoffsky
Ilse und Krimhild Hartmann**

Wir werden ihn im engsten Familienkreis in Hohenecken beerdigen.

HEINRICHSWALDE

Glockengeläut erstmals seit 75 Jahren

Nach Rückgabe des Gotteshauses von der ROK an den Staat: Die Restaurierung schreitet voran

VON WOLFGANG NIENKE

Nachdem die Kirche von Heinrichswalde aus dem Jahre 1869, wie auch alle anderen Kirchen im Königsberger Gebiet, durch einen Erlass der russischen Regierung der Russisch-Orthodoxen Kirche übertragen worden war, sollte sie eigentlich auch als solche genutzt werden. In Heinrichswalde [Slawsk] war aber zwischenzeitlich eine neue Kirche gebaut worden. Vermutlich aus diesem Grunde wurde die Kirche der Stadt rückübertragen. Nun gibt es von Seiten der Leitung der Gebietsregierung seit einiger Zeit Bestrebungen, kulturell bedeutende Objekte zu schützen und nach Möglichkeit originalgetreu zu restaurieren. Dazu gehört auch die Kirche von Heinrichswalde, für die umgerechnet zirka 1,8 Millionen Euro zur Renovierung vom Staat zur Verfügung gestellt wurden. Die Erhaltungsarbeiten haben am 25. Juni 2019 begonnen und sollen am 31. Dezember 2021 abgeschlossen werden. Die Koordinierung der Erhaltungsmaßnahmen übertrug die Stadt Wjatscheslaw Kent, dem Leiter des Museums in Heinrichswalde.

Die Vertreter der Kreisgemeinschaft Elchniederung konnten diese Restaurierung von Beginn an verfolgen. Es begann damit, dass das gesamte Gelände eingezäunt wurde. Dazu gab es einen ständig besetzten Wachposten. Material zur Einrüstung wurde bereitgestellt und überdachte Baustellengebäude zur Lagerung von Material wurden errichtet. Die Kirche selbst wurde geräumt, denn neben einem provisorischen Gestühl für kulturelle Veranstaltungen gab es im hinteren Bereich des Gotteshauses allerhand altes Material, das meist nicht mehr zu verwenden war.

Dann wurde die Kirche vollständig eingerüstet, die Turmspitze im oberen Bereich abgetragen und neu hochgezogen. Parallel dazu hat man ehemals zu-



Wjatscheslaw Kent, der sich für den Erhalt des ostpreussischen Kulturerbes einsetzt, in seinem Museum Foto: MRK

1,8

Millionen Euro hat der russische Staat für die Restaurierung der Kirche in Heinrichswalde zur Verfügung gestellt

gemauerte Fenster wieder aufgebrochen und im Kirchenschiff den gesamten beschädigten Putz abgeschlagen.

Wie bei vielen Planungen von Objekten in aller Welt werden Fehler gemacht oder es wurde etwas vergessen. So war es auch hier: Die Kosten für eine Turmuhr wurden nicht eingeplant, doch die Bevölkerung und natürlich auch die Leitung von Heinrichswalde wünschten sich eine



Sie soll in alter Pracht erstrahlen: Kirche von Heinrichswalde

Foto: Wikswat

solche. Die Stadt entschloss sich deshalb, die Kosten aus dem eigenen Haushalt zu übernehmen. Und so kam es, dass Ende März 2020 die einzige Glocke im Gleichlauf mit der Turmuhr schlug. Nach 75 Jahren ist die Kirche, wenn auch als Kulturobjekt, wieder Mittelpunkt der Gemeinde. Viele Dörfer haben keine Wahrzeichen mehr, das man schon von Ferne sieht.

Die Inbetriebnahme der Kirchturmuhr war für das russische Fernsehen Anlass für einen ausführlichen Beitrag zur Restaurierung der Kirche mit Interviews der Bewohner des Ortes Heinrichswalde [Slawsk].

Die Kirche wird vermutlich in mehreren 100 Jahren noch von Weitem als Wahrzeichen von Heinrichswalde zu erkennen sein.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Wir sehnen uns nach offenen Grenzen“

Gemeinsame Feierstunde am geschlossenen Zaun – Pendler dürfen wieder ohne Quarantäne einreisen

Cezary Przybylski, Marschall der Woiwodschaft Niederschlesien, und Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, haben im geteilten Görlitz des Endes des Zweiten Weltkrieges gedacht.

Bedrückende Atmosphäre

Ort der Begegnung war die Altstadtbrücke, die zurzeit provisorisch wieder durch einen Grenzzaun abgeriegelt ist. Die bedrückende Atmosphäre war nicht nur durch den Anlass der Begegnung und den Grenzzaun charakterisiert. Auch waren die Gesichter der Vertreter der Regierungen, Kirchen und der Stadt Corona-bedingt verdeckt. „Gerade die aktuellen Grenzsicherungen hier bei uns mitten in Europa zeigen, wie stark wir bereits zusammengewachsen und wie eng die Verflechtungen im Alltag der Menschen über Grenzen hinweg sind. Es ist gut, dass wir zusammenstehen und uns gegenseitig helfen – jetzt und in Zukunft“, so Michael Kretschmer.

Die guten nachbarschaftlichen Beziehungen, Freundschaften und die Zusammenarbeit, zu denen mehrere Nachkriegsgenerationen an beiden Neißeufern beitrugen, wurden in den Reden

des mit weißen und roten Rosen verzierten Grenzzauns wiederholt betont. „Die 75 weiß-roten Rosen sollen den langen Weg zur Versöhnung und Vergebung symbolisieren. Sie sind aber auch ein Zeichen der Sehnsucht nach einer offenen Grenze“, so der polnische Bürgermeister von von Görlitz' Oststadt [Zgorzelec], Rafal Gronicz.

Vor wenigen Wochen standen an gleicher Stelle auf beiden Seiten des Grenzzaunes etwa 400 polnische Pendler, die gegen die Grenzsicherungen protestierten (siehe auch PAZ Nr. 18).

Pendlerproteste waren erfolgreich

Seit dem 4. Mai dürfen polnische Arbeitnehmer, die in Tschechien oder Deutschland arbeiten, wieder nach Polen zurückfahren, ohne zwei Wochen in Quarantäne zu müssen. Diese Lockerung haben sich die protestierenden polnischen Pendler erkämpft.

„Ich habe eine gute Nachricht für alle Arbeiter und Schüler, die in unseren Nachbarländern arbeiten oder lernen. Also in Deutschland, Litauen, der Slowakei und in Tschechien“, schrieb Premierminister Mateusz Morawiecki am 30. April im Internet auf seiner Facebook-Seite.



Reichten Blumen in den polnischen Landesfarben durch den Grenzzaun: Cezary Przybylski (vorne), Marschall der Woiwodschaft Niederschlesien, und Rafal Gronicz, Bürgermeister von Ost-Görlitz

Foto: Wagner

An den Grenzübergängen müssen Pendler nun nachweisen, dass sie im Ausland arbeiten oder lernen. Wie viele von ihnen bereits auf gepackten Koffern saßen, zeigten die Staus an den Grenzen. Bereits am Montag, dem Tag der Locke-

rung für Pendler, sei der Grenzverkehr um 30 bis 40 Prozent angestiegen, berichtete die Tageszeitung „Nowa Trybuna Opolska“ („NTO“) aus Oppeln. Mit Problemen an den Grenzen müssten jedoch Familien mit Kleinkindern rechnen.

TRAKEHNER VERBAND

Trauer um Alexandra Gräfin Dohna

Im Alter von 85 Jahren ist am 24. April die erfolgreiche Pferdezüchterin und Fotografin Alexandra Gräfin Dohna verstorben. Dies gab der Trakehner Verband e.V. bekannt.

Alexandra Gräfin Dohna, die ihre Kinderjahre in Schlobitten verbrachte, war die Liebe zu Pferden gleichsam in die Wiege gelegt. Die beiden Dohna'schen Güter Schlobitten und Prökeltwitz gehörten bis 1945 zu den Hochburgen der ostpreussischen Pferdezucht. Die Familie nannte das älteste Stutbuch aus dem Jahr 1623 ihr Eigen. Es lag nahe, dass auch Gräfin Dohna, die das Einmaleins der Pferdezucht von ihrer Mutter erlernte, ebenfalls Pferde züchten würde. Sie hatte eine sehr erfolgreiche Trakehnerzucht, aus der preisgekrönte Stuten wie die Elitestute Kornubia und deren Tochter Kontessina von Arogn hervorgingen, aber auch gekörte Zuchthengste wie Kondor, Korsakow, Korado und Kissinger. 2011 erhielt sie die Goldene Ehrennadel des Trakehner Verbandes.

Nach der Evakuierung 1944 zog die Mutter mit ihren Kindern von Schlobitten auf den Familiensitz der Fürstin nach Muskau in Sachsen. Der Vater, Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten, führte 1945 den größten geschlossenen Flüchtlingstreck aus Ostpreußen, der nach 1500 Kilometern in Thedinghausen in der Grafschaft Hoya ankam. Nachdem die Familie wieder vereint war, zog sie 1948 in die Schweiz um.

Beruflich war Gräfin Dohna als Starfotografin tätig. Für ein Hamburger Verlagshaus lichtete sie Berühmtheiten des Jetsets in Nizza und München ab. In späteren Jahren setzte sich allerdings auf die Pferdefotografie. Sie galt als eine Meisterin ihres Fachs, die mit Stil, Humor und akribischer Arbeit ihre Aufgabe erfüllte. MRK

WASSERSPORTPARADIES POMMERN

Kajak-Träume vor der Haustür

Oder was man so alles aus der Entenperspektive erleben kann

Mecklenburg-Vorpommern – Land am Wasser: mittendrin und zur Hälfte drumherum. Inzwischen weiß das jedes Kind zwischen Haff und Elbe, Ostsee und Müritz.

Per Kajak zum Beispiel lassen sich preiswert, nerven- und umweltschonend nutzen: sage und schreibe 340 Kilometer Ostsee-Außenküste, 1.130 Kilometer Bodden- und Haffküste, 60 Inseln, 2.013 Seen und 26.000 Kilometer Fließgewässer. Da ist für jeden Geschmack alles drin. Mit allen Bootstypen. Wobei ich das Seekajak favorisiere: Es ist zwar teurer, schwerer, länger und breiter als andere, nicht ganz so schnell, dafür aber lagestabiler. Will sagen: Bei kabbeliger (Wind-)See kommt man mit so einem „Kreuzer“ besser über die Runden.

Karl-Heinz Müller, waschechter Stralsunder und immer hilfsbereiter Heilgeistkloster-Nachbar, kratzt sich den Kopf: „Soll ich dich hier durchlassen?“ Breitbeinig, die Hände in die Seiten gestemmt, steht er am Stralsunder Querkanal und schaut von oben herab aufs Wasser. Nach Feierabend bedient der Hobbyskipper die in holländischem Stil gehaltene Zugbrücke und lässt Segel- und Motorboote zu ihren Liegeplätzen tuckern.

Vom Winde verweht

Seekajak „PERO“ braucht diesen Service nicht. Er und sein Kapitän passen mühelos unter der Brücke hindurch. Nur wenn Nordostwind den Sund aufraut, steigt der Pegel und nimmt die Kopffreiheit ab. Dann tänzelt das 27-Kilo-Seekajak in der kabbeligen Ausfahrt zwischen den Hafenuauern. Von „Seh-Leuten“ skeptisch beäugt. „Ist das nicht zu wackelig?“, hört man hinter sich her rufen, bis man den Nordhafen unterm Kiel hat und weitere Kommentare vom Winde verweht werden. Rechts schmatzen und gluckern die Wellen an den Flanken der Frachter, die ungerührt Getreide, Schrott und Gips laden. Daneben kommt sich der Kanute dann allerdings doch reichlich winzig vor.

Glänzende Stille

Die Signale der Ziegelgrabenbrücke zeigen rot. Das kratzt den Kajak-Kapitän nicht. Hindurch also! Schreck von oben,

als der DB-„Flirt“-Express nach Saßnitz über die Gleise rattert. Kurswechsel zur Insel Dänholm. Gerade hat das Mehrzweckschiff „Arkona“ zum wöchentlichen Besatzungswechsel gegenüber vom Nautineum festgemacht. Auch hier ein kurzer Gruß nach oben: Man kennt und respektiert sich. Schließlich hat „PERO“ schon Spitzbergen- und Grönland-Erfahrung auf dem Buckel. Nur Rostklopfen muss man auf dem 4,90 Meter langen Kunststoff-Kreuzer nicht, denn die Farbe hält ein Kajak-Leben lang.

Der Dänholm-Kanal glänzt durch Stille. Ein paar Fischer lassen ihre Netze nach nächtlichem Heringsfang in der Morgensonne trocknen. Voraus jetzt das Rügendam-Fahrwasser. Gedenksekunde vor dem Spülfeld der Halbinsel Drigge im Südwesten Rügens: Am 30. April 1945 wurde hier das jetzige Museums-Segelschulschiff „Gorch Fock“ (I) auf 13 Meter Wassertiefe versenkt.

Amazonas-Gefühle

Aus dem Uferwald weht der Wind Vogelstimmen herüber. Sie locken wie Sirenen an Land. Von Eis und Wellen rundgeschliffene Granitsteine blockieren den Kurs. Slalomfahrt ist angesagt, bis die Paddelblätter sich in den Sand bohren. Bei knapp zehn Zentimetern Wasser unterm Kiel knirscht es: gelandet! Das macht dem Kajak so leicht kein anderer Bootstyp nach: einsame, kaum zugängliche Uferzonen und Strände an den flachen Sund- und Boddenküsten anzusteuern. Angespültes Strandgut gibt Fragen nach dem Woher auf: ein halber blankgescheuerter Bootsmast, Fischkisten, Tauwerk. Wie unberührt dagegen der „Urwald“ am westlichen Saum der Halbinsel Drigge. Der Eindringling muss durch mannshohes Unterholz staken, das umgestürzte Bäume noch undurchdringlicher machen.

Robinson am Sund

Vom Rand des Kliffs schweift der Blick hinüber zum gotischen Turmflügel der Hansestadt. Nur die himmelblaue Schiffbauhalle der Volkswerft und ihre gelben Spielzeugkräne scheinen es zentimeterknapp zu überragen. Vor Steinort, dem Südkap von Drigge, klatschen grüne Sundwellen rhythmisch auf den Strand.



In einer Bucht der Rügensch Halbinsel Drigge – eins mit der Natur Foto: Schmidt-Walther

Der Wind greift ins Schilfrohr, dass es nur so rauscht, geheimnisvoll wispert und knistert. Vogelgezwitzcher schmettert aus den blühenden Büschen. Hier lässt es sich nach einer guten Stunde und rund sechs Kilometern Körperinsatz trefflich pausieren: Picknick mit Klappstulle und doppeltem Appetit. Auch ein Mittagsschläfen kann man sich gönnen oder, bei entsprechenden Temperaturen, baden gehen: FKK natürlich. Der Kajak-Robinson vom Sund lässt grüßen. Nach rund zwölf Kilometern ist Feierabend: im Langenkanal am „PERO“-Liegeplatz auf der Bootswerft von Jürgen Thomzik. Ein Tag voller Alltagsabenteuer geht zur Neige – mit nassem Hintern und Salzmustern auf der Haut. Die beste Prophylaxe und Immunisierung gegen den Virus, der so recht keine frische Luft mag.

Peer Schmidt-Walther

Info Die hier beschriebene Tour ist die kleine „Hausstrecke“ des Autors. Oft und immer wieder gern befahren. Darüber hinaus gibt es natürlich noch unzählige Möglichkeiten (s. Karte) in unserem Land. Fahren kann man überall: auf allen Binnengewässern, Sund, Bodden oder offener See. Grenzen gibt es da im Prinzip nicht. Allenfalls fürs Können und bei Naturschutzgebieten. In dem Büchlein „Kanuwandern in

Mecklenburg-Vorpommern“ (ISBN 3-405-14758-1) beschreibt Karlheinz Martin 36 ausgewählte Touren zwischen Oder und Elbe. Mit Hilfe von Karten wie „Mecklenburgische Gewässer und Boddengewässer“, erschienen im Kümmerly+Frei Verlag, oder dem Tourenatlas Nr. 6 von Jüermann, kann man vorab planen. Oder sich beraten lassen von Hans-Peter Müller, info@kyak4you.de, selbst sehr erfahrener Kanute von der Insel Riems. Er gibt kompetent Auskunft (01743224399) zu allen Fragen rund ums Kajak. Man kann bei ihm Testpaddeln, am Kajaktraining teilnehmen, sich bei der Ausarbeitung von Touren beraten lassen, neue oder gebrauchte Boote kaufen, Reparaturen ausführen lassen oder sich per Internet informieren bzw. Ausrüstung zuschicken lassen. Und natürlich auch die populärsten Binnenstrecken per Mietboot testen. Dazu kann man sich umfassend informieren, zum Beispiel für Touren: auf der Recknitz: www.jamweb.de; www.kanuhof-spandowerhagen.de; auf der Peene: www.kanuverleih-menzlin.de; www.kanustation-anklam.de; auf der Warnow: www.naturdorf-eickhof.de; www.kanucamping-warnow.de. Alle Veranstalter sorgen auch für die Rückholung der Boote und Kanuten, so dass man keine Tour zwei Mal fahren muss (bei Strömung nicht immer so ganz einfach). Die örtlichen Kanu-Clubs geben auch gern Informationen und Ratschläge.

VON FRÜHER

Bauernregeln für den Monat Mai

Philippus und Jakob (1. 5.) Regen, bedeutet viel Segen. — Der Mai ist ein grünangestrichener Winter. — Mai kühl und naß, füllt dem Bauern Scheun' und Faß. — Ist Prankratiüs (12. 5.) schön, werden die Früchte gut steh'n. — Solang' as uns' Herr Christus noch de Bein' up de Ierd' hett (bis Himmelfahrt), ward' kein richtig schier warm Wäder. — Wie ist das Wetter am Himmelfahrtstag, so auch der ganze Herbst sein mag. — Mairegen auf die Saaten, dann regnet es Dukaten; viel Gewitter im Mai, singt der Bauer Juchhei. — Maitau macht grüne Au; Maifröste sind unnütze Gäste. — Schmitt de Adebör 'n Ei ut' Nest, giff't 'n gauden Aust; Schmitt he 'n Jung' rut, kümmt 'ne düre Tied. — So wie Urban (25. 5.) sich verhält, ist's mit dem Wetter im Herbst bestellt. — Auf nassen Mai kommt nasser Juli herbei. — Donner im Mai, Sturm ins Heu. — Bienenschwärme im Mai bringen viel Heu – Donnerts im Mai, ist der April vorbei – Urban gibt den Rest, wenn Servatius noch was übrig lässt.

Aus dem Pommerschen Heimatbuch

MAI GLÖCKCHEN – DIE SCHÖNSTEN BOTEN DES MONATS MAI



(Foto: B. Stramm)

Konfirmation in Corona Zeiten 2020 und Notkonfirmation 1945



Die Hökendorfer Kirche vor 1945 (Postkarte Privatsammlung)

Am 26. April 2020 wäre nicht nur in Braunschweig, sondern an vielen anderen Orten Konfirmation gewesen. Am Tag da-

rauf konnten die Braunschweiger in ihrer Zeitung lesen, dass ein Pfarrer seine Jugendlichen mit Hilfe der Eltern „online“ konfirmiert hatte. Er gestaltete den Gottesdienst in der Kirche. Schick gekleidet saß der Konfirmand mit seinen Eltern vor dem Laptop. Es wurde ihnen aber versprochen, wenn das Leben sich wieder normalisiert hätte, den Festgottesdienst in der Kirche nachzuholen.

Die Notkonfirmation der Jahrgänge 1930/31 dagegen in Stettin-Hökendorf sollte der letzte Festgottesdienst mit vollem Gemeindegesang und Abendmahl in der alten Dorfkirche am 18. Februar 1945 werden. In den ersten Tagen des Februars hatte Pastor Reimer geraten, die Konfirmation vorzulegen, denn am 30. Januar 1945 hatte die Rote Armee die Oder zwischen Frankfurt/Oder und Küstrin erreicht. Um Pyritz, das nur 48 Kilometer von Stettin entfernt lag, begannen die heftigsten Abwehrkämpfe.

In den Januarwochen, als sich der Ort Hökendorf durch Schippen von Panzergräben am Buchheiderand und Straßensperren auf ein eventuelles Kriegsgeschehen vorbereitete, hofften einige Dorfbe-

wohner immer noch auf die Wunderwaffe, andere stürzten sich mit aller Kraft auf die Vorbereitung zur Konfirmation und nur wenige packten lebensnotwendige Sachen zusammen. Derweil halfen die Konfirmanden freiwillig bei der seit Mitte Januar durchgeführten Verpflegung der Trecks aus Ost- und Westpreußen und beim Schippen der Panzergräben mit.

Am 18. Februar fand ich mich mit meinen Altersgenossen verkleidet, als wir uns an der Kirche mit dem Gesangbuch in der Hand einfanden. Die Mädchen hatten noch ein Spitzentaschentuch mit Myrtensträußchen auf dem Buch liegen. Unsere Kirche war bis auf den letzten Platz besetzt. Wir, die Konfirmanden, schritten durch die Hökendorfer wie durch einen schwarzen Tunnel. Die vier für uns freigelassenen Reihen vor dem Altar wirkten wie eine Insel, und vielleicht zum ersten Mal kam das Gefühl auf: „Erwachsenwerden kann auch weh tun.“

Nach dem Gottesdienst entdeckten wir zu unserem großen Schrecken den ersten Treckwagen aus Kolow. Die bange Frage: „Wann geht es bei uns los“, wurde jetzt schon laut geflüstert.

Zur Konfirmation wurden damals Blumentöpfe, Sammeltassen und goldene Uhren verschenkt. Am Ende des Krieges waren die Uhren oft Erbstücke von den Großeltern. Meiner Mutter war das Feiern vergangen. Sie wollte meine Konfirmation in ruhigeren Zeiten nachfeiern. So besuchte ich meine Schulkameradinnen und feierte mit ihnen ihre Konfirmation. Oft waren die Väter eingezogen, dafür feierte die Einquartierung mit.

Inzwischen sind 75 Jahre vergangen. Stettin-Hökendorf heißt jetzt Kleskowa und besitzt 3 Kirchen. Unsere Kirche thront ohne Turm immer noch etwas erhöht über der Dorfmitte, wurde aber zu einem Anhängsel einer großen, prächtig

ausgestatteten Kirche mit einer Orgel aus dem Rheinland.

Während unserer Flüchtlingszeit haben wir das Bitten um das tägliche Brot gelernt. Und heute im Alter können wir mit den Freunden aus jener Zeit über alles reden, was uns Mut macht und Halt gibt.

Bei den von 1979-2017 stattgefundenen Hökendorfer Treffen in Braunschweig und später in Stettin-Hökendorf waren es diese Konfirmanden, die aktiv an Organisation und Gestaltung beteiligt waren.

Brigitte Kleszczewski

Ausschnitt aus dem Gedenkblatt zur Konfirmation.



„Am Ende ist die Medizin giftiger als die Krankheit“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Immer wieder danke ich Ihnen für die PAZ, die mir jede Woche ein großes Lesevergnügen bereitet“

Ádám Sonnevend, Rostock



Ausgabe Nr. 19

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

POLITISCHE GEISTERFAHRER ZU: GESICHT ZEIGEN! (NR. 18)

Die Coronavirus-Pandemie hat wieder einmal gezeigt, wie wenig der Westen, Westeuropa und Deutschland geistig-realistisch auch auf einen möglichen chemisch-bakteriologischen Angriff feindlicher Mächte oder Terroristen vorbereitet ist. Das Gleiche gilt auch für einen atomaren Angriff.

Statt sich auf die, früher oder später, unausweichlich kommenden, technologisch-militärischen Existenzkämpfe geistig und real vorzubereiten, ergeht man sich weiter in irrealen Träumen von einer „friedlichen Welt“, in ideologischen Lebenslügen und dummen Moralismen.

Man hat die Planungen und Einrichtungen aus der Zeit des Ost/West-Gegensatzes für den Ernst- und Katastrophenfall nicht fortentwickelt, sondern friedenseuphorisch abgebaut, ferner die Wehrpflicht abgeschafft, die Bundeswehr geschrumpft bis zur Handlungsunfähigkeit, die Teilhabe an US-amerikanischen Atomwaffen unklar und unsicher gelassen und das NATO-Bündnis ausgehungert. Von den verbreiteten, naiven Vorstellungen vom angeblichen „Ende der Geschichte“ oder das angeblich aufziehende „post-heroische Zeitalter“ ganz zu schweigen.

Dieses Auswandern aus der Wirklichkeit, diese politische Dekadenz, dieser irreal-pazifistische Unsinn, ist vor allem in Deutschland, in seiner rot-grünen Variante verbreitet. Diese Leute führen sich und andere, das Land und Europa, in die völlige Ohnmächtigkeit.

Schon in der Antike wusste man, was jeder politisch Denkfähige von selbst wissen müsste, dass, wenn man Frieden haben will, man für den Krieg gerüstet sein muss („si vis pacem para bellum“). Man muss wenigstens die Stärke zum Gegenschlag und damit zur wirksamen Abschreckung von einem Angriff haben.

Man spielt in der realen Welt nicht lange ungestraft den politischen Geisterfahrer und Traumtänzer. Die Quittung der Wirklichkeit kommt – früher oder später. *Franz A. Sandor, Feldafing*

UNBEQUEME FRAGEN ZU: EINE KRISE MIT ANSAGE (NR. 15)

Gut, dass die PAZ auch unbequeme Fragen stellt, die man in den meisten Zeitungen vergeblich sucht. Zum „Corona-Management“ sind mir einige zum Teil juristisch fragwürdige Stilblüten aufgefallen:

– Das Infektionsschutzgesetz (IfSG) richtet sich an Personen. Es ist fraglich, ob die gesamte Bevölkerung reglementiert werden kann. Es spricht zu allgemein von „übertragbaren Krankheiten“, ist somit auch auf Schnupfen und Fußpilz anwendbar. Jede untere Behörde kann „Verdächtige“ einsperren ohne richterliche Prüfung (Quarantäne);

– Mecklenburg-Vorpommern: Außer Touristen wurden auch Besitzer von Zweitwohnungen aus dem Lande gedrängt. Das IfSG erlaubt Grundrechtseingriffe, aber nicht in das Eigentum;

– nebelhafte Statistik: tägliche Zahlen über Neuinfizierte und Todesfälle, aber nicht, wie viel Positive erkranken, wer starb „am“ oder aber nur „mit“ dem Virus;

– seltsam: seit Wochen Besuchsverbot in Altenheimen, trotzdem steigt die Zahl der Infizierten. Mundschutz, Abstand, Hygiene und Grenzkontrollen hätten früher kommen sollen, durch richtige Verhaltensregeln wären Geschäftsschließungen vermeidbar gewesen. Abweichende Meinungen von der des RKI und der Regierung scheinen unerwünscht zu sein. Lichtblick: So manche frühere Horrorprognose des RKI ist nicht eingetroffen.

Das IfSG könnte zur Daueranwendung kommen, da es immer Erreger geben wird. Es regiert sich doch bequem ohne Parlament. *Dieter Frank, Neustetten*

DAS SCHWEIGEGELD GEHT AUS ZU: DAS MONSTER IM NEBEL (NR. 17) UND: ARMUTSZEUGNIS (NR. 17)

Ich finde die Bedenken gegen die steigenden Kosten angemessen, das Schweigen einer Opposition im Bundestag dagegen nicht. Wenn dieser mutwillige Stillstand

weiter anhält und am Ende die Medizin giftiger als die Krankheit ist, will es keiner gewesen sein, und das Schweigegeld für alle bleibt nicht mehr übrig. Wie werden die Reaktionen ausfallen? Ich spekuliere hier nur:

– Deutschland wird weiter ein bis zwei Millionen Arbeitslose mehr haben, die im kommenden Jahrzehnt nicht mehr in den Arbeitsmarkt integriert sind. Der Druck, Hartz IV zu reformieren, wächst;

– die Unternehmen konsolidieren sich finanziell durch Subventionen, Kredite, die Bildung echter Rücklagen, zudem mit Automatisierung und Rationalisierung sowie Zentralisierung gegenüber den bankrotten Betrieben und mit ausländischen Lohndrückern;

– die verbliebenen Arbeiter bezahlen die ganze Party und sparen zusätzlich, üben also zum Schrecken der Globalisierungsgläubigen und BWL-Experten Konsumverzicht, um gegen Not und Inflation vorzusorgen;

– die Regierung nutzt die Krise, um den Überwachungskapitalismus zu festigen, indem die Euro-Inflation als Mittel genommen wird, um per Zwangsdigitalisierung das Bargeld abzuschaffen;

– die Opposition wird ihr Versagen in der Krise kompensieren, indem sie noch stärker als alle anderen Parteien versucht, die alten Ideologien als alternativlos zu verkaufen, und vergiftet das gesellschaftliche Klima dadurch noch mehr.

Für Arbeiter als auch Arbeitslose gilt: Weniger Netto vom Brutto, mehr Überwachung, Arbeitsnormen und Kontrolle bei weniger Perspektiven für die Kinder. *Dirk Starke, Lauchhammer*

DANK AN EINEN SCHUTZENGE ZU: ZIRKA 7200 TOTE DURCH ZWEI TORPEDOS (NR. 14)

Ausweislich des „Hamburger Abendblattes“, Ostern 2003, haben Forscher das „Goya“-Wrack in der Ostsee entdeckt. Es liegt in 78 Meter Tiefe vor der Danziger Bucht nicht unweit der Stelle, an der am 30. Januar 1945 zuvor das russische

U-Boot S-13 das deutsche Flüchtlingsschiff „Wilhelm Gustloff“ versenkt hatte. Der Paderborner Wracktaucher Ulrich Restemeyer ortete das aufrecht stehende Wrack auf dem Meeresgrund. Der Bug ist abgebrochen. Das Wrack liegt nur 1,9 Seemeilen von der Position entfernt, die ein Begleitschiff damals beim Untergang der „Goya“ gepeilt hatte.

Nach der „Wilhelm Gustloff“ und der „Steuben“ (3400 Tote) ist die „Goya“ schon das dritte Flüchtlingsschiff, das der gelernte Versicherungskaufmann Restemeyer seit 1991 in der Ostsee aufspürte. Wie die anderen deutschen Kriegsflüchtlingsschiffe soll auch die „Goya“ ein Kriegsgrab bleiben und nicht gehoben werden, trotz der 175 Überlebenden.

Wenn ich an der Ostsee verweile, denke ich oft als Geflüchteter von Ostpreußen mit der „Pretoria“ am 26. Januar 1945 von Pillau im Stillen ehrvoll an vorstehende, in der Öffentlichkeit unbekannt Mahnworte und danke meinem Schutzengel. *Ingo Noeske, Buchholz*

LINKEN-NOTSTAND IN DRESDEN ZU: DRESDENS MOGELPACKUNG NAMENS „NAZI-NOTSTAND“ (NR. 7)

Während der Dresdner Stadtrat den „Nazi-Notstand“ zum Gedenktag für die Bombenverbrechen der westlichen Alliierten ausrief, wütete desto unbeschwerter der linke Mob.

Besonders aggressiv und pervers wurde es, als die sogenannte „Linksjugend“ am Dresdner Heidefriedhof, auf dem 4000 Namen der Bombenopfer verlesen wurden, die Opfer durch Zwischenrufe als „Nazi-Verbrecher“ verleumdete. Vielleicht hätte man den „Linken-Notstand“ ausrufen sollen – der würde sich auch realitätsbezogen auf das ganze Land übertragen lassen. Doch damit wäre freilich auch die „Mainstream“-Position vollkommen verdreht worden.

Denn es gibt nur eine Keule in diesem Land – und das ist die „Nazi-Keule“. *Manfred Kristen, Freital*

ANZEIGE

Das One-World-Establishment im Kampf gegen Donald Trump

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

■ Wie kein anderer Präsident in der Geschichte der USA wurde und wird Donald Trump vom Establishment und den Massenmedien bekämpft. Dabei ist ihnen jedes Mittel recht: illegale Maßnahmen, Verleumdungen, Lügen, haltlose Anschuldigungen, Beleidigungen und persönliche Angriffe. Der »Putsch« gegen Trump nimmt immer obskure Züge an.

Lesen Sie hier, was die deutschen Massenmedien Ihnen verschweigen!

Erfolgsautor Helmut Roewer, ein profunder Kenner der politischen Situation in den USA, beleuchtet die Angriffe und Putschversuche im Detail. Minutiös analysiert er amtliche Quellen, FBI-Akten und Insiderberichte. Was er ans Tageslicht bringt, widerspricht fundamental dem, was uns von den Massenmedien hierzulande über Donald Trump tagtäglich aufgetischt wird. Erfahren Sie:

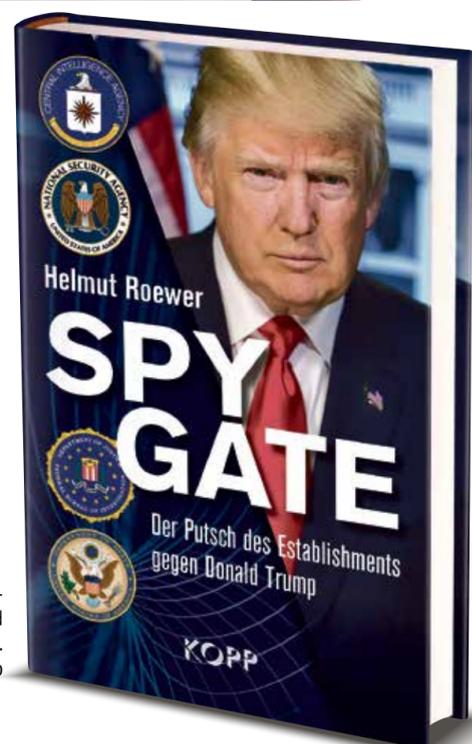
- Was sich tatsächlich hinter der berüchtigten »Clinton Foundation« verbirgt.
- Weshalb Trump gar nichts anderes übrig blieb, als viele seiner Berater und Minister zu entlassen.
- Wie Barack Obama sein Amt missbrauchte, um Trump zu verhindern.
- Wie das Geschäft der »Dreckbeschaffung« gegen Trump genau vor sich geht.
- Wie höchste Stellen die Verstrickungsgeschichte Trumps mit Russland einfädelten.
- Welches die wahren Hintergründe des Scheiterns des Impeachment-Verfahrens sind.

- Wie die Demokraten mithilfe von George Soros Trump doch noch zu Fall bringen wollen.
- Warum gerade wir Deutschen uns künftig warm anziehen müssen.

Der Autor geht aber auch noch weiteren brisanten Fragen nach, die in deutschen Medien ebenfalls keine Beachtung finden:

- Warum verhinderte die US-Regierung die Aufklärung der E-Mail-Affäre von Hillary Clinton, und was hat George Soros damit zu tun?
- Was hatten die Clinton-E-Mails ausgerechnet auf dem Laptop des Sexophilen Anthony Weiner zu suchen?
- Weshalb log Präsident Barack Obama der Presse förmlich ins Gesicht?
- Warum fädelten FBI-Agenten mit einem russischen Oligarchen einen »Deal« ein, um Trump zu schaden?

Helmut Roewer entlarvt in bisher nie gekannter Deutlichkeit die unglaubliche Verteufelung des US-Präsidenten und die mediale Heiligsprechung der Demokratischen Partei. Nach der Lektüre dieses Buches werden Sie Donald Trump und dessen Widersacher mit ganz anderen Augen sehen.



Helmut Roewer: Spygate • gebunden • 176 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 979 400 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

REITSPORT

Ein Pferd geht nicht in Kurzarbeit

Auch Reiterhöfe haben es in Lockdown-Zeiten schwer – Ein Pferdeliebhaber wagt mit einem Turnier ohne Zuschauer einen Neustart

VON STEPHANIE SIECKMANN

In Westergellersen bei Lüneburg ist am Wochenende vom 30. April bis zum 3. Mai ein Pilotprojekt durchgeführt worden: Eine erste Springpferdeprüfung in Zeiten von Corona. Geritten wurden vier- bis siebenjährige Pferde weit draußen ohne Zuschauer. Die Anzahl der Anwesenden auf dem Gelände wurde auf ein Minimum reduziert. Reiter und für je zwei Pferde ein Pfleger, dazu zwei Richter – mehr Personen waren nicht zugelassen.

Der Reitsport ist vom Lockdown stark getroffen, vielleicht schwerer als andere Sportarten. Die Kosten für die Unterhaltung der Pferde laufen in vollem Umfang weiter. Personal, Futter, Tierarzt sind nur die Basiskosten. Pferde ohne die gewohnte Bewegung in der Box stehen zu lassen, kommt ebenso wenig in Frage wie die Pferde von heute auf morgen auf die Weide zu stellen. Beides würde Krankheiten auslösen. Das Pferd geht nicht in Kurzarbeit. Und damit kann das Personal leider auch nicht halblang machen. Bei den Berufsreitern und Ausbildern kommen noch Pacht für die Anlage dazu und Leasingraten für die Lkw, ohne die der Sport heute nicht mehr denkbar ist, und die locker zwei Millionen Euro kosten können.

Den Reitschulen fehlen die Einnahmen aus dem Unterricht. Betreiber von Pensionsställen müssen um ihre sicheren monatlichen Mieteinnahmen bangen, wenn Einsteller in Kurzarbeit sind. Den Berufsreitern fehlt das Geld aus Pferdeverkäufen, Unterricht, Beritt in anderen Ställen. Preisgelder sind dabei oft nur die Summe, die am Wochenende das Spritgeld für die Heimreise sichert.

Bricht das regelmäßige Einkommen zwei bis drei Monate lang weg, kann ein Pferdebetrieb schnell in die Schieflage kommen. Und Einnahmen haben Reiter, Züchter und die meisten Pferdebetriebe vor allem durch den Pferdehandel. Doch der kann aufgrund von Kontaktsperre und Reisebeschränkungen nicht stattfinden. Aktuell kommt niemand auf den Hof, um ein Pferd auszuprobieren. Unterricht auf dessen Anlagen war bis Anfang Mai ebenfalls nicht möglich.



Moderne Corona-Cowgirls: Reiter tragen heutzutage Mund-Nasenschutz

Foto: imago images/Frank Sorge

Ein Züchter formuliert es drastisch: „Es werden sich mehr Menschen aus finanzieller Not das Leben nehmen als durch Corona sterben.“ Der Satz ist nicht aus der Luft gegriffen. Schon vor der Corona-Krise gab es diese Fälle, in denen sich Züchter oder Stallbetreiber das Leben genommen haben. Das Haus anzünden, um gemeinsam mit den geliebten Pferden zu sterben – ja, das ist schon vorgekommen. Auch wenn viele Menschen immer noch glauben, wer ein Pferd hat, muss reich sein, gilt der Spruch: „Wenn du Pferde hast, kannst du ein kleines Vermögen machen – vorausgesetzt, du hattest vorher ein großes.“

Pferde kosten Geld. Der Reitsport hängt wie kaum ein anderer Sport von der allgemeinen Wirtschaftslage ab. Geht es Pferdeliebhabern finanziell gut, greifen sie ins Portemonnaie, kaufen Pferde, buchen teuren Unterricht und geben Geld für die Ausrüstung aus.

Krisen haben eigene Gesetze. Viele Menschen werden zaghaft, fokussieren sich auf das, was möglicherweise verloren geht, oder verfallen in eine depressive Phase, gelähmt von den neuen Bedingungen. Andere zeigen in der Krise Kampfgeist und Führungsqualität, analysieren die Bedingungen und schauen intensiv nach Lösungen.

Blaupause für den Neuanfang

So ein Macher ist auch Karl-Heinz Klasen. Der Mann, der für das erste kleine Turnier in der Westergellersener Heide verantwortlich zeichnet. „Es reden alle, aber keiner macht was. Es musste einfach etwas passieren. Wie lange wollen wir denn noch warten?“

Nach und nach sind die bedeutenden internationalen Turniere des Reitsports abgesagt worden. Dazu gehört auch das CHIO Aachen, die weltgrößte Pferdesport-Veranstaltung. In diesem Jahr fällt

mehr als die Hälfte der internationalen Turniere weltweit vollständig aus. Viele mussten kurzfristig abgesagt werden. Die Kosten für die Vorbereitungen sind verloren. Der Rest der Veranstaltungen läuft Gefahr, in den nächsten Wochen abgesagt zu werden.

Die renommierten Serien wie Nationenpreis, Longines Global Champions Tour – alles muss in diesem Jahr ausfallen. Und es ist bei Weitem nicht sicher, ob im nächsten Jahr alle Serien wieder in den internationalen Turnierkalender zurückkehren. Denn viele Veranstalter werden dafür keine Sponsoren finden können, ohne die sich die Kosten nicht stemmen lassen. Schon vor Corona haben viele Veranstalter in den letzten drei Jahren aufgrund von Sponsorenmangel aufgegeben.

Paul Schockemöhle, der rund 4000 Pferde hält, weiß genau, wie viele Tiere er im Monat verkaufen muss, damit die Rechnung aufgeht. Aber auch er kann eine

monatelange finanzielle Flaute nicht unbeschadet überstehen. Springreiter Christian Ahlmann hat es gerade besonders schwer getroffen. Mitten in der Corona-Krise ist am 4. Mai seine langjährige Unterstützerin Marion Jauß verstorben. Sie gehörte, gemeinsam mit ihrer Schwester Madeleine Winter-Schulze, zu den maßgeblichen Pferdebesitzerinnen und Mäzenatinnen des deutschen Springsports.

Eine Rückkehr in den Sport ist für alle Pferdesportler wichtig. Für die Reitschulen ebenso wie für die Profi-Reiter. Doch der Sport wird nach Corona und Lockdown nicht mehr der Gleiche sein. Zu viel hängt von den gutverdienenden Pferdeköfern ab, die durch die wirtschaftlichen Einbrüche Verluste hinnehmen müssen. Laufen ihre Firmen nicht gewinnbringend, wird der nächste Pferdekauf ausfallen. Ohne die etablierten Pferdeverkäufe wird sich der Reitsport zwangsläufig verändern müssen.

Karl-Heinz Klasen sieht sein Turnier in Westergellersen daher als wichtigen Impulsgeber. „Ich biete gerne eine Blaupause, damit andere nachziehen können. Es ist wichtig, dass wir möglich machen, was möglich gemacht werden kann.“ Die Landeskommission hat bereits Interesse angemeldet, auch aus Belgien hat Klasen bereits Anfragen. Sein Konzept ist von den Behörden genehmigt und wird von den Reitern voll und ganz mitgetragen.

„Wir haben ein kleines Buch zusammengestellt“, sagt Klasen, „wir haben darin alle Plätze aufgezeichnet, die Anzahl von Pferden und Reitern auf den Flächen angegeben. Außerdem haben wir exakt ausgeführt, wie wir Reiter, Pfleger und Richter lückenlos führen. Von der Registrierung im Vorfeld über die Ermittlung der Daten am Einlass aufs Gelände. Schutzmasken werden am Eingang kostenlos verteilt. Hinweisschilder an allen Durchgängen, Plätzen, an allen Stellen, an denen es sich anbietet, weisen darauf hin, dass Abstand zu halten ist und Masken zu tragen sind. Jeden Tag ist die Behörde hier und kontrolliert.“

Alle halten sich an die Regeln, an die Maskenpflicht. Die Disziplin ist vorbildlich. Alle wollen diese Chance nutzen. Hauptsache es geht irgendwie weiter.

HAUSTIERE

Ein wunder Punkt, der sich entzünden kann

Vorsicht, wenn der vierbeinige Spielkamerad zubeißt – Hunde- oder Katzenbisse sollte man nicht auf die leichte Schulter nehmen

Die Corona-Tage sind nicht nur ein Stresstest für Familien, sondern auch für die Tiere, die in diesen Familien leben. Statistisch gesehen kommt auf fast jeden Haushalt ein Haustier. Rund 34 Millionen Katzen, Hunde, Hamster, Vögel und so weiter halten sich die Deutschen. Und manche von den Tieren können in Stresssituationen ganz schön kräftig zubeißen.

Die Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie (DGU) hat jetzt darauf hingewiesen, dass Bissverletzungen von Haustieren keinesfalls unterschätzt werden dürfen. Was manchmal zunächst harmlos aussieht, sollte trotzdem ernst genommen werden. Denn bei einem Biss werden Krankheitserreger des Tieres auf den Menschen übertragen. Die Eintrittspforte kann sich dabei sofort verschließen und somit zunächst harmlos erscheinen.

Unbehandelt können aber schwere Entzündungen entstehen, bei denen neben der Haut auch Muskeln, Sehnen, Nerven und Knochen dauerhaft geschädigt

werden können. Daher lautet der Rat von Michael J. Raschke, Präsident der DGU: „Egal wie harmlos oder oberflächlich der Biss wirkt, man sollte immer zum Arzt gehen.“ Besonders wenn pochende Schmerzen, Schwellungen oder Rötungen auftreten, sei das ein Alarmsignal, welches die sofortige ärztliche Behandlung erfordert.

Kleine Wunden, großer Ärger

Da Katzen mit 14 Millionen und Hunde mit zehn Millionen zahlenmäßig die meisten Heimtiere sind, kommen Bissverletzungen von ihnen häufiger vor als von Meerschweinchen, Kaninchen, Ratten, Hamstern, Mäusen, Schlangen oder Nutztieren wie Pferden. Kinder sind dabei häufiger betroffen als Erwachsene.

„Kinder empfinden das Tier oft als Spielkameraden. Zudem neigen sie eher zu plötzlichen Bewegungen, die das Tier erschrecken. Die Verletzungen betreffen vor allem die Arme und das Gesicht“, sagt Peter Schmittbecher, Leiter der DGU-

Sektion Kindertraumatologie und Direktor der Kinderchirurgischen Klinik am Klinikum Karlsruhe. Bei allen Bissverletzungen, egal an welcher Stelle, kann es zu Wundinfektionen kommen. Schon zwölf bis 24 Stunden nach dem Tierbiss kann sich eine Entzündung bemerkbar machen. Kinder mit Bissverletzungen, so Schmittbecher weiter, würden in der Regel stationär aufgenommen und mit einer intravenösen Antibiotikagabe behandelt.

„Im Speichel der Tiere befinden sich zahlreiche und gefährliche Bakterien. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die Bisse schnell entzünden“, ergänzt Raschke, der als Direktor der Klinik für Unfall-, Hand- und Wiederherstellungschirurgie am Universitätsklinikum Münster arbeitet. Besonders gefährlich seien Katzenbisse. Katzen haben sehr spitze Schneidezähne, die tief in das Gewebe eindringen. Bakterien gelangen dadurch in die Tiefe bis auf Sehnnenscheidenhöhe, Gelenke oder Knochen.

Sowohl unmittelbar nach der Bissverletzung, aber auch nach Tagen kann sich eine Wunde noch entzünden. Daher sollte die Stelle intensiv im Hinblick auf Entzündungszeichen beobachtet werden. Die wahre Verletzungstiefe werde laut Raschke oftmals unterschätzt. Einige Beschwerden könnten sich innerhalb von Stunden so dramatisch verschlechtern, dass umgehend operiert werden müsse. Nur durch sofortiges Handeln könnten schwere und zum Teil lebensbedrohliche Folgeschäden vermieden werden.

Mit dem Impfpass zum Arzt

Um eine Infektion zu vermeiden, ist es wichtig, dass der Arzt die frische Wunde sieht, reinigt und desinfiziert. Meist erfolgt eine Wundspülung, um die Krankheitserreger aus dem Bisskanal zu spülen. Im Bedarfsfall wird zusätzlich antibiotisch behandelt. Ratsam ist, den Impfpass mit zum Arzt zu bringen, um zu kontrollieren, ob die letzte Tetanus-Impfung ge-

gen Wundstarrkrampf länger als zehn Jahre her ist. Wenn unklar ist, wann zuletzt geimpft wurde, ist eine Auffrischung direkt nach der Verletzung notwendig. Dabei wird dann auch ein Tollwutverdacht abgeklärt.

Bei großen Bisswunden kann auch eine Operation notwendig werden: Dabei entfernt der Operateur geschädigtes oder abgestorbenes Gewebe. Fehlt zu viel Haut, kann aus einem gesunden Bereich, beispielsweise von Bein, Rücken oder Bauch, Haut entnommen und verpflanzt werden. Mit modernen plastisch chirurgischen Verfahren können Weichteile gedeckt, die Funktionsfähigkeit der verletzten Region erhalten beziehungsweise wiederhergestellt werden.

Meistens sind es kleine Wunden, die großen Ärger machen können, wenn sie sich entzünden. Damit die Tiere gar nicht erst zubeißen, sollte man ihnen gerade beim Lockdown viel Freiraum lassen und sie nicht unter Stress setzen. H. Tews

● FÜR SIE GELESEN

Sorgen eines SPD-Politikers

Dass sich ein durch und durch im sozialdemokratischen Milieu sozialisierter Politiker, der noch dazu seit 2017 das Amt des Hamburger Kultursenators bekleidet, um den Absturz seiner einstmaligen stolzen Partei Sorgen macht, ist verständlich. Kurz nach der Europawahl 2019 hat Carsten Brosda einen überaus elegant formulierten Essay dazu verfasst mit dem Titel „Die Zerstörung. Warum wir für den gesellschaftlichen Zusammenhalt streiten müssen“. Zwei Schwerpunkte heben sich daraus hervor: Erstens der Titelbegriff „Zerstörung“ und zweitens die im Buch kaum angemessen erwähnte „Migrationsproblematik“.

Zerstörung überall

Brosda sieht überall „Zerstörung“: Das „öffentliche Gespräch“ sei zerstört, gefolgt von Zerstörungen der „Mitte“, der „offenen Gesellschaft“, des „Planetens“, der „Zuversicht“ und der „Volksparteien“. Der Autor fühlt sich quasi von einer rauchenden Trümmerlandschaft umgeben, die dann, so der Kultursenator, in eine von ihm geschilderte Phase des Wiederaufbaus münden sollte. Aber ist „Zerstörung“ wirklich die treffende Vokabel? Haben wir es nicht eher mit vielfältigen „Veränderungen“ der gesellschaftlichen Fundamente zu tun? Veränderungen, die zwar auch ein Teil der SPD-Funktionselemente durchaus wahrgenommen, hat aber im Sinne ihrer Politik-Gestaltung nicht produktiv auffangen konnte?

Zur Migrationsproblematik: Sie steht, wie der berühmte weiße Elefant (auch) mitten im sozialdemokratischen Wohnzimmer. Fast alle sehen das raumgreifende Problem, wagen es aber aufgrund sogenannter global-humanistischer Ideologie-Blockaden nicht angemessen zu beachten und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Kein scharfes Wort gegen die illegale Massenimmigration, im Gegenteil! Aber hat nicht Bundeskanzler Helmut Schmidt schon frühzeitig und eindringlich vor einer folgenschweren Veränderung unserer Gesellschaft durch überhöhte Immigration gewarnt? Man rufe sich das prophetische Schmidt-Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ (Ausgabe vom 12. September 1992) in Erinnerung: „Sie dürfen aus Deutschland und Europa keine Einwanderungsländer machen. Das ertragen die Gesellschaften nicht. Dann entartet die Gesellschaft! Und meine Damen und Herren, wir müssen uns auch ein bisschen nach dem richten, was die Bevölkerung will und nicht was sich irgendwelche Professoren ausgedacht haben!“

Früher war die deutsche Sozialdemokratie der glaubwürdige Anwalt der eigenen kleinen Leute, heißt es zu Recht. Doch in den letzten Jahren hat sie sich zum Anwalt des internationalen Proletariats auf Kosten der eigenen kleinen Leute gemacht. Wen wundert es, dass sie von ihrer traditionellen Wählerschicht deutlich abgestraft wurde? Bernd Kallina

Carsten Brosda: „Die Zerstörung. Warum wir für den gesellschaftlichen Zusammenhalt streiten müssen“, Hoffmann und Campe-Verlag, Hamburg 2019, gebunden, 176 Seiten, 18 Euro



GESUNDHEIT



Heilen mithilfe der Natur

Eine mediterrane Ernährung bietet die Chance, die Medikamenteneinnahme mit Nebenwirkungen zu vermeiden

Cholesterin natürlich senken Michaela Döll ist Professorin an der Universität Braunschweig und ernährungsmedizinische Expertin. In ihrem neuen Buch „Cholesterin im Griff“ räumt sie mit weitverbreiteten My-

then um eines der lebenswichtigen Fette auf und gibt Tipps und Anregungen für gesunde Ernährung, die helfen können, den Griff in die Medikamentenschachtel zu vermeiden. MRK

Michaela Döll: „Cholesterin im Griff. Natürliche Alternativen zu riskanten Cholesterinsenkern“, südwest Verlag München 2020, broschiert, 176 Seiten, 16 Euro

POLITIK

Woran krankt Deutschland?

Grünen-Politiker Boris Palmer kritisiert eine allgemeine Realitätsferne der Politik sowie die Neigung zur Moralisierung statt zur Faktentreue

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der noch grüne Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer gehört ungeachtet seiner Parteizugehörigkeit zum hiesigen neuerdings eher selten gewordenen Politiker-Typus des Realisten. Das zeigte nicht zuletzt sein Bestseller „Wir können nicht allen helfen“ über die Grenzen der Integration von Menschen aus fremden Kulturkreisen. Dem folgt nun das Buch „Erst die Fakten, dann die Moral“. Darin geißelt Palmer das weitverbreitete Wunschdenken unter den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen, welches immer häufiger zu eklatanten Fehlentscheidungen in Brüssel, Berlin und anderswo führe. Das tut er sehr konkret anhand vieler Beispiele vom Wohnen und der Inneren Sicherheit über Bauprojekte bis hin zum Umwelt- oder Klimaschutz in all seinen Facetten. Auf jedem dieser Gebiete, so Palmer, dominiere nun das hypermoralische Denken, was als Anzeichen für eine „Tatsachenkrise“ zu werten sei. Zudem gehe die Hintanstellung der Realität mit Überheblichkeit und Arroganz gegenüber dem Normalbürger daher.

Allerdings versteigt sich Palmer in seinen Ausführungen auch selbst zu moralisierenden Tiraden, wenn es um „Rechtspopulisten“ im Allgemeinen und die Alternative für Deutschland (AfD) im Besonderen geht.

Andererseits verdienen Palmers zehn Thesen über Politik und Wirklichkeit Beachtung, da sie recht prägnant beschreiben beziehungsweise erklären, woran

unser Land nicht erst seit der Corona-Krise krankt.

Erstens: Gesellschaftliche und politische Bewegungen aller Art hätten sich erheblich radikalisiert. Zweitens: Die Emanzipation der Bürger vom Staat fördere auch den individuellen und kollektiven Egoismus. Drittens: Kaum jemand wolle mehr unbequeme Wahrheiten hören. Viertens: Für jede Kleinigkeit brauche es inzwischen Experten – wo bleibe der gesunde Menschenverstand? Fünftens: Statt einer objektiven Risikobewertung dominiere die Panikmache. Sechstens: Großprojekte würden um jeden Preis umgesetzt, damit sich einzelne Politiker als „Macher“ profilieren können. Siebtens: Die Gesellschaft spalte sich immer mehr. Achters: Eine wachsende „Empörungskultur“ angesichts von Nichtigkeiten verdränge sachliche Debatten über wichtige Themen. Neuntens: Selbst Wirtschaftslenker agierten nicht mehr faktenorientiert, sondern gingen an zu moralisieren. Und Zehntens: Die höheren Ebenen der Politik hätten kein Interesse an den Erfahrungen der Praktiker vor Ort und der „Menschen da draußen“. Dem allen kann man nur schwerlich widersprechen.



Boris Palmer: „Erst die Fakten, dann die Moral. Warum Politik mit der Wirklichkeit beginnen muss“, Siedler Verlag, München 2019, gebunden, 239 Seiten, 20 Euro

GESELLSCHAFT

Nachteile der Digitalisierung

Der Wirtschaftsjournalist Daniel Goffart sieht die Zukunft Deutschlands und insbesondere der Mittelschicht in Gefahr

VON DIRK KLOSE

Wir stehen am Beginn der digitalen Epoche und wollen nicht wahrhaben, dass es die Welt, wie wir sie kannten, in wenigen Jahren nicht mehr geben wird.“ Mit diesem Paukenschlag leitet Daniel Goffart, Chefkorrespondent des Magazins „Focus“, sein Buch ein. Zwar geht es nicht ganz so schrill weiter, aber die Fakten und Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft, wie sie der Autor aufzeigt, sind alarmierend genug.

Das Wirtschaftswunder, so Goffart, entstand durch Fleiß, Sparsamkeit und Ordnungsliebe einer breiten Mittelschicht. Sie erarbeitete sich einen gewissen Wohlstand, wusste Arbeitsplätze und spätere Renten gesichert und ermöglichte ihren Kindern eine gute Ausbildung. Dieses „deutsche Erfolgsmodell“ endete in den 1980er Jahren, als mit der beginnenden Globalisierung weltweite Wirtschaftskreisläufe und finanzstarke Konzerne entstanden. Heute sei die Mittelschicht ärmer und zahlenmäßig kleiner geworden. Einige wenige seien aufgestiegen, sehr viele aber nahezu in die Bedürftigkeit abgerutscht.

Vollends wurden, so der Autor weiter, die Verhältnisse durch die rasante Digitalisierung aller Lebensbereiche zum Schlechteren revolutioniert. Goffart greift die „von nacktem Finanzinteresse“ geleiteten Hightech-Konzerne Apple, Google, Facebook und Amazon heftig an, die skrupellos eigenes über jedes staatliche Recht stellten, traditionelle Beschäftigungsstrukturen zer-

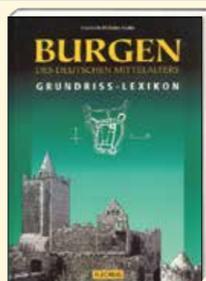
störten und mit weltweiten Dumpingpreisen Arbeitslosigkeit und Armut Vorschub leisteten. Der deutschen Politik hält Goffart vor, darauf zu spät und viel zu zögerlich reagiert zu haben. Jetzt sei ein „neues Denken und entschlossene Gegenwehr nötig“, andernfalls drohe auch eine Gefährdung der Demokratie.

Was hier nur summarisch wiedergegeben ist, wird unter Bezug auf viele Quellen aus Politik und Wissenschaft solide, aber in großer Sorge um die Zukunft unseres Landes ausgebreitet. Der Leser spürt: Das geht mich unmittelbar an. Da kann auch das am Ende stehende Interview mit Arbeitsminister Hubertus Heil, der sich naturgemäß zuversichtlicher zeigt, nicht recht beruhigen.

Das Buch stand 2019 auf der Shortlist des Deutschen Wirtschaftsbuchpreises. Dessen Kriterien sind unter anderem Lesbarkeit und Verständlichkeit. Beides trifft hier in hohem Maße zu. Nachgedacht, so könnte man resümieren, wurde eigentlich inzwischen genug, jetzt müsste gehandelt werden. Die Corona-Krise zeigt, dass der Staat zu entschlossenem Handeln durchaus in der Lage ist. Könnte das nicht anhalten und weitergehen?

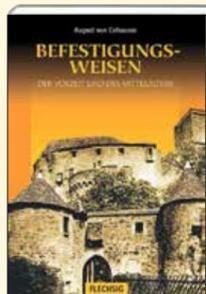


Daniel Goffart: „Das Ende der Mittelschicht. Abschied von einem deutschen Erfolgsmodell“, Berlin Verlag im Piper Verlag, München 2019, gebunden, 400 Seiten, 22 Euro



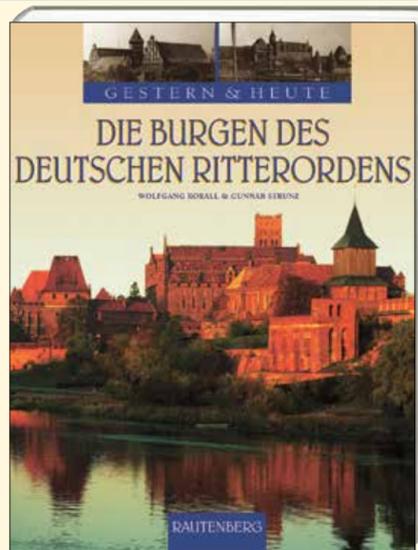
Friedrich-Wilhelm Krahe
Burgen des deutschen Mittelalters
 Grundrisslexikon
 ca. 4.400 Grundrisse von Burgen.
 800 Seiten
 Nr. P 575360 Geb. 29,95 €

Mit diesem Standardwerk wird an die jahrzehntelange Tradition der burgenkundlichen Publikationen angeknüpft. In jahrelanger Arbeit hat der Autor mehr als 4.000 Burgen Grundrisse gesammelt, vor Ort überprüft bzw. erstmalig aufgenommen. Das Lexikon gibt neben den einheitlichen Grundrissen Auskunft über die wesentlichen Merkmale jeder Burg, die Entstehungszeit und ihren Erhaltungszustand. Eine umfangreiche Einleitung erläutert die Geschichte und den Wandel der Burgen des deutschen Mittelalters im Verlauf der Jahrhunderte, erklärt alle Teile der Burg, von der Zisterne bis hin zum Fallgitter, berichtet vom Wohnen und bietet im Anhang ein Verzeichnis aller Ordensburgen, ausführliche Literaturhinweise sowie ein geographisches Burgenverzeichnis.

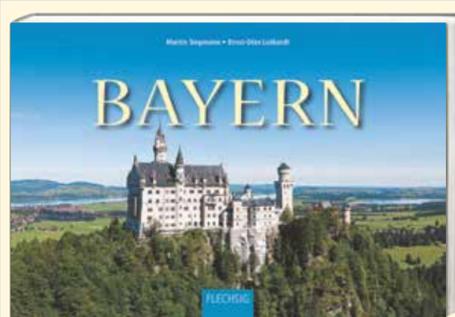


August von Cohausen
Befestigungsweisen der Vorzeit und des Mittelalters
 400 SW-Abbildungen.
 394 Seiten/Gebunden
 Nr. P 575478 14,95 €

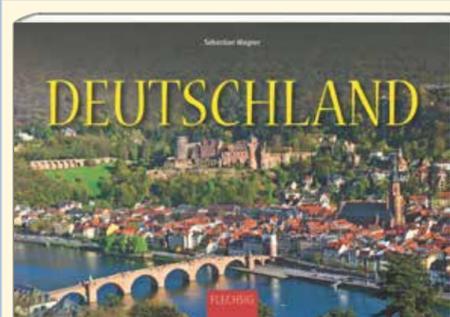
Das Buch „Die Befestigungsweisen der Vorzeit und des Mittelalters“ von August von Cohausen ist ein Schatz für alle Burgenfreunde. Es beschäftigt sich ausführlich mit allen möglichen Befestigungsweisen, ob dazu Holz, Wasser, Erde oder Stein genutzt wurde. Im zweiten Teil werden die Befestigungen der Römer beschrieben und im dritten Teil die des Mittelalters. Neben den deutschen Anlagen widmet sich Cohausen auch denen von ganz Europa. Ein ausführliches Register und ein umfangreicher Bildteil schließen den Reprint von 1898 ab. Mit ca. 57 Tafeln, 400 Abbildungen und einem ausführlichen Register ist dieser Band ein Muss für Ihre Bibliothek.



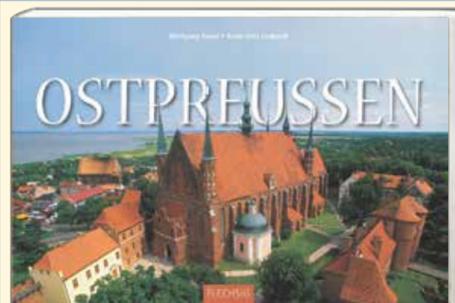
Wolfgang Korall/Gunnar Strunz
Die Burgen des Deutschen Ritterordens
 Der Deutsche Ritterorden war neben den Templern und den Johannitern (Malteser) der dritte großer Orden und entstand 1190 als deutsche Hospitalgenossenschaft. Die Wehr- und Repräsentationsburgen, die der Orden der Nachwelt hinterließ, sind die markantesten Zeugen jener Zeit. Dieser Bildband berichtet fundiert über die noch heute eindrucksvollen Bauten, aber auch über die mächtigen Ruinen. Zu den absoluten Höhepunkten einer Burgenreise gehören dabei neben der Marienburg u. a. Heilsberg (Lidzbark Warmiski), Rößel (Reszel), Allenstein (Olsztyn) und die Ordensburg und Ordensdom in Marienwerder (Kwidzyn). Einzelne Kapitel des Buches berichten u. a. über verschwundene Burgen, berühmte Hochmeister, die besondere Architektur, das Leben auf einer Ordensburg und die spezielle Geschichte der Marienburg. 160 Seiten, 32 SW und 185 farb. Abb.
 Nr. P 533158 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



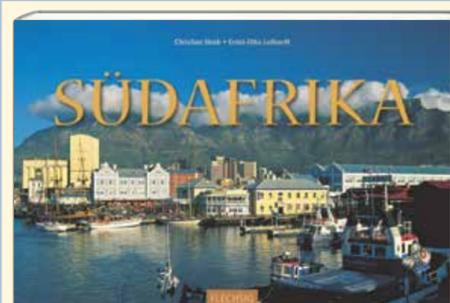
Martin Siepmann (Fotograf)/Ernst-Otto Luthardt (Autor)
Bayern – Ein Panorama-Bildband
 Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 251 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Bayern, eines der beliebtesten Reiseziele der Deutschen.
 Nr. P 542025 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Fotografenteam/Sebastian Wagner (Autor)
Deutschland – Ein Panorama-Bildband
 Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 206 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Deutschland in seiner Vielfältigkeit.
 Nr. P 542010 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Wolfgang Korall (Fotograf)/Ernst-Otto Luthardt (Autor)
Ostpreußen – Ein Panorama-Bildband
 Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 239 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Ostpreußen wie es heute ist.
 Nr. P 542016 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Christian Heeb (Fotograf)/Ernst-Otto Luthardt (Autor)
Südafrika – Ein Panorama-Bildband
 Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 270 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Südafrika, dieses faszinierende Land.
 Nr. P 575697 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Oswald Spengler (Gebunden)
Der Untergang des Abendlandes
 Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte 1472 Seiten
 Nr. P A1141 9,95 €

Spenglers Idee vom Untergang des Abendlandes markiert eine Wende in der Geschichtsphilosophie. Gegen die Vorstellung eines linearen Voranschreitens der Geschichte (Antike, Mittelalter, Neuzeit) setzt er den Gedanken eines zyklischen Werdens und Vergehens. Vor diesem Hintergrund analysiert er alle großen Kulturen und skizziert den Plan einer Weltgeschichte, der auch Voraussagen über die Zukunft gestattet. Spenglers Opus Magnum wurde von Anfang an begeistert und kritisch gelesen und sorgt seit fast 100 Jahren für Kontroversen. Zuletzt bezog sich Samuel P. Huntington in „Kampf der Kulturen“ auf Spenglers Werk.

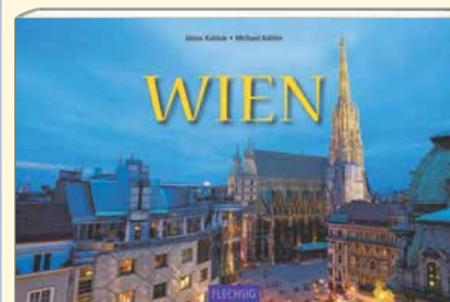


Kirchner/Wenderoth/Busch
Guten Morgen, Herr Lehrer
 erzählen
 Kartoniert.
 256 Seiten
 Nr. P A0752 10,90 €

Es war einmal die einklassige Dorfschule. Wer auf dem Land groß geworden ist, kennt sie noch, die einklassige Dorfschule, in der die Schüler aller Altersgruppen gemeinsam in einem Raum unterrichtet wurden. Die Lehrer Siegfried Kirchner, Manfred Wenderoth und Egon Busch begannen Anfang der 1960er Jahre in solchen Dorfschulen ihre Laufbahn in Westdeutschland. Heiter, witzig, oft auch skurril sind die Anekdoten und Geschichten aus dieser Zeit, als der Herr Lehrer neben dem Bürgermeister und dem Pastor noch zu den hochgeachteten Persönlichkeiten im Dorf zählte. Egon Busch schildert am Ende des Buches, wie der Wandel des Schulsystems auch das Dorf erreichte. 1968 kam dann das endgültige Aus für die „Zwergenschulen“.



Martin Sasse (Fotograf)/Stefan Nink (Autor)
Thailand – Ein Panorama-Bildband
 Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 242 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Thailand mit seinen fantastischen Sehenswürdigkeiten.
 Nr. P 575014 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



János Kalmár (Fotografen)/Michael Kühler (Autor)
Wien – Ein Panorama-Bildband
 Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 240 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Wien, die wunderschöne Donaumetropole.
 Nr. P 542028 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Reinhard Schmoeckel
Deutschlands unbekannteste Jahrhunderte
 Geheimnisse aus dem Frühmittelalter
 510 Seiten/Gebunden
 Nr. P A0881 29,80 €

Was war in unserem Land – Deutschland – vor etwa 1500 Jahren los? Das war die Zeit zwischen dem Ende des Römischen Kaiserreichs und den Kaisern eines „Heiligen Römischen Reichs“, die nun plötzlich aus Mitteleuropa stammten? Gab es da bei uns überhaupt „Geschichte“? Gab es Ereignisse, die vielleicht bestimmend für die weitere Entwicklung der Menschen und des Landes waren? Allerdings glauben die Historiker, davon kaum etwas zu wissen, denn niemand hat ja damals in unserem Land schreiben können. Dr. Reinhard Schmoeckel ist es gelungen, aus einer großen Fülle von Detailuntersuchungen vieler Privatforscher, darunter auch seiner eigenen, ein überraschend lebendiges Bild jener Zeit vor anderthalb Jahrtausenden zusammenzustellen, ein Bild, das bisher noch keinen Eingang in die Geschichtswissenschaft gefunden hat.



Eva-Maria Sirowatka
Frühstück mit Herrn Schulrat
 Heitere Erzählungen
 Schmunzelgeschichten aus Masuren mit Scherenschnitten
 152 Seiten/Gebunden
 Nr. P 1357 4,95 €



Charlotte Keyser
Von Häusern und Höfen
 daheim klingt es nach
 Geschichten aus dem Stromland
 136 Seiten/Gebunden
 Nr. P 1367 4,95 €



Margarete Drachenberg
Friedrich der Grobe
 Ein Lebensbild in Anekdoten
 128 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1453 10,00 €



Georg Wilhelm Friedrich Hegel
Phänomenologie des Geistes
 „Der Mut der Wahrheit, der Glaube an die Macht des Geistes ist die erste Bedingung der Philosophie. Der Mensch, da er Geist ist, darf und soll sich selbst des Höchsten würdig achten, von der Größe und Macht seines Geistes kann er nicht groß genug denken.“ (Georg Wilhelm Friedrich Hegel). Zum 250. Mal jährt sich der Geburtstag von Hegel, der am 27. August 1770 geboren wurde. Der deutsche Philosoph gilt als der wichtigste Vertreter des deutschen Idealismus. Seine Philosophie erfasst die gesamte Wirklichkeit in der Vielfalt ihrer Erscheinungsformen. Sein bedeutendstes Werk „Phänomenologie des Geistes“ ist hier in Originalfassung zum Sonderpreis von 9,95 € erhältlich. 544 Seiten.
 Nr. P A1507 Gebunden 9,95 €



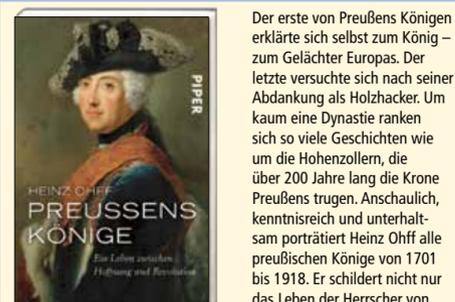
Dagmar von Gersdorff
Königin Luise und Friedrich Wilhelm III.
 208 Seiten/Taschenbuch
 Nr. P A1305 10,00 €

Luise und Friedrich Wilhelm III. lernten sich 1793 kennen; er stockteif, gehemmt und ungeliebt von den Eltern – sie dagegen vergnügt, leichtfüßig und verwöhnt. Mit zehn Kindern sollte die Ehe dieses Herrscherpaars gesegnet sein, das in einer Liebesheirat zusammengekommen hatte. Die Literatur- und Kunsthistorikerin Dagmar von Gersdorff entblättert eine der wohl erstaunlichsten Ehen des deutschen Monarchismus. Dagmar von Gersdorff, geb. von Forell ist eine deutsche Schriftstellerin und Literaturwissenschaftlerin. Mit einer Dissertation über Thomas Mann und die deutsche Romantik wurde sie 1978 zum Doktor der Philosophie promoviert.



Gabriele Hornung
Als Lehrerin im Posener Land 1942–1945
 Schrimm, Schroda, Bomst ...
 Geb. mit SU. 30 SW-Abb. 176 S.
 Nr. P 533152 14,95 €

Gabriele Hornung, 1922 geboren, erzählt an Hand ihrer Tagebuchaufzeichnungen wie sie als zwanzigjährige Lehrerin aus Berlin in das Posener Land kam und dort in Gultsch an einer einklassigen Dorfschule und später an einem Internat in Scharnikau unterrichtete. Landschaft und Schullalltag im Rhythmus der Jahreszeiten werden lebendig und bei allem Ernst auch humorvoll, mit lustigen Anekdoten, beschriebenen. Immer stehen dabei die Kinder im Mittelpunkt, zunächst in der Dorfschule die kleineren, die der Lehrerin Blumen schenken und so ihre große Zuneigung ausdrücken. Der Bericht endet mit der Flucht aus Scharnikau im Januar 1945 vor der heranrückenden russischen Front.



Heinz Ohff
Preussens Könige
 Ein Leben zwischen Hoffnung und Revolution
 400 Seiten/Taschenbuch
 Nr. P A1020 12,00 €

Der erste von Preußens Königen erklärte sich selbst zum König – zum Gelächter Europas. Der letzte versuchte sich nach seiner Abdankung als Holzhacker. Um kaum eine Dynastie ranken sich so viele Geschichten wie um die Hohenzollern, die über 200 Jahre lang die Krone Preußens trugen. Anschaulich, kenntnisreich und unterhaltsam porträtiert Heinz Ohff alle preußischen Könige von 1701 bis 1918. Er schildert nicht nur das Leben der Herrscher von Friedrich I. bis Wilhelm II. an ihren Königshöfen, sondern auch ihr privates Umfeld. Damit macht er einen wesentlichen Teil der deutschen Geschichte lebendig und verständlich.



Marion Gräfin Dönhoff
Namen, die keiner mehr nennt
 Ostpreußen – Menschen und Geschichte
 192 Seiten/Taschenbuch
 Nr. P A0116 10,00 €

Es ist die Liebeserklärung an ihre Heimat Ostpreußen, die das ganze Buch durchzieht, die den Leser einfängt und nicht mehr loslässt. Die Bilder der Erzählung werden so zu den eigenen. Man bekommt unweigerlich etwas von dieser Liebe ab, leidet mit und ist letztlich froh, den Verlust der Heimat nicht selbst erlitten zu haben. Dennoch ist Marion Gräfin Dönhoffs Abschied von den „Bildern ihrer Jugend“ nicht sentimental aber emotional, zuweilen aber sogar von feinen Fäden der Ironie durchwirkt. 600 Jahre, nachdem ihre Vorfahren von der Ruhr gen Osten gezogen waren, legte sie – wie damals zu Pferd – den umgekehrten Weg zurück. 600 Jahre, in denen die Dönhoffs die Geschichte Ostpreußens mitgestaltet hatten, gingen zu Ende. In brillanten historischen Skizzen führt die Autorin durch die Geschichte.



Margarete Drachenberg
Preussens erste Königin
 Anekdoten über Sophie Charlotte
 352 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1454 9,99 €

Den Sohn des Sonnenkönigs sollte sie heiraten, die Frau des brandenburgischen Markgrafen wurde sie. Der krönte alsbald sich und seine Gattin zu „König und Königin in Preußen“. Im Berliner Stadtschloss kam Sophie Charlotte ihren Pflichten nach, ihr Parkett aber wurde der Musenhof in Schloss Lietzenburg. Allen Schöngestirnten und den Wissenschaften zugetan, zog sie Künstler und kluge Köpfe an den Hof. Ihr einziger, heiß geliebter Sohn entpuppte sich als Sorgenkind, der wenig Sinn für das Bildungstreben seiner Mutter hatte. Dass er als „Soldatenkönig“ seinen Teil zum Aufblühen Preußens beitrug, erlebte die im Alter von 36 Jahren verstorbene Königin nicht mehr. Preußens Glanz ist maßgeblich mit dem Namen Sophie Charlotte verbunden.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg
 GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg
 Telefon 09 31/46 58 89-12
 Telefax 09 31/46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

● AUFGESCHNAPPT

Australische Fachleute fürchten einen dramatischen Anstieg der Suizidzahlen in ihrem Land als Folge der finanziellen und seelischen Nachwirkungen der Corona-Krise und des Lockdown. Dies berichtet die „Epoch Times“ unter Berufung auf eine Modellrechnung der Universität von Sydney. Im langjährigen Mittel verzeichnet der Kontinent demnach rund 3000 Freitode pro Jahr. Die Forscher erwarten, dass diese Zahl um 750 bis 1500 anwächst, was einer Steigerung von 25 bis 50 Prozent entspräche. Anders als bei der Covid-19-Erkrankung, die fast ausschließlich für alte, schwer vorerkrankte Menschen risikant werden kann, trifft es diesmal vor allem junge, gesunde Menschen. Durch die Schließung von Schulen und sozialen Treffpunkten entfielen 30 Prozent der zusätzlichen Suizide auf Jugendliche, fürchten die Forscher. Schon während der Finanz- und Euro-Krise vor rund zehn Jahren schnellten die Freitod-Zahlen in den besonders betroffenen südeuropäischen Ländern nach oben. Diesmal ist damit womöglich weltweit zu rechnen. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Im „Focus“ (9. Mai) wundert sich Jan Fleischhauer über den Umgang mit Kritikern der Lockdown-Politik. Und er erkennt ein bekanntes Muster:

„Leute wie ich würden raunen, heißt es jetzt, so als verfolge jeder, der die Maßnahmen der Politik infrage stellt, eine verborgene Agenda. ‚Raunen‘ ist das Äquivalent zu ‚zündeln‘. Als es noch gegen rechts ging, war dies das Wort, um einen auf die Strafbank zu schicken. Man weiß nicht genau, was gemeint ist, aber es klingt irgendwie gefährlich. Wer raunt oder zündelt, von dem hält man sich besser fern.“

Alexander Wendt wundert sich auf seinem Blog „publicomag.com“ (10. Mai) darüber, dass viele Medien so wütend gegen angebliche Spinner bei Anti-Lockdown-Demos zu Felde ziehen, während dieselben Medien gegen offensichtlichen Unsinn aus anderer Richtung nichts einzuwenden hätten:

„Unter den Demonstranten gegen die Corona-Maßnahmen findet sich sicherlich eine ganze Reihe von Leuten, für die das Wort Spinner ... nicht aus der Luft gegriffen ist ... Das, was sie öffentlich verlautbaren, unterscheidet sich in seiner Argumentationsstruktur allerdings nicht grundlegend von einer Annalena Baerbock, die Strom im Netz speichern und ein Industrieland künftig nur mit Sonnen- und Windstrom betreiben will. Es unterscheidet sich kaum von den Äußerungen einer Luisa Neubauer, für die es außer Frage steht, dass eine sinistre Verschwörung der Öl- und Kohlelobby weltweit Regierungen lenkt.“

Im „Tagesspiegel“ (9. Mai) nimmt Harald Martenstein den SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach, der sich als besonders harter Lockdown-Verfechter in Szene setzt, aufs Korn:

„Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Es ist leicht, den Hardliner zu spielen, wenn man selber für die Folgen nicht haften muss. Auf Twitter verkündete Lauterbach, jetzt sei ‚keine Zeit für Brot und Spiele‘. Er hat beides. Mir fällt da sofort das klassische Beispiel des Kirchenfürsten ein, der anderen das Zölibat predigt und selber eine Freundin hat.“

Der frühere CDU-Verteidigungsexperte Willy Wimmer kritisiert auf dem Portal „World Economy“ (12. Mai) die feindselige Berichterstattung über Lockdown-kritische Demonstrationen – und spekuliert über die Ursache der Einseitigkeit:

„Bei den Berichten über die Ereignisse des Demo-Wochenendes war eines nicht mehr zu übersehen: die Dominanz der sogenannten ‚redaktionellen Netzwerke‘, in denen Staatseinrichtungen mit privatwirtschaftlicher Presse eng verzahnt die Dinge herausstellen. Früher hätte man bei so etwas auf totalitäre Staaten verwiesen.“

● WORT DER WOCHE

„Menschen müssen für sich selbst sorgen. Wenn jemand Angst hat, soll er eben zu Hause bleiben.“

Wolfgang Kubicki, Vizevorsitzender der FDP, bei „Anne Will“ (10. Mai) zum Umgang mit der Furcht vor dem Coronavirus

DER WOCHENRÜCKBLICK

Alles Mischpoke

Wie man gute und böse Kundgebungen unterscheidet, und wie man am besten mit ihnen umgeht

VON HANS HECKEL

Für die vier Oppositionsparteien im Bundestag waren die vergangenen zwei, drei Monate eine lausige Zeit. Während die Regierung, vor allem die Union, in der schillernden Rüstung des Drachentötters glänzen konnte, der uns mit harter Hand vor dem Virus schützt, war für ihre Widersacher kaum etwas zu holen. Das galt für alle vier Vereine mehr oder minder gleichartig.

Jetzt, da es um Lockerungen geht und der kritische Blick auf den Lockdown schärfer wird, werden die Karten allerdings neu gemischt – mit ganz unterschiedlichen Resultaten. Die größte Oppositionspartei AfD kommt langsam wieder in Schwung und macht Freiheit und Bürgerrechte zum Thema, was giftige Reaktionen im Regierungslager auslöst. Linkspartei und FDP wissen dagegen noch nicht recht, was sie mit der neuen Lage anfangen sollen. Und die Grünen? Für die ist es offensichtlich am schwersten, wieder Tritt zu fassen.

Wie auch? Was soll eine Partei zu einer „Lockerungsdebatte“ beitragen, der das Verbot von irgendwas als höchste Kunst der Politik gilt? Vor Jahren haben sie Renate Künast in einer Talkshow mal kalt erwischt: Es ging ganz allgemein um das Thema „Verbotsrepublik Deutschland“, und die Moderatorin wollte von der Grünen-Veteranin wissen, ob ihr – mal so ganz spontan! – irgendein Verbot einfallen, das man aufheben könne. Wie aus der Pistole geschossen gab Künast ein klares „Nein“ zurück: Alle Verbote, die in Deutschland gültig seien, hätten schon ihren Grund und sollten daher bestehen bleiben.

Natürlich hatte Künast keine Chance, auch nur einen Bruchteil der Unzahl an geltenden Verboten innerlich Revue passieren zu lassen. Aus ihr sprach keine konkrete Einschätzung, sondern ein viel tiefer sitzender Trieb, der ihr sagt: Verbote sind gut, egal, was sie verbieten. Sie sind gut, einfach weil sie da sind.

Wie soll man mit so einer ideologischen Ursuppe bei einer Lockerungsdebatte mitmischen? Erschwerend kommen zwei tief verwurzelte Abneigungen ins Spiel, die ebenfalls zum unauslöschlichen Erbe der Grünen gehören: Das tiefe Ressentiment gegen Deutschland und die Deutschen sowie die nie wirklich überwundene Aversion gegen echte Marktwirtschaft. Worum dreht sich denn die

Lockerungsdebatte? Darum, dass Deutsche wieder frei, also marktwirtschaftlich, wirtschaften können. Für einen Grünen sind das gleich zwei fette Kröten, „Deutsche“ sollen ihre Freiheit zurückbekommen, damit die „Marktwirtschaft“ wieder aufblüht. Das geht deutlich über die Schmerzgrenze.

Die letzte Hoffnung der Grünen ruht darauf, die rigiden Lockdown-Maßnahmen am besten bruchlos in ein nicht minder autoritäres Klima-Notstandsregime zu überführen. Wenigstens die Summe der Verbote bliebe dann gleich. Die Mahnung, dass es „kein Zurück zur alten Normalität geben darf“, steht als Kampfpapier für dieses hehre Ziel.

Ob sie damit durchkommen, erscheint allerdings fraglich. Denn auch auf der Straße läuft einiges schief, beileibe nicht bloß für die Grünen. Eine Anti-Lockdown-Demo jagt die andere, und dazu werden die Kundgebungen von Woche zu Woche größer. Das politische Establishment ist alarmiert, hat sich aber schnell eine Linie zurechtgelegt, wie auf den Unmut zu reagieren ist. Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz verkündet gönnerhaft: Es sei natürlich legitim, Maßnahmen infrage zu stellen und Unmut zu äußern. „Aber es laufen all jene mit, die das System grundsätzlich infrage stellen und Politiker insgesamt für Marionetten von George Soros und Bill Gates halten.“

Dass das ausgerechnet von ihm kommt, hat schon etwas Besonderes. Hat Notz mal eine einzige linke Demo der vergangenen 50 Jahre gesehen? Politiker für Marionetten des Großkapitals zu halten, gehört da seit 1968 ohne Pause zum Grundrepertoire, die Grünen marschieren seit ihrer Gründung bei solchen Demos mit. Und „das System“ infrage stellen? Aber hallo, selbstverständlich! Wieso soll das jetzt plötzlich so schrecklich sein?

Nun, da macht man eben einen feinen Unterschied, an dem wir erkennen können, ob den Mächtigen eine Demonstration gefällt oder ob da echte Oppositionelle auf die Straße gehen, was den Mächtigen im Land natürlich weniger zusagt.

Bei erwünschten Demos kann mitmachen, wer will. In den regierungsgeneigten Medien ist angesichts buntscheckiger Mischungen von einem „breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis“ die Rede. Selbst für den Fall, dass gewaltkriminelle Truppen dabei sind, die bürgerkriegsartige Ausschreitungen anzetteln, gibt es eine festgetackerte Sprachregelung. Dann heißt es lapidar, aus

Plötzlich hat ein Grüner Angst vor Leuten, die das „System“ infrage stellen. War das nicht bei linken Demos seit Jahrzehnten Teil des Repertoires?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de